clc96000414
(cont.)

X Collection

INDEX

Page: 1

Barcode Number	Box Number	Total of Volumes	Call Number
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 959 5	345	24	E302.6.H2-E351.6
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 960 1	346	89	E415.6.C8-E467.1.S8
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 961 3	347A	94	E642-E664.S39 no. 50-51, 93-94 in oversized box
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 962 5	347B	98	E664.S39-E697
	348A	129	E700.R4-E714.6.D5129
LIBRARY OF CONGRESS 0 020 534 963 7	348B	37	E714.6.D5129-E757

Oversize
Box 347A

4 items not
listed in
box indexes.
#50, 51 and 93 are in
box #5. #94 is in
box #4
ES
4/18/11

Box 348A
missing (?)

Beatriz has it to
show & tell.

ES

4/18/11

Oversize
348B

#149, 153
not listed in
index.
they are in box #4

Schurz und die Amnestie

Die japanische Regierung hat kürzlich amerikanische Korrespondenten eingeladen in das Sugoma-Gefängnis in Tokio zu kommen und den Sprecher von etwa 800 japanischen „Kriegsverbrechern" anzuhören. Dieser forderte die sofortige Freilassung seiner Kameraden. Die verhängten Strafen seien unnötig streng, unvernünftig und zwecklos gewesen. Die Urteile würden von den Gefangenen als unrechtmäßig angesehen und beruhten einzig auf politischen Erwägungen. Bei dem Presseempfang saßen die amerikanischen Journalisten und die japanischen Kriegsverbrecher an einem Tisch.

In Japan wie in Deutschland ist es noch nicht zu einer Lösung gekommen, die den politischen Bedürfnissen der Vereinigten Staaten Rechnung trägt. Die deutschen Wünsche einer Generalamnestie — von Bundeskanzler Dr. Adenauer gestern im Bundestag erneut vorgebracht — sind mit der Begründung abgelehnt worden, daß „Schuldige" nicht freigelassen werden könnten. Dieses Argument verkennt das Wesen der Amnestie, die nicht eine Maßnahme der Gerechtigkeit, sondern ein Ausfluß der Staatsräson ist.

Carl Schurz — der einstige Bonner Student und spätere amerikanische Heerführer und Staatsmann — hielt am 30. Januar 1872 im Senat eine Rede. Es handelte sich um die Frage, ob die verhaßten „Rebellen", die politisch aktiven Bewohner der Südstaaten, weiter strafweise ihrer politischen Rechte beraubt sein sollten. Mit einem Schwung, der deutsch und amerikanisch zugleich war, hielt Schurz seinen neuen Landsleuten vor: „Ich will das Vergangene nicht vergessen, aber ich möchte die geschichtliche Entwicklung weiterführen und die Vergangenheit krönen durch einen Akt, der allein **eines großen, edlen und weisen Volks** würdig ist. Viele haben gegen dieses Land gesündigt. Mit jenem Mittel aber, das in unserer Hand ist, möchte ich bewirken, daß sie in unserer Flagge nicht das Symbol dauernder Entehrung sehen, sondern gleicher Rechte für alle. Ich möchte erreichen, daß sie eines in ihrem Innern fühlen: daß ihr Glück und ihr Unglück, ihre Rechte und Interessen mit uns aufs engste verbunden sind und daß daher der Frieden dieses Staats, seine Wohlfahrt, seine Ehre und Größe ihnen ebenso am Herzen liegen müssen als uns."

Carl Schurz, dieser unbeirrbare „Rebell der Freiheit", kam als verfolgter 48er Revolutionär genau vor 100 Jahren, am 17. September 1852, nach den Vereinigten Staaten. Ihm zu Ehren wird jetzt die einzige von ihm in Deutschland existierende Büste in die Frankfurter Paulskirche gebracht, die zum Symbol des Freiheitskampfes von 1848 geworden ist. Die oben zitierte Rede findet sich in allen Werken, die von den großen, hinreißenden oratorischen und moralischen Leistungen der Weltgeschichte handeln. Sollte die in altem Haß und neuer Selbstsucht verstrickte Erde nicht einen Augenblick auf den hören, der ebenso für die Freiheit Deutschlands wie die Einheit der Vereinigten Staaten kämpfte? Es war die Zeit, als die beiden Völker noch eng verbunden waren und die siegreichsten amerikanischen Generale aus der Gegend von Bonn kamen ...

Prof. v. H.

X-E 644
.S39

#95

ISD
ARCHIVE

X-E 644
.S39

Südd[illegible] Z
München

SEP 17 1952

#96

Carl Schurz, Mittler zweier Welten

„Den größten Mann des Landes" nannte Präsident Lincoln ihn einst. Wie kaum ein anderer Mensch war Carl Schurz, der Lehrerssohn aus Niblar bei Köln, dazu bestimmt, durch sein Leben Mittler zweier Welten zu sein. Als er heute vor hundert Jahren, ein junger Mann noch, amerikanischen Boden betrat, sprach man in Deutschland nicht mehr und in Amerika noch nicht von ihm. Heute haben beide Nationen Anlaß, sich voll Stolz auf den abenteuerlichen Lebensweg und das politische Schicksal dieses Mannes zu besinnen, der in seiner Person den ganzen Schwung und den Idealismus seines Jahrhunderts verkörperte: Den Glauben an die Freiheit und die Unabhängigkeit des Menschen.

Das Häuflein der 48er Revolutionäre, die nach dem Scheitern der Erhebung in Deutschland der Alten Welt den Rücken kehrten, war nicht gar so groß, wie man gemeinhin annimmt. Um so bedeutungsvoller war die Mitgift des Freiheitsdrangs und des politischen Wollens, die einige unter ihnen und nament- [illegible] ten. Wir sehen [illegible] an Schurzens Leben, die Flucht des zu Tode Verurteilten aus dem belagerten Rastatt im unterirdischen Kanal, dann die Rückkehr unter falschem Namen nach Deutschland und das tolle Husarenstück der Befreiung seines Freundes und Lehrers, Professor Kinkel, aus dem Spandauer Zuchthaus. Allzu wenig ist hier von seinem großen und fruchtbaren Einfluß auf das amerikanische Leben und die amerikanische Politik bekannt. Was in der deutschen Revolution gescheitert war, half Schurz als Divisions-Kommandeur im amerikanischen Bürgerkrieg (übrigens auch als Wahlredner und Journalist) zu verwirklichen: die Freiheit und Einheit der Nation. Kampf gegen Korruption, gegen Parteizwang und auch gegen die imperialistischen Neigungen seines neuen Vaterlandes erfüllten sein Leben als Senator und später auch als Innenminister, in dem höchsten Amt, das einem Einwanderer zugänglich war.

Es muß eine Begegnung von unerhörter Spannung gewesen sein, als Carl Schurz auf einer Europareise einmal von Bismarck empfangen wurde. Zwei Repräsentanten eines Volkes und zweier Welten standen sich gegenüber. Wir haben manchen Grund, dieses Schicksal heute zu bedenken.

-r.

X-E 644
.S39

#97

100 Jahre Freiheitskampf

Gedenkstunde für Carl Schurz in der Paulskirche

Von unserem Frankfurter Büro

J. Frankfurt, 17. Sept.

Deutsche und Amerikaner gedachten am Mittwoch in der Paulskirche der hundertsten Wiederkehr des Tages, an dem der Deutschamerikaner Carl Schurz nach seiner Flucht aus Europa auf amerikanischem Boden landete. Der amerikanische Hohe Kommissar, Vizekanzler Blücher und Oberbürgermeister Kolb erinnerten an die Bedeutung von Schurz für die Demokratie in Amerika und die deutsch-amerikanische Verständigung.

Donnelly sagte, die Amerikaner seien tief beeindruckt von dem Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes, einen wahrhaft demokratisch und zur internationalen Zusammenarbeit bereiten Staat aufzubauen, wie ihn Schurz vor hundert Jahren erträumt habe. Die Welt warte aber auch gespannt darauf, daß Deutschland seinen gerechten Anteil an der [illegible] der politischen Verantwortung übernehme.

„Carl Schurz würde begreifen", sagte Donnelly, daß Kommunismus und Nationalsozialismus Zwillingsbrüder des Totalitarismus sind, die es mit allen Waffen der Vernunft zu bekämpfen gilt." Nicht zuletzt wurde er aber auch begeistert sein über die erste eindrucksvolle Manifestation europäischen Willens, den Schuman-Plan, sowie über den Beschluß, eine europäische Verfassung auszuarbeiten.

Der Vizekanzler sagte, Schurz habe dem Menschen seine sittliche und nur durch die Rücksicht auf den Nächsten gebundene Freiheit zu geben versucht. „Die Verteidigung dieser Freiheit ist auch heute unsere Aufgabe." Man dürfe daher nicht zurückschrecken vor den Mitteln, die diese Freiheit bewahren: der Schaffung Europas und der Befreiung des Warenverkehrs. Die USA hätten gezeigt, daß sie ihre Verpflichtung gegenüber der Welt erkannt hätten. „Das Bekenntnis von Carl Schurz zur sittlichen und geistigen Freiheit gilt auch für uns noch heute unabhängig, aber nicht neutral."

X-E 644
.S39

ISD
ARCHIVE

SEP 18 1952

#98

Donnelly erinnert an Last der Verantwortung

Erste Rede des neuen amerikanischen Hohen Kommissars — Carl-Schurz-Feier in Frankfurt

[illegible] unseres Frankfurter Büros

ab **Frankfurt**, 17. [illegible] Schurz-Gesellschaft [illegible] arbeit veranstaltete [illegible] Paulskirche eine [illegible] 100. Wiederkehr des [illegible] 1852 der [illegible] Schurz nach Amerika [illegible] neue Heimat [illegible] Hohen Kommissar, Walter [illegible] Blücher feierten [illegible] Festrede [illegible] Carl Schurz als Vorkämpfer [illegible] rechte des [illegible] Traditionen des deutschen [illegible] amerikanischen Politik [illegible]

Donnelly, der [illegible] antritt in Deutschland [illegible] zog in seiner Rede [illegible]

Gestern und Heute. Wenn Carl Schurz heute noch [illegible] würde er voraussichtlich nicht nach den Vereinigten Staaten auswandern. Ich bin der Auffassung, daß er hier in Deutschland das Betätigungsfeld für seinen großen Tatendrang fände und daß er [illegible] der Schaffung jenes Staates widmen [illegible] 1852 träumte." Die Welt blicke [illegible] auf die neuentstandene Bundesrepublik [illegible] Deutschland die Rechte eines gleichberechtigten Partners in der freien Welt übernehmen. Sie warte aber auch gespannt darauf, ob [illegible] den gerechten Anteil an der Last der politischen Verantwortung übernehme. Lebte Carl Schurz heute, dann würde er feststellen, [illegible] entschlossen sind, die [illegible] Deutschland und die Einheit der Nation [illegible] sowie gemeinsam mit den anderen [illegible] Bau einer [illegible] und dauerhaften [illegible] Welt teilzunehmen. [illegible] Schurz [illegible] von der eindrucksvollen [illegible] Schwarzplan und der [illegible] gearbeitet [illegible]

[illegible]

ISD
ARCHIVE

SEP 18 1952

[illegible] Z
Frankft

X-E 644
.S39

#99

Deutschland ehrt Carl Schurz

Blücher und Donnelly halten Festansprachen in der Paulskirche

Frankfurt, 17. September (NZ). — Aus Anlaß des 100. Jahrestages der Ankunft von Carl Schurz in den Vereinigten Staaten veranstaltete die Steuben-Schurz-Gesellschaft am Mittwoch eine Feierstunde in der Frankfurter Paulskirche. Ueber 1500 Personen hatten sich eingefunden, um des deutschen Auswanderers zu gedenken, der es in seiner Wahlheimat Amerika bis zum Innenminister und General brachte. Die Paulskirche war mit den Fahnen der Bundesrepublik und der Vereinigten Staaten festlich geschmückt. Neben dem amerikanischen Hochkommissar Walter J. Donnelly waren als Vertreter der Bundesregierung Vizekanzler Franz Blücher und für die hessische Landesregierung Ministerpräsident Georg August Zinn erschienen.

Hochkommissar Donnelly, der bei dieser Gelegenheit seine erste öffentliche Rede seit seinem Amtsantritt in Deutschland hielt, erklärte, Carl Schurz sei nur mit manchem Vorbehalt Amerikaner geworden, weil sein Herz zunächst immer noch Deutschland gehört habe. Bald aber habe er begriffen, daß der Kampf um die Menschenrechte ständig und überall auf der Welt ausgetragen werde und daß sich überall Gelegenheit biete, für ein besseres Leben zu streiten.

Amerika sei heute tief beeindruckt von dem Wunsch der großen Mehrheit des deutschen Volkes, einen demokratischen, wirtschaftlich gesunden und zu friedlicher internationaler Zusammenarbeit bereiten Staat aufzubauen — einen Staat, wie ihn Carl Schurz schon vor hundert Jahren zu errichten suchte. Der Hochkommissar betonte, daß die Welt voll Spannung auf die junge Bundesrepublik blicke. „Sie sieht, wie Deutschland die Rechte eines gleichberechtigten Partners in der freien Welt übernimmt, sie wartet aber auch gespannt darauf, ob Deutschland nunmehr den gerechten Anteil an der Last der politischen Verantwortung [illegible] nehmen wird, [illegible] jede Demokratie zu tragen bereit sein [illegible]

Wenn Carl Schurz heute leben würde, fuhr Hochkommissar Donnelly fort, könnte er als Wichtigstes feststellen, daß seine Landsleute entschlossen sind, die Demokratie in Deutschland und die Einheit der Nation zu verwirklichen und darauf hinarbeiten, daß sich Deutschland gemeinsam mit den anderen freien Völkern am Bau einer demokratischen Welt beteiligt.

(Den Wortlaut der Rede des amerikanischen Hochkommissars finden Sie auf Seite 5.)

Vizekanzler Franz Blücher bezeichnete das Leben Carl Schurz' als einen Beweis dafür, daß die Freiheit die Mutter aller menschlichen Entwicklung sei. Deutschland sehe sich heute ähnlichen Problemen gegenüber wie Carl Schurz und seine Freunde vor 100 Jahren. „Entschlossenheit bei der Verteidigung der Freiheit ist [illegible] unsere Aufgabe", sagte der Vizekanzler. „Das Bemühen um Europa als Wirklichkeit, die Arbeit für die Wiedererweckung einheitlicher abendländischer Geistigkeit und Kultur, die Vorbereitungen für eine politische Gestaltung [illegible] Europas sind Mittel im Kampfe um die

(Fortsetzung Seite 2, Spalte 3)

ISD
ARCHIVE

SEP 19 1952

.S39

#100

Carl Schurz und die Amnestie

Von Prof. Hans von [illegible]

Die japanische Regierung [illegible] vor [illegible] auf [illegible] amerikanische Korrespondenten [illegible] gebeten, in das Sugamo-Gefängnis in Tokio zu kommen und die Sprecher von [illegible] 800 japanischen „Kriegsverbrechern" anzuhören [illegible] forderte die sofortige Freilassung seiner Kameraden. Die verhängten Strafen seien unnötig streng, unvernünftig und zwecklos [illegible]. Die Urteile würden von den Gefangenen als unrechtmäßig angesehen und ruhten einzig auf politischen Erwägungen. Bei dem Presseempfang saßen die amerikanischen Journalisten und die [illegible] „Kriegsverbrecher" an einem Tisch. Für [illegible] zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte sprach der frühere Finanzminister. [illegible] auch er möchte, wenn es [illegible] nach Hause kehren und mit seinen Enkeln spielen.

Hier wie in Deutschland ist [illegible] noch nicht zu einer Lösung gekommen, die den politischen [illegible] der Vereinigten Staaten Rechnung trägt. Die deutschen Wünsche einer Generalamnestie sind mit der Begründung abgelehnt worden, daß Schuldige nicht freigelassen werden könnten. Das Argument verkennt das Wesen der Amnestie, die nicht ein [illegible] der Gerechtigkeit, sondern ein Ausfluß der Staatskunst ist.

Carl Schurz, der einstige Bonner Student und später amerikanische Heerführer und Staatsmann, hielt am 30. Januar 187[illegible] [illegible] eine Rede [illegible] Frage [illegible] die politischen [illegible] Südstaaten [illegible] ihrer [illegible] Frage [illegible] der [illegible] Amnestie [illegible] Großmut [illegible] Schurz [illegible] [illegible] der Amnestie [illegible] werden [illegible] Schurz [illegible] seiner [illegible] das Vertrauen [illegible] aber [illegible] Entscheidung [illegible] [illegible] dem Mittel aber, das in unserer [illegible] ist, [illegible] daß [illegible] das [illegible] sehen. [illegible] gleiche Rechte [illegible] alle [illegible] Glück und [illegible] und [illegible] Frieden [illegible] Staaten [illegible] müssen [illegible] kam [illegible] nach den Vereinigten Staaten. Seine Rede [illegible] sich in allen Werken, die von den großen, hinreißenden, überzeugenden, oratorischen und moralischen Leistungen der Weltgeschichte [illegible]. Sollte diese [illegible] und [illegible] Sehnsucht versuchte [illegible] nicht einen Augenblick [illegible] um auf [illegible] zu hören [illegible] ebenso für die Freiheit [illegible] wie die Einheit der Vereinigten Staaten kämpfte? Es war eine Zeit, als die beiden Völker noch eng verbunden waren und die siegreichen amerikanischen Generale aus der Gegend von Bonn kamen ...

SEP 1 8 1952

Frankft R

#101

Donnelly in der Frankfurter Paulskirche

US-Hochkommissar spricht zur Gedenkfeier für Carl Schurz

[illegible] A. M., 17. September (Eig. [illegible] Welt [illegible] von dem Wunsch [illegible] des deutschen Volkes, [illegible] wirtschaftlich gesunden [illegible] tionalen Zusammen- [illegible] bauen, tief beein- [illegible] amerikanische Hochkom- [illegible] J. Donnelly am Mittwoch in [illegible] Paulskirche. Er sprach bei einer [illegible] Wiederkehr des [illegible] Staatsmann Carl Schurz [illegible] „Die Welt", fuhr Donnelly [illegible] Spannung auf die neuerstan- [illegible]. Sie sieht, wie Deutsch- [illegible] gleichberechtigten Part- ners [illegible] Welt übernimmt. Sie wartet aber [illegible] darauf, ob Deutschland nunmehr [illegible] Anteil an der Last der politischen Verantwortung übernehmen wird, die jede Demokratie zu tragen bereit sein muß. Diese Aufgabe muß das deutsche Volk aus eigenem freien Entschluß übernehmen."

Der Hochkommissar sprach die Ueberzeugung aus, daß Carl Schurz, wenn er heute noch leben

Unser Bild zeigt US-Hochkommissar Donnelly (vorn) und Vizekanzler Blücher kurz nach dem Verlassen der Paulskirche im Wagen des Hochkommissars. (FR-Bild: Lindlar)

würde, voraussichtlich nicht in die USA auswandern, sondern sein Leben der Schaffung jenes Staates widmen würde, von dem er 1852 geträumt habe. Aus seinem tiefen Verständnis für die Geschichte und aus seiner Freiheitsliebe heraus würde Carl Schurz begreifen, daß der Kommunismus und der Nationalsozialismus „Zwillingsbrüder des Totalitarismus" sind, deren Umsichgreifen verhindert und die „mit allen Waffen der Vernunft bekämpft werden" müßten.

Vizekanzler Franz Blücher bezeichnete in seiner Ansprache die Verteidigung der demokratischen Freiheit und ihre weitere Entfaltung als die Hauptaufgabe der Gegenwart. Für Europa sei diese Erkenntnis und entsprechendes Handeln die Rettung vor einem Nihilismus, der es noch vor wenigen Jahren zu vernichten drohte. Die USA hätten nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt, daß sie um ihre Verpflichtung gegenüber der Welt wüßten, und vor allem, daß sie die Bedeutung der Rettung Europas als Voraussetzung für die Rettung der Freiheit in der Welt erkannten. Das leidenschaftliche Bekenntnis des freien Amerikas zu seiner Verpflichtung gegenüber der Freiheit in der Welt und das damit demonstrierte Bewußtsein der Einheit Amerikas mit dem Abendlande, sagte Blücher, sei erst durch das Werk jener großen Männer wie Carl Schurz ermöglicht worden, die einst Deutschland und Europa von sich gestoßen habe. Das Leben dieser Männer sei stets ein Bekenntnis zur geistigen und sittlichen Freiheit und zum beherzten Kampf nach dem Grundsatz „unabhängig, aber nicht neutral" gewesen.

Der Präsident der Steuben-Schurz-Gesellschaft, Oberbürgermeister Dr. Walter Kolb, gedachte zu Beginn der Feierstunde, an der der hessische Ministerpräsident, Vertreter der Bundesregierung, des Diplomatischen Korps sowie der amerikanischen Streitkräfte teilnahmen, des Lebens und Wirkens von Carl Schurz und seiner Verdienste.

X-E 644
.539

ISD
ARCHIVE

SEP 17 1952

Weser Kurier
Bremen

X-E 644
.S39

#102

„Unabhängig, aber nicht neutral"

Vor hundert Jahren landete Karl Schurz in den USA

Am 17. September des Jahres 1852 kam mit dem Zweitausendtonner „City of London" Karl Schurz in Amerika an. Der junge deutsche Auswanderer war trotz seiner dreiundzwanzig Jahre schon eine Art von Berühmtheit. Auf allen preußischen Polizeistationen lag sein „Signalement" mit der Anweisung, ihn unverzüglich zu inhaftieren, und er selber wußte genau, daß er in solchem Falle — wegen seiner Beteiligung an der „Achtundvierziger Revolution" — mit dem Schlimmsten zu rechnen hatte. Seine Flucht aus der von den Preußen besetzten Festung Rastatt klang wie ein Abenteurerroman, besonders aber die Fortsetzung: Mit unwahrscheinlicher Kühnheit und Umsicht hatte er es fertiggebracht, seinen Universitätslehrer Kinkel aus dem Spandauer Zuchthaus zu befreien. Ein solcher Draufgänger, Revolutionär, Liberaler und Illegitimer mochte manchem wie für die USA geschaffen erscheinen. Amerika weiß heute, was es gerade der Rechtlichkeit und dem streng gesetzmäßigen Denken von Karl Schurz verdankt, der mit dem ganzen Einsatz seiner Person, seiner Energie und seiner überragenden Intelligenz dazu beitrug, die amerikanische Gesellschaftsordnung mitzugestalten und den Staat auf saubere Grundlagen zu stellen.

„Karl Schurz gab das Musterbeispiel dessen, was ein Demokrat ist", erklärte einer seiner Biographen, denn er besaß alle Voraussetzungen dafür: Toleranz und ehrlichen Gerechtigkeitssinn, weltoffenes Denken, Bereitschaft zur Mitarbeit im öffentlichen Leben und vor allem den steten Willen zur Kritik, ohne den keine Demokratie leben kann."

So wurde Schurz zum Mitbegründer der Republikanischen Partei, zum fanatischen Gegner der Sklaverei und zu einem der treuesten Mitarbeiter Lincolns. Nur wenige Jahre hatte es gedauert, bis er sich durchsetzte, auf echt amerikanische Weise hatte er begonnen, als er, auf einer Keksdose hockend, den Vorübergehenden politische Ratschläge erteilt hatte. Bereits zehn Jahre nach seiner Flucht aus der alten Welt reiste er wieder über den Ozean, diesmal in hochoffizieller Funktion: Schurz vertrat seine neue Heimat als Gesandter am spanischen Hofe in Madrid. Seine Amtszeit als amerikanischer Innenminister bedeutet den Höhepunkt von Karl Schurz' Wirken in Amerika. Der Republikanischen Partei, die ihm zum guten Teile ihren Aufstieg verdankt, blieb er stets verbunden „unabhängig, aber nicht neutral". *R. C.*

ISD
ARCHIVE

X-E 644
.S39

Essener Allgemeine Zeitung

18. SEP 1952

#103

Carl-Schurz-Gedächtnisfeier

Frankfurt, 17. Sept. (up) Der amerikanische Hohe Kommissar Donnelly sagte Mittwoch anläßlich der Carl-Schurz-Gedächtnisfeier in der Frankfurter Paulskirche: „Wir sind tief beeindruckt von dem Wunsch der großen Mehrheit des deutschen Volkes, einen demokratischen, wirtschaftlich gesunden und zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit bereiten Staat aufzubauen." Donnelly sprach in Anwesenheit des Vizekanzlers und vor Vertretern des Diplomatischen Korps zum ersten Male in der Öffentlichkeit.

ISD
ARCHIVE

SEP 18 1952

Kol. 644
.S39

#104

Hessische N
Kassel

Carl-Schurz-Gedenkfeier in der Paulskirche

FRANKFURT, 17. Sept. (AP) Deutsche und Amerikaner gedachten am Mittwoch in einem Festakt in der Paulskirche zu Frankfurt der 100. Wiederkehr des Tages, an dem der große Deutsch-Amerikaner Carl Schurz nach seiner Flucht aus Europa auf amerikanischem Boden landete.

Die drei Festredner, der amerikanische Hohe Kommissar Donnelly, Vizekanzler Blücher und der Frankfurter Oberbürgermeister Kolb, erinnerten in ihren Ansprachen an die Leistungen und Bedeutung Schurz' für die Entwicklung der Demokratie in Amerika und für die deutsch-amerikanische Verständigung. Sie richteten eine Mahnung an das deutsche Volk, in diesem großen Staatsmann, Gesandten, Minister, Journalisten, Anwalt und General ein Vorbild zu sehen.

Donnelly, der die Grüße der amerikanischen Regierung überbrachte und daran erinnerte, daß gleichzeitig Tausende von Deutsch-Amerikanern in den Vereinigten Staaten desselben Mannes gedachten, stellte fest: „Wenn Carl Schurz noch lebte, würde er wahrscheinlich nicht auswandern. Ich bin der Auffassung, daß er hier in Deutschland das Betätigungsfeld für seinen großen Tatendrang fände und daß er deshalb sein Leben der Schaffung jenes Staates widmen würde, von dem er 1852 träumte."

ISD
ARCHIVE

Westfälische Rundschau [illegible]

18. SEP 1952

#105

X-E 644
.S39

Zum Gedächtnis an Carl Schurz

Festakt in der Paulskirche / Vorbild für Amerikaner und Deutsche

Frankfurt. (AP.) In einem Festakt der Steuben-Schurz-Gesellschaft in der Frankfurter Paulskirche gedachten Deutsche und Amerikaner der 100. Wiederkehr des Tages, an dem der deutsche Revolutionär und spätere amerikanische Staatsmann Carl Schurz nach seiner Flucht aus Europa auf amerikanischem Boden landete.

Der amerikanische Hohe Kommissar [illegible] und der Frankfurter Oberbürgermeister Kolb erinnerten in ihren Ansprachen an die Leistungen und Bedeutung Schurz' für die Entwicklung der Demokratie in Amerika und für die deutsch-amerikanische Verständigung. Sie richteten eine Mahnung an das deutsche Volk, in diesem großen Staatsmann, Gesandten, Minister, Journalisten, Anwalt und General ein Vorbild zu sehen.

Donnelly überbrachte die Grüße der amerikanischen Regierung und erinnerte daran, daß gleichzeitig Tausende von Deutsch-Amerikanern in den USA desselben Mannes [illegible]. „Carl Schurz würde heute wahrscheinlich nicht mehr auswandern. Ich bin der Auffassung, daß er hier in Deutschland das Betätigungsfeld für seinen großen Tatendrang fände, und daß er deshalb sein Leben der Schaffung jenes Staates widmen würde, [illegible]", sagte Donnelly.

ISD
ARCHIVE

X-E 644
.539

SEP 18 1952

#106

Carl Schurz – ein Rebell der Freiheit

Feiern in der Frankfurter Paulskirche

Frankfurt/Main. Deutsche und Amerikaner gedachten am Donnerstag in einem Festakt in der Paulskirche zu Frankfurt am Main der 100. Wiederkehr des Tages, an dem der große Deutsch-Amerikaner Carl Schurz nach seiner Flucht aus Europa auf amerikanischem Boden landete.

Die drei Festredner, der amerikanische Hohe Kommissar Walter J. Donnelly, Vizekanzler Franz Blücher und der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb erinnerten in ihren Ansprachen an die Leistungen und Bedeutung Schurz' für die Entwicklung der Demokratie in Amerika und für die deutsch-amerikanische Verständigung.

Mit der Gestalt von Carl Schurz ist in den Vereinigten Staaten die Erinnerung an ein Ereignis in der deutschen Geschichte wachgeblieben, die Erinnerung an die Revolution von 1848, in der deutsche Demokraten vergebens um Recht und Freiheit des Bürgers kämpften. Der berühmt-berüchtigte Bonner Student wurde als Sohn eines kleinen Volksschullehrers in der Gegend von Köln geboren. In den Revolutionstagen steht er auf der Seite der Aufständischen im Rheinland, in der Pfalz und in Baden. Aus dem eingeschlossenen Rastatt entflieht er durch einen unterirdischen Kanal den preußischen Truppen, für die er nichts ist, als ein Verräter der Obrigkeit. Ein französischer Zöllner bringt ihn über den Rhein. Später kehrt er unter falschem Namen nach Deutschland zurück, um in einem tollen Husarenstückchen seinen Professor Gottfried Kinkel, aus dem preußischen Zuchthaus zu befreien. Mit ihm flieht er nach Frankreich und England. Der junge aktive Schurz spürt, daß der Traum von der Freiheit zu Ende ist. Deshalb geht er vier Monate nachdem er die Tochter eines Hamburger Kaufmannes in London geheiratet hat, in die Vereinigten [illegible] die Rechte, wird An[illegible] politischen [illegible] Kekskiste vor dem einzigen Laden Watertowns mit einer Ansprache an seine Landsleute, in der er die Sklaverei geißelt. Er [illegible] einer Partei anzugehören [illegible] jungen Republikaner der Nation. Und [illegible] Männer lassen ihn [illegible] spricht — vor allem vor den Deutschen — und ist bald eine der [illegible] Persönlichkeiten seines Staates. Im Wahlkampf für den Senat im Jahre 1858 wird er zum Lincoln-K[illegible]

[illegible] Sieg [illegible] Aufstieg des Hitzkopfes [illegible] der noch immer ein unbe[illegible]

ist. Er wird zunächst Botschafter der USA in Spanien, kehrt aber während des Bürgerkrieges nach Amerika zurück und steigt bis zum Generalmajor auf. 1877 beruft Präsident Hayes ihn zum Innenminister der USA und Schurz hat damit das höchste Amt erreicht, das ein Einwanderer einnehmen kann. Am 15. Mai 1906 stirbt er in New York, und mit den USA trauerten die Demokraten Deutschlands um den großen Mann, der eine seltene Mischung von Realpolitiker und Idealist war und dessen unermüdlicher Energie die Sache der Freiheit vieles zu danken hat.

Wenn Carl Schurz heute in Deutschland weilen könnte, so sagte Donnelly, würde er eine ganze Reihe von sehr ermutigenden Symptomen entdecken und begrüßen, so das Grundgesetz, das ehrliche Ringen der verschiedenen politischen Richtungen um eine dauerhafte Demokratie und die Bemühungen um eine europäische Einheit und Verfassung in Straßburg.

Bundesvizekanzler Blücher erinnerte daran, daß Deutschland heute vor fast denselben Aufgaben stehe wie zur Zeit Carl Schurz'. Sein Leben müsse eine Mahnung sein zur Erhaltung der Ideale der Freiheit. Gleichzeitig müsse Carl Schurz aber auch eine Mahnung für seine Wahlheimat sein, den Deutschen selbst die Freiheit zu geben, bevor man sie auffordere, für die Freiheit der Welt zu kämpfen.

Oberbürgermeister Kolb erinnerte daran, daß Schurz heute fast ein Symbol sei, ein Symbol für Deutschland in seinem Ringen um die großen Aufgaben, ein Symbol für Amerika, die guten Kräfte in Deutschland zu fördern.

[illegible] Presse [illegible]

18. [illegible] 1952

X-E 644
· S 39

[illegible] 52

#107

Würde Carl Schurz heute bleiben?

In der Frankfurter Paulskirche fand gestern eine Carl-Schurz-Gedenkfeier statt. Das ist jene Stätte, in der die Frankfurter Nationalversammlung des Jahres 1848 unter den Farben Schwarz-Rot-Gold den ersten Traum von einem in Freiheit geeinten Deutschland verwirklichen wollte. Es wurde viel von Geschichte gesprochen und dem vergeblichen Bemühen des schließlich in das freie Amerika ausgewanderten Carl Schurz, ein Deutschland in Freiheit und Einheit zu errichten.

[illegible] ... uns in der augenblicklichen Situation nicht kühn erscheint. Er sagte, daß die Welt voller Spannung auf die [illegible] Bundesrepublik sähe und darauf, wie Deutschland die Rechte eines gleichberechtigten Partners in der Welt übernehme und er [illegible] daraus, daß Carl Schurz heute wahrscheinlich nicht mehr in die USA auswandern würde, weil er in dem heutigen Deutschland das Betätigungsfeld für seinen großen Tatendrang [illegible] und darum sein Leben der Schaffung jenes Staates widmen würde, von dem er 1848 träumte.

Und der Vertreter der Bundesregierung [illegible] wies u. a. darauf hin, daß in Deutschland zweimal der Versuch, die Selbstbestimmung des Volkes zu erringen, [illegible] Niederlage geendet habe. [illegible] [illegible] Mann [illegible] [illegible]

eines reaktionären Nationalismus und seiner Erscheinungsformen, Mensurunwesen und überholte Ehrbegriffe einer verbürgerlichten Gesellschaftsschicht, angekämpft, und er hat sich für die Souveränität des Volkes eingesetzt. Die Entwicklung ging damals einen anderen Weg.

Das heutige Deutschland schickt sich gerade wieder an, den von Carl Schurz gewiesenen Weg noch einmal wieder von neuem zu beschreiten. Aber es [illegible] auch dieser [illegible] wiederum zu einer Entwicklung [illegible] Carl Schurz auch heute nicht mit großer Begeisterung in Deutschland verweilen lassen würde.

Wir sind versucht, die Worte des Bundespräsidenten — entsprechend abgewandelt — zu wiederholen, die er anläßlich der „Proklamation des Liedes von Hoffmann von Fallersleben zur Nationalhymne" an den Mann schrieb, der heute den Weg in die politische Zukunft Deutschlands bestimmt: Auch Carl Schurz war ein Schwarz-Rot-Goldener. Wir könnten es nur begrüßen, wenn alle, die der Auswanderung dieses großen Deutschen jetzt gedenken, auch die Folgerungen daraus weiterziehen, und wenn auch die Bundesregierung daran dächte, daß ein Carl Schurz dem Abendland den Rücken kehrte, weil er für seine freiheitliche politische Betätigung nicht das Klima fand, [illegible] Lied der Freiheit und Einheit für Deutschland leben konnte.

Der revolutionäre Geist eines Carl [illegible] Bundesrepublik [illegible] Aber [illegible] er auch heute [illegible] die Möglichkeit finde, [illegible] unter der schwarzrotgoldenen Fahne zu verwirklichen.

Neue Ruhr Zeitung
17. SEP. 1952

• S 39

#108

Rebell aus dem Rheinland

Als er im Jahre 1849 aus der von den preußischen Regimentern bedrohten Festung Rastatt durch einen unterirdischen Gang als einer der wenigen Revolutionäre entkam, war der Name des 20jährigen Bonner Studenten und Leutnants in den pfälzischen Befreiungstruppen, Carl Schurz, mit einem Schlage weltberühmt. Aber es war eine Berühmtheit, die ihm das Leben im eigenen Land unmöglich machte. Während seine Freunde, mit denen er um die demo-

Carl Schurz

kratische Freiheit gekämpft hatte, [illegible] von anderen von den Preußen [illegible] worden, [illegible] Schurz sich nach der Schweiz zu retten. Kurze Zeit darauf schlich er sich jedoch mit einem falschen Paß wieder [illegible] die Grenze [illegible] weil er [illegible] hatte, daß sein Bonner Lehrer [illegible] der [illegible] Kinkel [illegible] der Preußen [illegible] und zu [illegible] Zuchthausstrafe [illegible] Spandau verurteilt worden war. [illegible] 1850 [illegible]

Aufmerksam beobachtete er von London aus die Vorgänge auf dem Kontinent. Nichts war übriggeblieben von den revolutionären Ideen des Jahres 1848 außer dem Versprechen der preußischen Regierung, [illegible] liberalere Methoden anzuwenden, und das wurde nicht eingehalten. Enttäuscht schiffte sich Schurz schließlich nach Amerika ein.

Heute vor 100 Jahren betrat er amerikanischen Boden. Zunächst verhielt er sich abwartend und lernte erst einmal Englisch. Aber dann wagte er den Sprung in die große Politik. Bereits 1858 war der rotköpfige Deutsche drüben ein Begriff, als er die Wahl Lincolns zum Präsidenten mit Reden vorbereiten half, die in ihrer scharfen Tendenz gegen die Sklavenhalterei und die Korruption Lincoln im Jahre 1860 die Mehrheit der Stimmen sicherten.

Für Schurz begann nun eine rasche staatspolitische Karriere. Zunächst wurde er Botschafter in Spanien. Als der Bürgerkrieg gegen die Südstaaten ausbrach, ging er zurück und brachte es bis zum General. Auch nach der Ermordung Lincolns konnte er wieder politisch Fuß fassen. Eisern verfocht er seine Grundprinzipien, bis Präsident Hayes ihn 1877 zum Innenminister der USA machte. Damit hatte Schurz das höchste Amt erreicht, das ein Einwanderer in den Staaten bekleiden kann. Wenige Jahre später wurde er vom Deutschen Kaiser und von Bismarck empfangen. Der Rebell von 1848 war als amerikanischer Innenminister nach der in etwa vollzogenen Einigung des Reiches auch in Preußen wieder gesellschaftsfähig geworden.

Es gibt wenige Gedenktage, an denen [illegible] Nationen denselben Mann aus den [illegible] Gründen feiern. Der heutige 17. September, der Tag der Landung von Carl Schurz in Amerika, gehört dazu. [illegible] in den USA als auch bei [illegible] man noch heute dankbar [illegible] die demokratische [illegible] am 2. März 1829 [illegible] das Licht der Welt [illegible]

kr.

X-E 544
.S39

ISD
ARCHIVE

Wiesbadener
Kurier

#109

Schurz-Gedenkfeier in der Frankfurter Paulskirche

FRANKFURT, 17. Sept. (dpa/AP) Deutsche und Amerikaner gedachten in einem Festakt in der Paulskirche der hundertsten Wiederkehr des Tages, an dem der große Deutsch-Amerikaner Carl **Schurz** nach seiner Flucht aus Europa auf amerikanischem Boden landete. Dabei erinnerten US-Hochkommissar **Donnelly**, Vizekanzler **Blücher** und Oberbürgermeister **Kolb** in ihren Ansprachen an die Leistungen dieses Mannes für die Entwicklung der Demokratie in Amerika und die Verständigung mit Deutschland, die er in seinem Wirken als Minister, Gesandter, Journalist, Anwalt und General erreichte.

Donnelly erklärte, Schurz würde wahrscheinlich nicht auswandern, wenn er heute lebte, denn er hätte in Deutschland jetzt das Betätigungsfeld für seinen großen Tatendrang und könnte sein Leben der Schaffung jenes Staates widmen, von dem er 1852 träumte.

X-E 644
.S39

ISD
ARCHIVE

SEP 18 1952

Stuttgarter Z

#110

Gedenkfeier für Carl Schurz

Die erste Rede des neuen amerikanischen Hohen Kommissars Donnelly in Deutschland

Von unserem Frankfurter Korrespondenten

FRANKFURT. Aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr des Tages, an dem der größte Deutschamerikaner, Carl Schurz, amerikanischen Boden betrat, hat in allen Schulen des Bundesgebietes, in zahlreichen Städten der USA und vor allem in der Frankfurter Paulskirche eine Gedächtniskundgebung stattgefunden. In der Paulskirche sprach zum ersten Male vor deutschem Publikum der neue amerikanische Botschafter und Hohe Kommissar, Walter **Donnelly**. Er sagte, die Amerikaner seien tief beeindruckt von dem Wunsch der großen Mehrheit des deutschen Volkes, einen demokratischen, wirtschaftlich gesunden und zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit bereiten Staat aufzubauen. Die Welt blicke voll Spannung auf die neuerstandene Bundesrepublik, die jetzt die Rechte eines gleichberechtigten Partners in der freien Welt übernehme. Sie sei aber ebenso gespannt darauf, ob Deutschland nunmehr auch den gerechten Anteil an der Last der politischen Verantwortung übernehmen werde.

Carl Schurz in seiner Freiheitsliebe, so sagte Donnelly, hätte sehr wohl begriffen, daß der Kommunismus und der Nationalsozialismus Zwillingsbrüder des Totalitarismus seien, die es mit allen Waffen der Vernunft zu bekämpfen gelte.

Vizekanzler **Blücher** sagte als deutscher Redner, daß wir heute wieder vor der gleichen Aufgabe stünden wie die deutsche Jugend in den Freiheitskriegen: der Verwirklichung Deutschlands. Zweimal hätten wir Deutsche den Versuch, einen demokratischen Staat zu errichten, nach Niederlagen unternehmen müssen. Damit hätten wir den schwersten Ausgangspunkt gehabt in dem Bemühen um Begründung und Entwicklung der demokratischen Staatsform. „Zu alledem gehört für die Welt Mut zum Glauben an uns, wie er für uns nötig ist für unsere Arbeit am Bau der freien Welt." Entschlossenheit bei der Verteidigung der Freiheit sei heute eine Notwendigkeit. Wir dürften nicht zurückschrecken in dem Bemühen, Europa, den freien Warenverkehr, das gegenseitige Verständnis und die Wiedererweckung einer einheitlichen abendländischen Kultur zu schaffen. Für Europa sei ein solches Handeln die Rettung vor dem Nihilismus, der es noch vor wenigen Jahren zu vernichten drohte. Die Vereinigten Staaten hätten nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt, daß sie die Bedeutung der Rettung Europas als Voraussetzung für die Rettung der Freiheit in der Welt erkannten. Wenn wir dieses leidenschaftliche [illegible] kanische Bekenntnis gegenüber der Freiheit in der Welt sähen, dann habe der Verlust vieler der Besten Europas einen Gewinn gehabt, die Ermö[illegible]ung der Vermählung Amerikas mit dem Abendl[illegible]

X-E 644
.S39

ISD
ARCHIVE

SEP 18 1952

#111

„Die Welt blickt auf Deutschland"

Blücher und Donnelly auf der Gedächtnisfeier für Carl Schurz

Frankfurt. (UP) Der amerikanische Hochkommissar Donnelly sagte am Mittwoch anläßlich der Carl-Schurz-Gedächtnisfeier in der Frankfurter Paulskirche „Wir sind tief beeindruckt von dem Wunsch der großen Mehrheit des deutschen Volkes, einen demokratischen, wirtschaftlich gesunden und zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit bereiten Staat aufzubauen, [illegible] einen Staat, wie ihn Carl Schurz in Deutschland vor hundert Jahren zu er[illegible] suchte."

Donnelly, der in Anwesenheit des Vizekanzlers und Vertretern des Diplomatischen Korps der US-Armee und Vertretern der hessischen Staatsregierung zum ersten Male in der Oeffentlichkeit sprach, fuhr fort „Die Welt blickt voll Spannung auf die [illegible] Bundesrepublik. Sie sieht, wie Deutschland die Rechte eines gleichberechtigten Partners in der Welt übernimmt. Sie wartet [illegible] nunmehr auch den gerechten Anteil an der Last der politischen V[illegible] übernehmen wird, die jede Demokratie zu tragen bereit [illegible]."

Heute würde Carl Schurz [illegible] nicht [illegible] in die Vereinigten Staaten auswandern, meinte der Hohe Kommissar [illegible] seiner Rede. Heute würde er aus seiner Freiheitsliebe und seinem tiefen Verständnis für die Geschichte heraus begreifen, daß der Kommunismus und der Nationalsozialismus „Zwillingsbrüder des Totalitarismus" sind, die mit allen Waffen der Vernunft bekämpft werden müßten.

Vizekanzler Blücher bezeichnete das Leben Carl Schurz' als Erlebnis und Mahnung zugleich „Entschlossenheit bei der Verteidigung der Freiheit ist heute unsere Aufgabe", sagte er. „Wir dürfen nicht zurückschrecken vor den Aufgaben, die uns gestellt sind." Die Vereinigten Staaten, fuhr Blücher fort, hatten nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt, daß sie um ihre Verpflichtung gegenüber der Welt wissen, und vor allem daß sie die Bedeutung der Rettung Europas als Voraussetzung für die Rettung der Freiheit in der Welt erkennen.

Der Präsident der deutschen Steuben-Schurz-Gesellschaft, der Frankfurter Oberbürgermeister Kolb, würdigte die Verdienste und das Lebenswerk des Staatsmannes Carl Schurz, der [illegible] vor [illegible] hundert Jahren amerikanischer [illegible] geworden sei [illegible].

X-E. 644
.539

#112

DER FALL CARL SCHURZ

Zwei Deutsche spielen in der Geschichte der jungen nordamerikanischen Republik eine Rolle: Der preußische Offizier Friedrich Wilhelm von Steuben, der von 1778 ab das Heer des nordamerikanischen Unabhängigkeitskampfes organisierte und der Politiker Carl Schurz.

Es sind jetzt 100 Jahre her, daß der Rheinländer Carl Schurz als Emigrant, ohne ein Wort englisch zu verstehen, in New York landete, um dort eine Karriere zu beginnen, die selbst im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten ihresgleichen sucht. Das Datum gibt Anlaß zu einer Feier in der Frankfurter Paulskirche. Vizekanzler Franz Blücher und Oberkommissar Walter Donnelly werden der Aufstellung einer Carl-Schurz-Büste beiwohnen und die Bedeutung dieses deutschen Revolutionärs und nordamerikanischen Staatsmannes würdigen. Eine halbe Million Exemplare einer Carl-Schurz-Broschüre liegen bereit und werden in den Schulen Westdeutschlands verteilt, im Sinne der amerikanisch-deutschen Freundschaft, die am Beispiele Carl Schurz aufgerichtet werden soll.

Als Carl Schurz in New York an Land ging und die erste Periode seines Wirkens hinter sich hatte, war er erst 23 Jahre alt. Vorher hatte er sich in den Kämpfen der achtundvierziger Revolution einen Namen gemacht. Im Rheinland, in der Pfalz und bei den badischen Freischärlern war er als begeisterter Anhänger des jungen demokratischen Ideals, als Feind der Aristokratie und der Tyrannei hervorgetreten und hatte immer wieder die Aufständischen im Ansturm auf die Barrikaden eines abberufenen Zeitalters angefeuert. Er war nach einer abenteuerlichen Flucht aus der badischen Festung Rastatt den vom Großherzog gerufenen preußischen Truppen entkommen und zuerst nach Frankreich, der Heimat seiner Ideen, dann nach England geflohen, wo er Demokraten der anderen europäischen Nationen, Kossuth, den Ungarn, Mazzini, den Italiener, Blanc, den französischen Vorläufer des Sozialismus, traf. Er mußte seine Hoffnungen vertagen. Die Revolution war gescheitert. In Deutschland siegte das Wort: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!"

Schurz sucht ein neues Tätigkeitsfeld. Viele Deutsche wanderten damals nach Amerika aus. Carl Schurz tat das gleiche. Er brachte es durch seine deutsche Einsatzbereitschaft, seine Energie und sein fleißiges Wirken so weit, daß er als gefeierter Wahlhelfer des nachmaligen Präsidenten Abraham Lincoln, des Sklavenbefreiers, eine später berühmt gewordene Rede „vom wahren Amerikanismus" halten konnte. Schurz wurde nacheinander Botschafter der USA in Spanien, dann im Bürgerkrieg Generalmajor, zwischendurch Journalist und schließlich Senator des Staates Missouri und Innenminister der Vereinigten Staaten. Damit erreichte er das höchste Amt, das einem Einwanderer offenstand. Die höchste Genugtuung erlebte er aber wohl auf einer Europareise, als er von Bismarck empfangen wurde und mit diesem letzten und bedeutendsten neuzeitlichen Verfechter traditioneller Ideen über seine eigenen demokratischen Ideale und Erfahrungen sprechen konnte.

Man wird auch dieses Mal in Frankfurt Carl Schurz als den großen Demokraten und Vertreter des „anderen Deutschland" feiern, des Umerziehungsideals, das in den Vorstellungen der Amerikaner existiert und dem die Deutschen von heute nacheifern sollen. Und man wird wieder eine weitere Lehre des Falles Carl Schurz vergessen, nämlich folgende:

Was wäre dieser Mann in der Enge der deutschen und europäischen Verhältnisse geworden? Ein ewig unzufriedener Nörgler, der schließlich sein Leben in Bitternis beendet? Ein Rebell, der aus Verzweiflung zum Attentäter gegen die bestehende Ordnung wird und den das herrschende System dem Henker überantwortet? Oder ein Bekehrter, ein Gebrochener, der auf seine Jugendideale verzichtet und durch demütige Unterwerfung schließlich einen kleinen Platz an der Gnadensonne des herrschenden Systems erlangt?

Seltsam

Wenn es um Kohle und Stahl geht, „marschiert" die europäische Idee. Dann kommt ein Schumanplan mit einer Montan-Union zustande. Das geschieht allerdings in der Weise, daß die Opfer, die ein solcher Zusammenschluß erfordert, von Deutschland gebracht werden.

Auf anderen Gebieten, wo man annehmen sollte, daß die Einigung ohne große Schwierigkeiten zu erreichen wäre, bleibt hingegen alles beim alten. Fährt man im „Vereinigten Europa" von Holland nach Frankreich, genauer nach der Europastadt Straßburg, so wird man nicht weniger als sechsmal, nämlich von holländischen, belgischen, luxemburgischen und französischen Grenzbeamten — von den belgischen und luxemburgischen bei der Ein- und Ausfahrt — kontrolliert. Dabei ist die Strecke kaum 200 km lang.

Seit dem Inkrafttreten des Schumanplans fällt die Grenzkontrolle weg, aber nur für Kohle und Eisen. Für die Menschen bleibt sie bestehen. Für Lebensmittel, die dadurch billiger werden könnten, ebenfalls.

Nicht einmal der europäische Jugendpaß ist bis heute verwirklicht worden. Vor zwei Jahren noch wurde er als eine Selbstverständlichkeit angesehen, der jedes Land ohne weiteres seine Zustimmung geben wird. Heute besagt eine Pressemeldung, daß an die Einführung des Jugendpasses noch nicht zu denken sei! Ohne Paß dürfen nur junge Leute reisen, die sich für die Fremdenlegion anwerben lassen wollen.

In den drei skandinavischen Ländern hingegen, wo man weniger von Europa spricht, aber anscheinend mehr im Sinne von Europa handelt, ist der Paß- und Visumzwang gefallen, so daß die Dänen bequem nach Schweden zur Kaffeevisite und die Schweden nach Dänemark zum kühlen Umtrunk fahren können.

ISD
ARCHIVE

SEP 18 1952

X-E 644
.S 39

Frankft R

#113

Gegen das Unrecht und für die Freiheit

Carl-Schurz-Ausstellung in den Römerhallen eröffnet

Im Anschluß an die festliche Kundgebung am Mittwoch in der Frankfurter Paulskirche, begaben sich die Gäste der Steuben-Schurz-Gesellschaft in die Carl-Schurz-Ausstellung, die nun für vierzehn Tage dem Frankfurter Publikum in den Römerhallen offensteht. Danach wird die Ausstellung in Stuttgart, Hamburg, Bremen und Bonn, im Januar vielleicht auch noch in Berlin und München gezeigt werden.

Die Ausstellung gibt, an Hand von Bildmaterial aus deutschen Museumsbeständen, einen illustrierten Ueberblick über das Leben und Wirken von Carl Schurz. Man sieht Photographien des Geburtshauses (Pächterwohnung der Burg Gracht bei Liblar nahe Köln), Bilder aus der Bonner Studentenzeit, zeitgenössische Stiche und Darstellungen von revolutionären Bestrebungen, Landkarten und Schlachtenbilder von den Kämpfen in Baden. Recht eindrucksvoll wird auch gezeigt, wie eine preußische Eskorte im Jahre 1849 Badensche Gefangene abführt. Daneben kann man an einem Lageplan und an Photos den Fluchtweg Carl Schurz' aus der Festung Rastatt studieren. Bilder der Freunde und Mitarbeiter des deutschen Freiheitskämpfers, eine Darstellung der Befreiung Kinkels aus Spandau, Photokopien von Dokumenten, Briefen und Zeitungen (darunter die von Kinkel redigierte demokratische „Bonner Zeitung") vervollständigen den anschaulichen Eindruck, den man von der Wirksamkeit Carl Schurz' in Deutschland bekommt. Einige Bilder aus seiner Arbeit in Amerika reihen sich an, etwa Schurz als Innenminister bei Kabinettssitzungen, auch Schurz, wie ihn die Karikatur zeigte, oder auch wie dieser Mann, der unablässig gegen das Unrecht in jeder Form und für die Freiheit aller Menschen kämpfte, zu den unterdrückten Sioux-Indianern spricht.

Am Eingang, neben dem großen, fahnengeschmückten Porträt von Carl Schurz, befindet sich ein Tisch der Bundespost. Dort kann man die Schurz-Gedenkmarke mit dem Sonderstempel zu den Carl-Schurz-Feierlichkeiten erstehen. -ke

Ref 044
.539
ISD
ARCHIVE

SEP 17 1952

Bln Anz

#114

Unbeirrbarer Rebell der Freiheit

Heute vor 100 Jahren traf Carl Schurz in Amerika ein

In der Frankfurter Paulskirche werden heute V[illegible] und der [illegible] der 100. Wiederkehr des Tages gedenken, an dem Carl Schurz amerikanischen Boden betrat. Diese Feierstunde ist nicht nur als Ehrung eines großen, [illegible] gesinnten Mannes gedacht, sondern auch als eine Dokumentation der wechselseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Mit der Gestalt von Carl Schurz ist die Erinnerung an ein Ereignis in der deutschen Geschichte wachgeblieben, die Revolution von 1848, in der deutsche Demokraten vergebens um Recht und Freiheit des Bürgers kämpften. Als Folge dieser mißglückten Erhebung mußten viele tausend Deutsche ihr Land verlassen und sich in der Neuen Welt eine Heimat suchen. Unter diesem Strom der Einwanderer war auch der 23jährige Student Carl Schurz, ein stürmischer und mutiger junger [illegible] Mann, den in [illegible]

Sohn eines Volksschullehrers

Es ist kaum möglich, dem Leben Carl Schurz, das [illegible] an Erfolgen und Enttäuschungen, an Abenteuern und Arbeit [illegible] [illegible]

pen, für die er nichts ist als ein Verräter der Obrigkeit. Ein französischer Zollner bringt ihn über den Rhein. Später kehrt er aus der Schweiz unter falschem Namen nach Deutschland zurück, um in einem tollen Husarenstückchen seinen Professor Gottfried Kinkel aus dem preußischen Zuchthaus in Spandau zu befreien. Mit ihm flieht er nach Frankreich und England, und in Kinkels Haus trifft er auch die Mitverschworenen im Kampf um ein freies Europa: den Ungarn Kossuth, Mazzini, den Italiener, und Blanc, den französischen Sozialisten. Aber die Revolution ist tot. Schurz spürt, daß der Traum von der Freiheit zu Ende ist.

Die europäische Reaktion hat gesiegt, und Carl Schurz geht, vier Monate nachdem er die Tochter eines Hamburger Kaufmannes in London geheiratet hat, in die Vereinigten Staaten. Nur wenige Tage ist er verwirrt und hängt melancholischen Erinnerungen nach, dann beginnt er zu arbeiten. In unglaublich kurzer Zeit erlernt er die englische Sprache, reist durch das Land und macht sich mit den [illegible] politischen Verhältnissen vertraut.

Schurz [illegible]

Schurz weiß, daß dieser lange, hagere Mensch einmal Präsident dieses Landes werden muß. Bei den Wahlen von 1860 ist es soweit! Lincoln wird gewählt. In diesem Kampf um die Stimmen der Amerikaner hielt Schurz seine berühmte Rede „Vom wahren Amerikanismus", von der Lincoln einmal gesagt haben soll, sie habe ihn „mit Eifersucht gegen Schurz" erfüllt.

Zum Innenminister berufen

Mit dem Sieg Lincolns beginnt der steile Aufstieg des Hitzkopfes aus dem Rheinland. Zunächst wird er Botschafter der USA in Spanien, kehrt aber während des Bürgerkrieges nach Amerika zurück und steigt bis zum Generalmajor auf. Für den „politischen General", der in der Armee viele Gegner hat, sind die Jahre des Krieges oft voller Enttäuschungen. Dann kommt der Sieg über die Südstaaten und gleichzeitig Lincolns Ermordung. Für Schurz ist das ein schwerer Schlag, denn der einsame Mann im Weißen Haus war ihm zum Vorbild eines freiheitlich denkenden Mannes geworden. Wenig später überwirft sich Schurz mit dem Nachfolger Lincolns und wird Journalist. Aber bald steht er wieder im politischen Leben und zieht als Senator des Staates Missouri in den Kongreß ein. Jahre politischer Kämpfe vor allem gegen die Korruption in der Verwaltung folgen. Unbeirrbar bleibt Schurz seinen alten Prinzipien treu. 1877 beruft Präsident Hayes ihn zum Innenminister der USA, und Schurz hat damit das höchste Amt erreicht, das ein Einwanderer einnehmen kann.

Als er am 15. Mai 1906 in New York stirbt, trauern mit den Amerikanern die Demokraten Deutschlands um den großen Mann, der eine seltene Mischung von Realpolitiker und Idealist war und dessen unermüdlicher Energie die Sache der Freiheit vieles zu danken hat. *T. S.*

X-E 644
.S39

17. [illegible] 1952

#115

Vor 100 Jahren wanderte Carl Schurz aus

Deutschlands größte Gabe an die USA

Zur deutsch-amerikanischen Gedenkfeier am 17. September

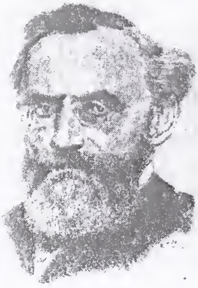
Am 17. September wird in der Frankfurter Paulskirche die Schurz-Steuben-Gesellschaft den Tag festlich begehen, an dem Carl Schurz vor 100 Jahren in die Vereinigten Staaten von Nordamerika auswanderte. An dieser deutsch-amerikanischen Gedenkfeier werden der neue US-Hochkommissar Donnelly und Vizekanzler Blücher teilnehmen, um die Bedeutung dieses deutschen Freiheitskämpfers und späteren amerikanischen Generals und Staatsmanns zu würdigen. Bundeskanzler Dr. Adenauer hatte dem scheidenden Hohen Kommissar als Erinnerungsgabe eine Zeichnung des Geburtshauses von Carl Schurz in Liblar bei Köln aus der Hand des Graphikers Rudolf Müller-Graefe überreicht, wo der berühmteste Deutsch-Amerikaner am 2. März 1829 geboren wurde.

Anläßlich der Hundertjahrfeier seines Geburtstages [illegible] der damalige amerikanische Botschafter Jacob Gould Schurman Carl Schurz als die größte Gabe Deutschlands an die USA.

[illegible] stand nicht weit von [illegible] Flecken, wo der Rhein seine [illegible] aus dem [illegible] Tor des [illegible]gebirges rollt und dann in majestätischer [illegible] durch eines der herrlichsten [illegible] Welt fließt." Mit diesen Sätzen [illegible] Carl Schurz seine Jugenderinnerungen an Deutschland. [illegible] bewegte [illegible] er als leidenschaftlicher Revolutionär [illegible] Sieben Jahre Gymnasium [illegible] Köln, frühzeitiger Tod des Vaters, [illegible] an der Bonner Universität, Student bei der Burschenschaft Franconia und ein Führer der national-revolutionären Jugend. Der junge Schurz wurde [illegible] in die badische Aufstandsbewegung [illegible]. Als die preußischen Truppen [illegible] 21. Juli 1849 die Rastatter Festung [illegible] dort den Revolutions- [illegible] Schurz, der mit seinen anderen [illegible] Offiziers-Kameraden erschossen werden sollte.

Ich ging nach meinem Quartier [illegible], so schreibt Schurz über [illegible] meinen letzten Brief an meine [illegible] zu schreiben [illegible] meiner ehrlichen Überzeugung [illegible] für die Sache des [illegible] offen und daß, wenn es mein [illegible] sterben zu müssen, [illegible] Tod sein werde [illegible] schönen [illegible]. Ich [illegible] zum [illegible] auf [illegible] in dem [illegible] und [illegible] als [illegible] durch den [illegible] war [illegible]

[illegible]



Carl Schurz, nach einer Zeichnung von R. Müller-Graefe.

[illegible] dem Studium der englischen Sprache galt, [illegible] sich schon fünf Jahre später als Rechtsanwalt niederlassen. Inzwischen hatte er die Hamburgerin Margarete Meyer geheiratet, die in Watertown im Staate W[illegible] den ersten Kindergarten [illegible] Vereinigten Staaten gegründet [illegible]. Als [illegible] Mädchen hatte sie [illegible] Fröbel in Hamburg Vorträge über [illegible] Erziehung gehört. In jenen Jahren trat Schurz als Wahlredner für den Republikaner Lincoln auf, der am 6. November 1860 zum Präsidenten gewählt wurde. Beim Ausbruch des Krieges zwischen den Nord- und Südstaaten bot Schurz die Pläne für die Aufstellung eines deutschen Reiterregimentes an, die jedoch von Lincolns Kriegsminister abgelehnt wurden. Schurz wurde kurzerhand als Gesandter nach Spanien versetzt.

Obwohl seine diplomatische Tätigkeit in Madrid Lincolns Anerkennung gefunden hatte, drängte es Schurz, seinem neuen Vaterlande mit der Waffe zu dienen. Als Divisionskommandeur kämpfte er tapfer in den Schlachten von Chancellorsville, Fredericksburg und bei Lookout Mountain. Da Lincoln vor der zweiten Präsidentenwahl stand, berief er Schurz zur Vorbereitung des Wahlkampfes nach Washington. Am 14. März 1865 wurde Lincoln ermordet, Johnson wurde Präsident, und Schurz beauftragt, die Verhältnisse in den Südstaaten zu prüfen, die sich innerlich noch nicht der Union angeschlossen hatten. Johnson scheiterte an den Ausbeutern des Landes, und im nächsten Wahlkampf rührte Schurz die Trommel für General Grant, unter dessen Präsidentschaft er es zum Senator brachte und in dieser Eigenschaft die Grundlage zum amerikanischen Beamtengesetz schuf. Er kämpfte für die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Südstaaten. 1877 lief die Amtsperiode Grants ab, und wieder war es Schurz, der mithalf, daß der neue Präsident Rutherford Hayes in das Weiße Haus einziehen konnte. Schurz wurde Minister, gab den Indianern Reservate, bekämpfte die Bodenspekulation und den Raubbau in den Bodenschätzen. Sein größtes Verdienst bleibt jedoch, daß er die Südstaaten bewog, sich wieder der Union anzuschließen.

Wiederholt besuchte Carl Schurz sein altes Vaterland. Als ihm Bismarck in den Weihnachtstagen 1868 empfing, sagte der Altkanzler: „Als Deutscher bin ich stolz auf Carl Schurz." Mit den Worten „es ist so einfach zu sterben" verschied am 16. Mai 1906 Carl Schurz als einer der größten Deutsch-Amerikaner, von dem erst kürzlich ein amerikanisches Geschichtswerk schrieb, daß er „eine hervorragende Rolle im Leben der Nation" gespielt habe.

Markus Walter

Zeichnung des Geburtshauses von Carl Schurz in Liblar bei Köln von R. Müller-Graefe.

ISD ARCHIVE

X-E 644 .539

Neue [illegible] Frankf[illegible] #116 SEP 18 1952

Das Erbe von Carl Schurz

Wortlaut der Rede des Hochkommissars Walter J. Donnelly bei der Gedenkfeier in der Frankfurter Paulskirche

[illegible] aus den Trümmern der Vergangen[heit] aufgebauten Paulskirche übernom[illegible] fühl, daß Deutschlands Zukunft [illegible] [trot]z aller uns umgebenden gegenwär[tigen] trotz aller noch vor uns liegenden [illegible]ten und Aufgaben ausgezeichnet [illegible]

[Machen w]ir uns einmal klar, wo wir sind: [illegible] Meter vom berühmten Frankfurter [illegible] vis-à-vis des weltbekannten Römers [illegible] mittelalterlichen Majestät Frank[furts] [illegible] Wahrzeichen der Stadt, unweit des [illegible] Goethes, des Größten unter den [D]ichtern, und inmitten [illegible] [illegible] Wir stehen hier [illegible] und [illegible] Punkt, der Deutsch[illegible] [illegible] Gegenwart und Zukunft [illegible]

[illegible] Umgebung [illegible] [d]ankbar die Gelegenheit [illegible] [illegible] Grüße des amerikanischen [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [Bewun]derung, den Worten Ihres [illegible] [Oberbürger]meisters und des Vizekanzlers [illegible] [Worte]n über Carl Schurz hinzuf[ügen] [illegible]

[illegible] Ihnen sagen zu können [illegible] [illegible] Tausende vor Beginn der [illegible] Staaten der Person und der [illegible] [illegible] Leistungen Carl Schurz' gedenken [illegible] monatelangen Vorbereitungen [illegible] [illegible]-Feier haben Gelehrte in Deutsch[land] [und in] den Vereinigten Staaten des [illegible] Zeit und Arbeit auf das Studium de[s] [illegible] dieses Mannes verwandt, dessen Vielseitigkeit so groß waren, daß [illegible] [illegible] Bewunderung erfüllen [illegible] [illegible] loyaler und einsichtsvoller [illegible] [S]ohn eines Lehrers, und der [illegible] Er stand in enger Geistesverwandt-schaft mit den Männern, die in der Französischen Revolution und im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg für die Anerkennung der Menschenrechte rangen. Er kämpfte in Deutschland für eine gute Sache — und verlor. Daraufhin wurde er, wie so viele andere, die vor und nach ihm kamen, mit manchem Vorbehalt Amerikaner. Mit Vorbehalt deshalb, weil sein Herz zunächst noch immer Deutschland gehörte. Bald aber begriff er, daß der Kampf für die Menschenrechte [stän]dig und überall auf der Welt ausgetragen [w]ird, und daß sich überall Gelegenheit bietet, für eine Besserung der Lebensbedingungen zu streiten. Im Zeitraum von wenigen Monaten erwarb er sich weitgehende Kenntnisse der amerikanischen Geschichte und Literatur, die allein [illegible] einen Maßstab für seine geistigen Fähig[keiten] [illegible]. In bemerkenswert kurzer Zeit hatte er es zum angesehenen Journalisten, An[wa]lt, Gesandten, Staatsmann, General und Mini[ster] gebracht. Die Laufbahn eines Mannes, der es in einem fremden Land mit fremder Sprache auf [illegible] verschiedenen Gebieten zu außergewöhn[lichen] Leistungen gebracht hat, kann [illegible] nur mit staunender Bewunderung erfüllen.

Die Tragik deutscher Geschichte

Genau [illegible] Sie alle erfüllt es mich mit Freude, am [illegible] von Carl Schurz teilzuhaben. In diesem Gedenkjahr zitieren Schriftsteller und Redner in [allen] Teilen der Welt aus den Schriften Carl Schurz' und sie werden seine Leistungen wieder [illegible] [illegible] Jahren vom Ein[wanderer] zum Gesandten — im selben Zeitraum [illegible] einem Meister der englischen Schrift[sprache] [illegible] einem zurückhaltenden [illegible] bekannten Redner — [illegible] kurzer Zeit [illegible] ein warmherziger [illegible] Mensch, der um das Leid [illegible] und selbst gelitten hatte und dessen höchstes Streben nicht auf Ruhm und Anerkennung, sondern auf die Wohlfahrt und das Glück gerade des einfachen Menschen gerichtet war.

Wir alle wissen, wie die demokratische Revolution von 1848 endete. Generationen später sah man darin nur noch eine Episode der deutschen Geschichte. Deutschland gewann seine politische Einheit, und die industrielle Revolution machte es zum großen Industrieland. Im Zeitalter des Imperialismus und der Technik war Deutschland zu einer großen Weltmacht geworden. In den ersten Anfängen war noch nicht erkennbar, daß der von der deutschen Führung eingeschlagene Weg zu zwei verhängnisvollen Weltkriegen führen würde.

Wir können uns nur fragen, welchen Weg Deutschlands Geschichte gegangen wäre, wenn Carl Schurz und seine Freunde vor 100 Jahren gesiegt hätten.

Heute erleben wir, wie Deutschland aus den Trümmern der durch den Nazismus verursachten Katastrophe wieder aufersteht. Wir sind tief beeindruckt von dem Wunsch der großen Mehrheit des deutschen Volkes, einen demokratischen, wirtschaftlich gesunden und zur friedlichen internationalen Zusammenarbeit bereiten Staat aufzubauen — einen Staat, wie ihn Carl Schurz hier vor 100 Jahren zu errichten suchte. Die Welt blickt voll Spannung auf die neuerstandene Bundesrepublik. Sie sieht, wie Deutschland die Rechte eines gleichberechtigten Partners in der freien Welt übernimmt, sie wartet aber auch gespannt darauf, ob Deutschland nunmehr den gerechten Anteil an der Last der politischen Verantwortung übernehmen wird, die jede Demokratie zu tragen bereit sein muß. Letztere Aufgabe muß das deutsche Volk aus eigenem freien Entschluß übernehmen.

Wenn Carl Schurz heute noch lebte, würde e[r] voraussichtlich nicht nach den Vereinigten Staa[ten] auswandern, ich bin der Auffassung, daß er hier in Deutschland das Betätigungsfeld für seinen großen Tatendrang fände, und daß er deshalb sein Leben der Schaffung jenes Staates widmen würde, von dem er 1852 träumte.

Er würde sicherlich sogleich erkennen, daß der furchtbare Zoll, den der letzte Krieg Deutschland abverlangte, nicht nur die Millionen Menschen einschließt, die ihr Leben lassen mußten und sich auch nicht auf die Verwüstungen beschränkt, die zahlreiche Gebiete in ein Trümmerfeld verwandelten. Carl Schurz würde verstehen, daß es für Deutschland darauf ankommt, in erster Linie die Achtung zurückzugewinnen, die man diesem Land jahrhundertelang auf Grund der Leistungen seiner Dichter, Maler, Musiker, Wissenschaftler und Philosophen entgegenbrachte.

Carl Schurz und die politische Gegenwart

Ein Carl Schurz unserer Tage würde sein Glück darin sehen, sein Leben der Schaffung jener geistigen und sozialen Voraussetzungen zu widmen, die Deutschland zu einem Sammelpunkt für tatkräftige und aufbauwillige Menschen aus allen Teilen der Welt werden lassen können.

Carl Schurz würde aus seinem tiefen Verständnis für die Geschichte und seiner Freiheitsliebe heraus begreifen, daß der Kommunismus und der Nationalsozialismus Zwillingsbrüder des Totalitarismus sind, die es mit allen Waffen der Vernunft zu bekämpfen gilt. Und er würde sicher hier bleiben, um ihr Umsichgreifen zu verhindern.

Er würde eine ganze Anzahl von sehr ermutigenden Symptonen entdecken. Allem voran würde er Bonn — die Stadt, in der er studierte und seine revolutionäre Betätigung begann — als Sitz der Regierung eines Bundesstaates wiederfinden. Er würde, glaube ich, das Grundgesetz als sehr ermutigend ansehen, er würde sich im Bundeshaus umsehen und dort auf Abgeordnete treffen, die ebenso entschlossen sind wie er es einst war, in diesem Land eine dauerhafte Demokratie zu errichten und den Willen des Volkes zu vollstrecken.

Carl Schurz würde feststellen, daß keine Einmütigkeit in der Frage herrscht, in welcher Form die neue Regierung gestärkt werden könne; er würde aber auch vielen Menschen begegnen, die sich oft weit auseinandergehende aber ehrliche und ehrenswerte Gedanken darüber machen, wie jene Ziele erreicht werden können. Als Wichtigstes [illegible]

. S39

#117

Deutschland ehrt Carl Schurz

(Fortsetzung von Seite 1)

Bewahrung unserer Freiheit. Diese Erkenntnis und dieses Handeln bedeuten für Europa die Rettung vor dem Nihilismus."

Blücher ging dann auf die unterschiedliche Form des Werdens der Demokratie in den verschiedenen Ländern ein. Die Vereinigten Staaten, so erklärte er, hätten die glücklichste Form dieser Entwicklung erlebt. Die amerikanische Demokratie sei im Kampf um die äußere Selbständigkeit entstanden; während in Deutschland die Demokratie zweimal nach äußeren Niederlagen errichtet worden sei. Die politischen Führer der deutschen Demokratie müßten daher erst durch Arbeit und Erfolge das Vertrauen des Volkes erwerben. „Zu alledem gehört für die Welt Mut zum Glauben an das deutsche Volk", betonte der Vizekanzler, „wie für uns Mut zum Glauben an die Freiheit. Wir wollen glauben und wir wollen arbeiten und wir wollen kämpfen."

In dieser Stunde des Gedenkens für einen großen Amerikaner deutscher Abstammung wolle das deutsche Volk nicht das Gefühl der Trauer darüber verbergen, daß Deutschland und Europa so viele ihrer besten Söhne von sich gestoßen hätten. Ihre Auswanderung und ihr Wirken in der Neuen Welt habe jedoch erst die Vermählung von Amerika und Europa ermöglicht. „Das Bewußtsein, diese Einheit zu zeigen, das ist wohl der Sinn dieser Stunde", schloß Vizekanzler Blücher seine Ausführungen. „Möge ein seiner Existenz wieder sicheres, seiner Aufgabe bewußtes Deutschland in einem erneuerten Europa sich für immer mit einem seiner abendländischen Sendung verpflichteten Amerika zusammenfinden als Träger einer Idee: In der ganzen Welt dem Menschen seine sittliche und nur durch die Rücksicht auf den Nächsten gebundene Freiheit zu geben. Den Weg für den einzelnen hat Carl Schurz in der Devise der von ihm begründeten Zeitung gewiesen; er hat uns gesagt, was sein Bekenntnis war und unseres sein soll — ein Bekenntnis für geistige und sittliche Freiheit und zum beherzten Kampf: Unabhängig, aber nicht neutral."

In seinen Begrüßungsworten erinnerte der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. h. c. Walter Kolb als Präsident der Steuben-Schurz-Gesellschaft daran, daß Deutschland viel Unglück erspart geblieben wäre, wenn die hohen Gedanken der Männer der Paulskirche bereits vor 100 Jahren Wirklichkeit geworden wären. Deutschland sei jedoch stolz auf die führende Rolle, die Schurz und viele seiner Freunde bei dem enormen Aufschwung der Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert spielten.

Nach der Feierstunde wurde in den Frankfurter Römerhallen eine große Carl-Schurz-Ausstellung eröffnet, die dem Leben und Wirken dieses Revolutionärs und Staatsmannes gewidmet ist.

USA feiern Carl-Schurz-Gedenktag

New York, 17. September (dpa). — In den Vereinigten Staaten finden diese Woche Feierlichkeiten zur Erinnerung an die hundertste Wiederkehr des Tages statt, an dem Carl Schurz seinen Fuß auf amerikanischen Boden setzte. Ueberall wird der Bedeutung dieses deutschen Einwanderers gedacht, der sich in Amerika als Politiker und Soldat größtes Ansehen erwarb. Unter den Farben der Bundesrepublik und dem Sternenbanner veranstalteten mehrere amerikanische Hochschulen in New York eine Carl-Schurz-Gedenkfeier.

SEP 17 1952

Stuttgarter N

E 664
.S39

#118

Das Leben eines Revolutionärs

Heute vor hundert Jahren verließ Carl Schurz Europa

Am 17. September sind hundert Jahre vergangen, seit Carl Schurz dem Abendland den Rücken kehrte, um sich jenseits des Ozeans, in der Neuen Welt, eine Heimat zu suchen. Unter den vielen hervorragenden Deutschen, die als politisch Verfolgte in die Emigration gingen, nimmt Carl Schurz eine ganz besondere Stellung ein. Als kaum Zwanzigjähriger hatte er sich in der alten Heimat ausgezeichnet; als Dreißigjähriger bereits wurde er jenseits des Meeres in den diplomatischen Dienst übernommen und als Gesandter der USA nach Spanien entsandt. Später hat er dann — als General im amerikanischen Bürgerkrieg, als republikanischer Senator, als Innenminister, zuletzt als Vorsitzender des antikorruptionistischen „Bundes für Verwaltungsreform" — fast ein halbes Jahrhundert lang maßgebenden Einfluß auf die amerikanische Politik geübt, ohne je Deutschland und Europa zu vergessen.

Wie konnte es geschehen, daß ein solcher Mann dem Vaterlande verlorenging und in die Fremde getrieben wurde? Geboren im Jahre 1829 in Liblar unweit Köln, als Kind eines streng katholischen Hauses, wuchs er auf einem Gut der gräflichen Familie Metternich [illegible] patr[illegible]cher [illegible] zurücklag, und die [illegible] Befreiungskriege hatten jedoch [illegible] Einbrüche in das überlieferte Denken hervorgerufen. Die Massen der Bevölkerung waren in [illegible] Gleichgültigkeit gegenüber dem religiösen Leben verfallen. Die preußisch-hohenzollernsche Herrschaft, die hier, im Gebiet des alten Kurerzbistums Köln, keinerlei Tradition besaß, [illegible] nationale Gefühle zu erwecken [illegible] Das wirkte auf den [illegible] Kreis deutsch empfindender [illegible] zu [illegible] des Jahrhunderts die [illegible] der [illegible] Die [illegible] der preu[illegible]

[illegible] die [illegible] Arndt [illegible] Fahne [illegible] der Deutschen [illegible] erfaßt.

In ihren Reihen trat er für Selbsterziehung ein, für wissenschaftliche Fortbildung, leidenschaftlich gegen Mensurunwesen und überholte Ehrbegriffe kämpfend. Als dann die Wogen der Revolution hoch aufbrandeten, war Schurz unter den Studenten, die die Forderung vertraten, daß sie vor den Toren der Universität nicht haltmachen dürfe. Im Herbst 1848 wurde Schurz Delegierter für den Eisenacher Studententag, wo er sich an den Beratungen über die Universitätsverfassung beteiligte, vor allem aber politisch wirkte. Sein eigentliches Anliegen war die Volkssouveränität: die Freilegung des Weges zur großen, einheitlichen deutschen Republik.

Aber die Entwicklung ging einen anderen Weg, als die begeisterten demokratischen Führer gehofft und erwartet hatten. Friedrich Wilhelm IV, der König von Preußen, der im März 1848 mit der schwarz-rot-goldenen Fahne durch Berlins Straßen geritten war, lehnte die deutsche Kaiserkrone ab, die ihm die Frankfurter Nationalversammlung anbot. Die ersten vom ganzen Volke gewählten Parlamente wurden aufgelöst und, als sie sich nicht fügten, mit Waffengewalt auseinandergetrieben. Zuletzt wurde auch die Pfälzer Revolutionsarmee in der Festung Rastatt zusammen mit den badischen Gesinnungsfreunden eingeschlossen und vernichtet. Schurz gelang die Flucht ins nahe Elsaß.

Aber er blieb nicht in der Emigration, um — wie viele andere — bessere Zeiten abzuwarten. Als die Nachricht kam, daß sein Lehrer und Vorbild, Gottfried Kinkel, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt war, hielt es ihn nicht in der Fremde. Am [illegible] November 1850 gelang es ihm, den Freund auf abenteuerliche Weise aus Spandau zu befreien. In Paris und dann in London wartete Schurz auf das Umschwingen des Pendels. Als jedoch Louis Napoleon Bonaparte Kaiser der Franzosen wurde, ohne daß der republikanische Teil der Bevölkerung ernsthaften Widerstand zu leisten vermochte, da sah er ein, daß seine Rückkehr in die Heimat so bald nicht möglich sein würde. Mit allen Fasern seines Herzens sehnte er sich nach Tätigkeit, nach aktivem Einsatz im Dienste seiner [illegible] Nur ein Land konnte ihm die Möglichkeit dazu bieten: Amerika. So verließ Carl Schurz am 17. September 1852 den Boden Europas, um in der Neuen Welt [illegible] Revolutionsarbeit zu [illegible]

F. Christiansen

X-E 644
.S39

OCT 6 1952

#119

Carl-Schurz-Gedächtnisausstellung

Im [illegible] Auslandsbeziehungen, Stuttgart, Charlottenplatz 17 (Waisenhaus, Eingang Dorotheenstraße), wird heute, Montag, 16 Uhr, eine Carl-Schurz-Gedächtnisausstellung eröffnet.

Die Veranstalterin ist die [illegible]-Schurz-Gesellschaft e. V., die diese Ausstellung anläßlich der 100. Wiederkehr der [illegible] von Carl Schurz in den Vereinigten Staaten in Frankfurt schon gezeigt hat. Die Ausstellung ist [illegible] 7. bis 15. Oktober täglich geöffnet von 9 bis 18 [illegible]. Aus diesem Anlaß wird ein [illegible] mit [illegible] Sonderstempel eingerichtet.

X-E672
#120

NOTORIOUS
GRANT-ISM.

The unjust publicity given to my name by certain newspapers interested in the election of Gen. U. S. Grant, warranted me to visit Groton, Massachusetts, the home of Hon. George S. Boutwell, Secretary of the Treasury. I arrived at Groton on the morning of August 13th, 1872, where I saw and conversed with the Secretary of the Treasury. My business may be understood by a perusal of the following note:

GROTON, MASS. Aug. 13th, 1872.

HON. GEORGE S. BOUTWELL,
Secretary of the Treasury.

Sir:—I desire to call your attention to the following extract taken from an article published in the Raleigh, North Carolina, Era of July 25th, 1872:

"Wood was dismissed from the position of Chief of the Secret Service Division of the Government, by Mr. Boutwell, because he robbed the Government."

Mr. Boutwell, I believe you are aware I am in possession of the highest testimonials, for integrity, fidelity and honesty, during my official connection with the government,

X-E672
#121

Präsident U. S. Grant.

Ein offizielles Zeugniß seiner staatsmännischen Befähigung.

Den Anschuldigungen gegenüber, daß der Präsident Grant nicht befähigt sei, die Pflichten eines Präsidenten gewissenhaft und treu zu erfüllen, wollen wir eine gewissenhafte unparteiische Politik verfolgen und ihn selbst durch seine amtlichen Handlungen sprechen lassen. Wir haben daher seine Acte und Botschaften je nach den wichtigen Gegenständen, die darin behandelt werden, so geordnet, daß der Leser leicht zu einem Verständniß über den staatsmännischen Charakter des Präsidenten gelangen kann. Auszüge aus verschiedenen Botschaften zeigen, obwohl sie von verschiedenen Zeiten sind, doch die Uebereinstimmung und Einhelligkeit der Meinungen und Ueberzeugungen, daß selbst der erfahrene Kritiker die Konsequenz und das Gewicht der amtlichen Verantwortlichkeit anerkennen muß. Die Gegenstände, welche in diesen verschiedenen Botschaften behandelt werden, sind zahlreich und umfassen viele streitige Fragen, welche in keiner Weise durch Verheimlichung oder durch Ausflüchte umgangen sind. Die politischen Gegner sind genöthigt, entweder die in den Botschaften übereinstimmend dargelegten Grundsätze anzuerkennen, — und in diesem Falle beschränkt sich ihre Opposition gegen Präsident Grant nur auf unbegründeten persönlichen Haß, — oder sie müssen ihre entgegengesetzten Ansichten vorbringen und begründen, und in jedem Falle werden sie es schwer finden, den „Jordan zu passiren."

Der Präsident hat sich durch seinen militärischen Ruhm und seine beständige Rechtlichkeit dem Volke lieb und werth gemacht, während seine politischen Ansichten so besonnen, human und progressiv, ja so sicher sind, daß es einen hohen Grad von Unverschämtheit erfordert, sie zu verwerfen.

So unvollkommen auch diese kurze Abhandlung ist, indem sie manche wohlbegründete und gerechte Ansichten des Präsidenten über untergeordnete Gegenstände hier ausschließt, so ist doch hierin schon ein genügender Nachweis dafür geliefert, daß Präsident Grant ein zuverlässiger Verwalter der öffentlichen Angelegenheiten ist.

Der militärische Record des Präsidenten.

Allerdings sind die militärischen Thaten des Generals Grant den Rebellen und ihren Alliirten ebenso mißfällig und zuwider, wie der Anblick des Wassers den Opfern der Wasserscheu. Denn diejenigen, welche ihr Aeußerstes wagten, um die Amerikanische Nation zu vernichten, und welche sich heute nur der Gewalt fügen, sind natürlich entrüstet, wenn man die Erstürmung Vicksburg's und Richmond's, sowie die Ueberlieferung Lee's und seiner Armee erwähnt; andererseits behaupten die Civil-Alliirten der Rebellen, daß die aufgezeichneten Thaten des Generals Grant ein unverdienter Ruhm sind. Die Ersteren bestreiten die Superiorität des Generals Grant, während die Andern zwar widersträubend den militärischen Succeß zugeben, aber bestreiten, daß dieß irgend einen Einfluß auf seine Wahl als Präsident haben dürfe. — Allein wir sind entgegengesetzter Ansicht; denn die militärischen Thaten Grant's bilden einen Theil der Geschichte und seines Charakters. Denn hätte die Rebellion einen glücklichen Erfolg gehabt, so würde die Union in Stücke zersplittert und die große Republik, das Licht und die Hoffnung der Völker, in Anarchie und Verwirrung sich aufgelöst haben. Wir sind daher für die nationale Existenz dem General Grant und der Legion braver Männer, welche ihr Leben der heiligen Sache des Vaterlandes opferten oder dazu bereit waren, zum größten Dank verpflichtet.

Grant's militärische Carriere hat Ruhm und Glanz über unsere Nation verbreitet und ist ein Schild gegen jede Anschuldigung von Mangel an Patriotismus oder an Fähigkeit. Die Geschichte aller Nationen hat bewiesen, daß ein militärischer Succeß in einem langwierigen Kampfe, mit einer Million von Männern unter Waffen und zwar geleitet von Einem Manne, nur von einem Manne mit großen Fähigkeiten und hohem Verstande erreicht werden kann.

X-1.
#122

Präsident U. S. Grant.

Ein offizielles Zeugniß seiner staatsmännischen Befähigung.

Den Anschuldigungen gegenüber, daß der Präsident Grant nicht befähigt sei, die Pflichten eines Präidenten gewissenhaft und treu zu erfüllen, wollen wir eine gewissenhafte unparteiische Politik verfolgen und ihn selbst durch seine amtlichen Handlungen sprechen lassen. Wir haben daher seine Acte und Botschaften je nach den wichtigen Gegenständen, die darin behandelt werden, so geordnet, daß der Leser leicht zu einem Verständniß über den staatsmännischen Charakter des Präsidenten gelangen kann. Auszüge aus verschiedenen Botschaften zeigen, obwohl sie von verschiedenen Zeiten sind, doch die Uebereinstimmung und Einhelligkeit der Meinungen und Ueberzeugungen, daß selbst der erfahrene Kritiker die Konsequenz und das Gewicht der amtlichen Verantwortlichkeit anerkennen muß. Die Gegenstände, welche in diesen verschiedenen Botschaften behandelt werden, sind zahlreich und umfassen viele streitige Fragen, welche in keiner Weise durch Verheimlichung oder durch Ausflüchte umgangen sind. Die politischen Gegner sind genöthigt, entweder die in den Botschaften übereinstimmend dargelegten Grundsätze anzuerkennen, — und in diesem Falle beschränkt sich ihre Opposition gegen Präsident Grant nur auf unbegründeten persönlichen Haß, — oder sie müssen ihre entgegengesetzten Ansichten vorbringen und begründen, und in jedem Falle werden sie es schwer finden, den „Jordan zu passiren."

Der Präsident hat sich durch seinen militärischen Ruhm und seine beständige Rechtlichkeit dem Volke lieb und werth gemacht, während seine politischen Ansichten so besonnen, human und progressiv, ja so sicher sind, daß es einen hohen Grad von Unverschämtheit erfordert, sie zu verwerfen.

So unvollkommen auch diese kurze Abhandlung ist, indem sie manche wohlbegründete und gerechte Ansichten des Präsidenten über untergeordnete Gegenstände hier ausschließt, so ist doch hierin schon ein genügender Nachweis dafür geliefert, daß Präsident Grant ein zuverlässiger Verwalter der öffentlichen Angelegenheiten ist.

Der militärische Record des Präsidenten.

Allerdings sind die militärischen Thaten des Generals Grant den Rebellen und ihren Alliirten ebenso mißfällig und zuwider, wie der Anblick des Wassers den Opfern der Wasserscheu. Denn diejenigen, welche ihr Aeußerstes wagten, um die Amerikanische Nation zu vernichten, und welche sich heute nur der Gewalt fügen, sind natürlich entrüstet, wenn man die Erstürmung Vicksburg's und Richmond's, sowie die Ueberlieferung Lee's und seiner Armee erwähnt; andererseits behaupten die Civil-Alliirten der Rebellen, daß die aufgezeichneten Thaten des Generals Grant ein unverdienter Ruhm sind. Die Ersteren bestreiten die Superiorität des Generals Grant, während die Andern zwar widersträubend den militärischen Succeß zugeben, aber bestreiten, daß dieß irgend einen Einfluß auf seine Wahl als Präsident haben dürfe. — Allein wir sind entgegengesetzter Ansicht; denn die militärischen Thaten Grant's bilden einen Theil der Geschichte und seines Charakters. Denn hätte die Rebellion einen glücklichen Erfolg gehabt, so würde die Union in Stücke zersplittert und die große Republik, das Licht und die Hoffnung der Völker, in Anarchie und Verwirrung sich aufgelöst haben. Wir sind daher für die nationale Existenz dem General Grant und der Legion braver Männer, welche ihr Leben der heiligen Sache des Vaterlandes opferten oder dazu bereit waren, zum größten Dank verpflichtet.

Grant's militärische Carriere hat Ruhm und Glanz über unsere Nation verbreitet und ist ein Schild gegen jede Anschuldigung von Mangel an Patriotismus oder an Fähigkeit. Die Geschichte aller Nationen hat bewiesen, daß ein militärischer Sueceß in einem langwierigen Kampfe, mit einer Million von Männern unter Waffen und zwar geleitet von Einem Manne, nur von einem Manne mit großen Fähigkeiten und hohem Verstande erreicht werden kann.

Copy 2

X-E672
#123

Präsident U. S. Grant.

Ein offizielles Zeugniß seiner staatsmännischen Befähigung.

Den Anschuldigungen gegenüber, daß der Präsident Grant nicht befähigt sei, die Pflichten eines Präsidenten gewissenhaft und treu zu erfüllen, wollen wir eine gewissenhafte unparteilische Politik verfolgen und ihn selbst durch seine amtlichen Handlungen sprechen lassen. Wir haben daher seine Acte und Botschaften je nach den wichtigen Gegenständen, die darin behandelt werden, so geordnet, daß der Leser leicht zu einem Verständniß über den staatsmännischen Charakter des Präsidenten gelangen kann. Auszüge aus verschiedenen Botschaften zeigen, obwohl sie von verschiedenen Zeiten sind, doch die Uebereinstimmung und Einhelligkeit der Meinungen und Ueberzeugungen, daß selbst der erfahrene Kritiker die Konsequenz und das Gewicht der amtlichen Verantwortlichkeit anerkennen muß. Die Gegenstände, welche in diesen verschiedenen Botschaften behandelt werden, sind zahlreich und umfassen viele streitige Fragen, welche in keiner Weise durch Verheimlichung oder durch Ausflüchte umgangen sind. Die politischen Gegner sind genöthigt, entweder die in den Botschaften übereinstimmend dargelegten Grundsätze anzuerkennen, — und in diesem Falle beschränkt sich ihre Opposition gegen Präsident Grant nur auf unbegründeten persönlichen Haß, — oder sie müssen ihre entgegengesetzten Ansichten vorbringen und begründen, und in jedem Falle werden sie es schwer finden, den „Jordan zu passiren."

Der Präsident hat sich durch seinen militärischen Ruhm und seine beständige Rechtlichkeit dem Volke lieb und werth gemacht, während seine politischen Ansichten so besonnen, human und progressiv, ja so sicher sind, daß es einen hohen Grad von Unverschämtheit erfordert, sie zu verwerfen.

So unvollkommen auch diese kurze Abhandlung ist, indem sie manche wohlbegründete und gerechte Ansichten des Präsidenten über untergeordnete Gegenstände hier ausschließt, so ist doch hierin schon ein genügender Nachweis dafür geliefert, daß Präsident Grant ein zuverlässiger Verwalter der öffentlichen Angelegenheiten ist.

Der militärische Record des Präsidenten.

Allerdings sind die militärischen Thaten des Generals Grant den Rebellen und ihren Alliirten ebenso mißfällig und zuwider, wie der Anblick des Wassers den Opfern der Wasserscheu. Denn diejenigen, welche ihr Aeußerstes wagten, um die Amerikanische Nation zu vernichten, und welche sich heute nur der Gewalt fügen, sind natürlich entrüstet, wenn man die Erstürmung Vicksburg's und Richmond's, sowie die Ueberlieferung Lee's und seiner Armee erwähnt; andererseits behaupten die Civil-Alliirten der Rebellen, daß die aufgezeichneten Thaten des Generals Grant ein unverdienter Ruhm sind. Die Ersteren bestreiten die Superiorität des Generals Grant, während die Andern zwar widerstrebend den militärischen Succeß zugeben, aber bestreiten, daß dieß irgend einen Einfluß auf seine Wahl als Präsident haben dürfe. — Allein wir sind entgegengesetzter Ansicht; denn die militärischen Thaten Grant's bilden einen Theil der Geschichte und seines Charakters. Denn hätte die Rebellion einen glücklichen Erfolg gehabt, so würde die Union in Stücke zersplittert und die große Republik, das Licht und die Hoffnung der Völker, in Anarchie und Verwirrung sich aufgelöst haben. Wir sind daher für die nationale Existenz dem General Grant und der Legion braver Männer, welche ihr Leben der heiligen Sache des Vaterlandes opferten oder dazu bereit waren, zum größten Dank verpflichtet.

Grant's militärische Carriere hat Ruhm und Glanz über unsere Nation verbreitet und ist ein Schild gegen jede Anschuldigung von Mangel an Patriotismus oder an Fähigkeit. Die Geschichte aller Nationen hat bewiesen, daß ein militärischer Succeß in einem langwierigen Kampfe, mit einer Million von Männern unter Waffen und zwar geleitet von Einem Manne, nur von einem Manne mit großen Fähigkeiten und hohem Verstande erreicht werden kann.

copy 3

X-E 672

#124

GENERAL GRANT

AND THE

PRESIDENCY.

He is not the Right Man for the Office.

BY JOHN GEORGE HERTWIG,

16 South Third ~~713 Locust~~ Street, ST. LOUIS, MO.

Grant, Ulysses Simpson, pres U.S., 1822-1885.

1880.

A. R. FLEMING, Book and Job Printer,

ST. LOUIS, MO.

X-E672
#125

"Our Candidate—Match Him."

Demosthenes declared that eloquence consisted in "action!" Were the greatest of ancient orators now living, he would find in these pages the amplest proof of his theory. General Grant, though a man of few words, has always shown himself ready with those most fitting. In these pages will be found wise expression properly accompanying great deeds; the statesmanship of common sense aptly offered, and a manliness of character that the world cannot but admire. We offer with pride the recorded opinions of the Republican candidate, General U. S. Grant.

THE KEY-NOTE.

"I DO NOT INTEND THAT IT SHALL KEEP ME FROM FIGHTING FOR OUR DEAR OLD FLAG WHEN THE HOUR OF BATTLE COMES."

Grant to his father before Sumpter was fired on—1861.

"UNCLE SAM HAS EDUCATED ME FOR THE ARMY. THOUGH I HAVE SERVED HIM THROUGH ONE WAR, I DO NOT FEEL THAT I HAVE YET PAID THE DEBT. I AM STILL READY TO DISCHARGE MY OBLIGATIONS, AND SHALL THEREFORE SEE UNCLE SAM THROUGH THIS WAR, TOO."—*Grant at Galena, April* 15, 1861.

"I LEFT THE ARMY, EXPECTING NEVER TO RETURN. I AM NO SEEKER FOR POSITION, BUT THE COUNTRY, WHICH EDUCATED ME, IS IN SORE PERIL, AND, AS A MAN OF HONOR, I FEEL BOUND TO OFFER MY SERVICES FOR WHATEVER THEY ARE WORTH."

Grant to Hon. E. B. Washburne, April, 1861.

"I would rather like a regiment, *yet there are few men really competent to command a thousand soldiers. I doubt whether I am one of them."*—Grant at Springfield, April, 1861.

"I DON'T KNOW ANYTHING ABOUT MAKING SPEECHES; THAT IS NOT IN MY LINE; BUT WE ARE FORMING A COMPANY IN GALENA, AND MEAN TO DO WHAT WE CAN FOR PUTTING DOWN THE REBELLION. IF ANY OF YOU FEEL LIKE ENLISTING, I WILL GIVE YOU ALL THE INFORMATION AND HELP I CAN."—*Grant at a war meeting, Galena, Ill., April* 17, 1861.

ASSUMING COMMAND.

"*I have come among you, not as an enemy*, but as your fellow citizen; not to maltreat or annoy you, but to respect and enforce the rights of all loyal citizens. * * * I am here to defend you against this enemy, *to assist the authority and sovereignty of your government. I have nothing to do with opinions. I shall deal only with armed rebellion and its aiders and abettors. * * * The strong arm of the Government is here to protect its friends, and punish its enemies.*"

Grant to citizens of Paducah, Sept. 6, 1861.

Johns Hop. Univ. Lib.
Gift.
JUN 20 908

X-E672
146
#126

Le Général Grant.

SES ACTES OFFICIELS COMME HOMME D'ETAT, SA POLITIQUE A L'ÉGARD DES EMIGRANTS ET DES TRAVAILLEURS; SON ATTITUDE ENVERS LES ANCIENS SOLDATS CONFÉDÉRÉS ET LES POPULATIONS DU SUD

Extraits des Messages Annuels du Président et d'autres Pièces Officielles.

(PUBLIÉ PAR LE COMITÉ RÉPUBLICAIN CONGRESSIONNEL, WASHINGTON, D. C.)

Le parti républicain, depuis l'ouverture de la campagne électorale, s'est toujours attaché à répondre par des faits aux vagues accusations de ses adversaires. Nous nous conformons à cette politique en opposant, dans cette brochure, les actes mêmes du Président à ceux qui le disent incapable de remplir avec fidélité et talent les fonctions présidentielles. Nous avons réuni, en les classant par sujet, les diverses déclarations faites par le Président dans ses trois messages annuels, afin que chaque citoyen puisse juger par lui-même des qualités de l'homme d'Etat qui nous gouverne. Les extraits sont groupés sans égard aux dates des messages; les déclarations de 1869 sont à côté de celles de 1871, ce qui est assurément la plus rude épreuve à laquelle on puisse soumettre les écrits d'un homme politique. Mais les diverses questions du jour ont été si consciencieusement étudiées par l'auteur des messages, qui sentait tout le poids de sa responsabilité officielle, qu'il règne dans tous ces extraits une uniformité remarquable d'opinion et de style. Nous n'hésitons pas à dire que le critique le plus habile chercherait vainement à mettre le Président en contradiction avec lui-même.

On remarquera que les questions traitées sont nombreuses; elles embrassent tout ce qui se rapporte à la politique du jour, car nous n'avons voulu rien cacher, rien éluder. Nos adversaires politiques trouveront difficilement une réponse à cet exposé concluant. Non-seulement, le Président s'est rendu cher au peuple par ses services militaires et son intégrité constante, mais ses vues politiques sont si judicieuses, si humaines, si favorables au progrès, que la confiance populaire lui reste acquise en dépit des attaques impudentes dont il est l'objet. Chacun sent que les affaires publiques ne sauraient être confiées à des mains plus sûres.

LES SERVICES MILITAIRES DU PRESIDENT

Les allusions aux hauts faits d'armes du général Grant déplaisent grandement aux rebelles non convertis et à leurs alliés. Ceux qui ont cherché à détruire la nation américaine, ceux qui ne se soumettent aujourd'hui qu'à une force supérieure, sont naturellement mécontents quand on leur parle de la prise de Vicksburg et de Richmond ou de la capitulation de Lee. Quant aux alliés des ex-confédérés dans le Nord, ils disent qu'il est injuste de mettre en avant les services militaires de Grant. Les premiers déclarent que Grant n'a jamais été un bon général, tandis que les seconds admettent à contre-cœur ses succès militaires, mais en prétendant qu'ils n'ont rien de commun avec la campagne présidentielle. Nous ne sommes pas disposés à admettre cette fin de non-recevoir. La carrière militaire de Grant fait partie de son histoire; elle met en relief les qualités personnelles qui le distinguent. L'opposition ne peut lui opposer un homme d'un renom égal; mais ce n'est pas de notre faute.

Si la rébellion avait réussi, la République modèle, l'exemple et l'espoir du monde, serait tombée dans l'anarchie et la confusion. C'est à la Providence, au général Grant et à la légion de braves citoyens qui ont combattu avec lui, que nous devons le maintien de l'existence nationale. L'opposition est donc malvenue d'accuser le général Grant de manquer de patriotisme. Est-il plus logique de parler de son " incapacité? " Mais l'histoire nous prouve que pour triompher dans une longue lutte armée en dirigeant un million d'hommes, il faut être doué d'une intelligence de l'ordre le plus élevé. Un ignorant peut remporter un avantage passager; mais la stratégie qui a préparé la prise de Vicksburg, de Richmond et de l'armée de Lee, et qui a dressé le plan de la campagne de Sherman dans le Sud, a donné la mesure du pouvoir intellectuel et des ressources morales du commandant en chef de nos armées. Ce n'est que justice de réveiller le souvenir des souffrances et des triomphes des soldats de l'Union, sans en excepter leur général.

La modestie du Président le pousse par-

X-E 672
#127

SKETCHES OF THE LIVES AND SERVICES

OF

Ulysses S. Grant and Schuyler Colfax,

NATIONAL REPUBLICAN CANDIDATES FOR

PRESIDENT AND VICE PRESIDENT OF THE UNITED STATES.

ULYSSES S. GRANT.

It is not surprising that great military leaders in all ages and among every people should have been rewarded with the highest public honors. Aside from the fact that the heroic qualities essential to military success are of all qualities the most universally admired, there is the more cogent reason that no other public benefactors put a nation under such direct and manifest obligations. The benefits conferred by the writer, the man of science, the inventor or the promoter of the useful arts, may sometimes be more valuable than those conferred by the victorious military chieftan; but when the successes of the latter are achieved in the service of liberty, or in defense of the very existence of a nation, they transcend all other forms of public benefaction. Advancement in art, science, literature and material wealth, brings with it inestimable blessings, but the freedom of a people and their independent national existence are the broad foundation upon which all other blessings rest. When these are assailed by either a foreign or domestic foe, and a nation, after mustering all its forces, finds its strength so equally matched that its fate trembles in the balance with the progress of the doubtful struggle, the man who calmly, courageously and skillfully directs its strenuous efforts to a successful issue, confers a boon which a century of peaceful services could not balance, and engraves his name forever upon the memory of his people.

Our own country has not been wanting in gratitude to its military chieftains. Washington, Jackson, Taylor, Harrison and Pierce, have all been elected to the highest office in the gift of the people. Indeed we have been not only grateful but generous in this respect, measuring the services of our heroes rather by the patriotic spirit in which they were rendered than by the pressure of our need for them, or even their intrinsic value. Since the war for Independence, in which Washington earned the affectionate title he will always bear, that of the "Father of his country," we have been involved in no struggle by which our national life was really imperilled until the breaking out of the late rebellion. Yet we have very properly remembered and rewarded the efforts of those who in less critical conjunctures advanced the national interests and vindicated the national honor.

But in history the great rebellion of 1861-5 will take rank with the revolutionary war as to its vital bearing on the nation's fate. Like that it was a life and death struggle, and the heroes who contributed most to bring it to a successful issue will be among those who will live longest in the memory of posterity. Their services are of that order which a nation cannot afford to overlook To do so would not merely be deep ingratitude; it would be an example whose injurious effects upon the martial spirit of our people would be felt for all time to come.

But there is no danger that our history will be defaced by such a record. Already the party which during the war was the party of the Government as against its rebel foes has nominated as its candidate for the Presidency the most illustrious Commander of the Union Armies, General ULYSSES S. GRANT, His election in November next.

X-E675
#128

Die republikanische Partei

ist der

Beschützer der Einwanderung.

Der nordamerikanische Continent ist der colossale Sammelplatz, nach welchem alle Nationalitäten strömen. Verschiedene Nationen machten alle möglichen Anstrengungen, um die Oberherrschaft in diesem Erdtheile zu erlangen. Spanien unterjochte Süd- und Central-Amerika, allein sein Einfluß und seine Besitzungen sind verloren gegangen, während Spuren seiner verderblichen Politik noch heute in der steten Anarchie der südlichen Republiken zu finden sind. Frankreich verlor ebenfalls seine amerikanischen Besitzungen, während die Colonien von Holland und Dänemark nur aus wenigen unbedeutenden Inseln noch bestehen. Die Colonien von England allein blühten auf und vergrößerten sich, und für nahe zweihundert Jahre, bis zum Ausbruche des Freiheitskrieges, war Amerika nur eine Fortsetzung des Mutterlandes. Seit Anfang dieses Jahrhunderts wurde Amerika von verschiedenen Nationalitäten als Heimath gesucht, unter denen die Deutschen und Irländer hervorragend waren. Die Einwanderung der Schweden und Norwegen nahm später ihren Anfang, und erhielt erst während der letzten fünfundzwanzig Jahre einen größeren Umfang.

Die statistischen Tabellen über die Einwanderung von 1861 bis 1871 (zehn Jahre) zeigen folgendes Resultat:

Von Irland	681,606
„ England und Schottland	520,122
„ Deutschland	836,448
„ Schweden und Norwegen	96,057
„ allen andern Ländern	186,251
Summa	2,320,484

Die Einwanderungsfrage hat in Betracht des jährlichen Zuwachses von einer halben Million Einwanderer eine Dimension und Wichtigkeit erlangt, welche keinem andern politischen Probleme nachsteht. Staatsmänner mögen sich wohl fragen: „Was soll aus diesen aufgehäuften Nationalitäten werden? Wie ist die Gleichartigkeit der amerikanischen Nation anfrecht zu erhalten? Durch welche Mittel und Wege sollen die arbeitenden Millionen geleitet werden, ihren Lebensunterhalt sich zu sichern? Durch welche Mittel ferner sollen sie unsere politischen Institutionen verstehen lernen? Welche Maßregeln sind die besten, wodurch dem Einwanderer Liebe zur neuen Heimath und zu den republikanischen Institutionen eingepflanzt wird? Und zuletzt, welche Maßregeln sollen ergriffen werden, die den Einwanderer auf seiner Reise, sei es auf dem Schiff, sei es bei der Landung, oder während des Transits innerhalb des Landes, beschützt?

Eine geschichtliche Skizze der Beschützung der Einwanderer.

Bis zum Jahre 1847 hat weder die General-Regierung noch irgend eine besondere Staatsregierung Notiz von dem Einwanderer genommen. Es ist zwar wahr, dem Einwanderer stand kein Hinderniß im Wege zu landen, aber keine Beamten oder Agenten waren eingesetzt, demselben Rath, oder wenn nöthig, Unterstützung Theil werden zu lassen. In der Stadt New York, wo die meisten Einwanderer landeten, waren dieselben den größten und gemeinsten Mißbränchen ausgesetzt und nur wenige Einwanderer verließen diese Stadt, welche nicht beinahe den gänzlichen Verlust ihres Geldes und Eigenthums zu beklagen hatten. Um diesem Uebel zu steuern, organisirte sich freiwillig eine Gesellschaft, welche von der Legislatur des Staates New York einen Charter erhielt. Die ursprünglichen Mitglieder dieser Gesellschaft waren ehrenwerthe und philantropische Männer, sie thaten ihr Möglichstes den Einwanderer bei seiner Landung gegen die Massen von Schwindlern zu schützen, welche jeden Einwanderer bei seiner Ankunft umschwärmten. Später besteuerte die Legislatur von New York jeden Einwanderer mit zwei und einem halben Dollars, die von dem Schiffseigenthümer collektirt worden, um damit die Ausgaben der oben erwähnten Einwanderungs-Commission zu bestreiten. In manchen Jahren belief sich diese Kopfsteuer auf beinahe Eine Million Dollars, und indem sich dadurch ein großer Ueberschuß anhäufte, so wurde es möglich, diese Steuer vor drei Jahren, auf Ein und einen halben Dollar per Kopf zu reduciren. Unglücklicher Weise hat die ausgedehnte Corruption im New Yorker Geschäfts- und politischen Leben auch diese Einwanderungs-Commission angesteckt. Dieselbe wurde vor drei Jahren ermächtigt, allenfallsige Vakanzen selbst auszufüllen. Da nun die Majorität derselben strenge Tammany Parteigänger waren, so verschwendeten dieselben ohne Furcht den Einwanderungsfond für politische Parteizwecke.

Letzten Winter autorisirte die Legislatur das

X-E 675
.R4
#129

EXTRACT FROM A

SPEECH OF HON. GERRIT SMITH,

TO HIS NEIGHBORS,

In Peterboro, New York, June 22, 1872.

The Democratic party is my dread. The Republican party is my hope. What is this party of which I am so much afraid? I need not say that it is not the original Democratic party—the party of my childhood and youth. That was a worthy party—a party for human rights and human equality. It was the reform party of its day. It favored universal suffer-age and the abolition of imprisonment for debt, and many other beneficient changes. But this modern Democratic party—this degenerate Democratic party—is very unlike the original Democratic party. It is utterly unworthy of the name, it has so falsley, not to say so knavishly, assumed. It had, for many years before our accursed rebellion, sympathized with and served the slave power of our land. Hence, when a dozen years ago, that mighty power became so infatuated as to fall upon our nation with the purpose of breaking it up entirely and for-ever, it found the Democratic party ready to help carry this malignant purpose into effect. Indeed, but for the well-known pro-slavery spirit of that party, the rebellion would not have been. It was the slave power's reliance on that spirit and on the impliedly, if not in fact expressly, promised aid of tens of thousands of Northern Democratic troops, which supplied what that power lacked of encouragement and boldness to plunge into the rebellion. When speaking of this degenerate Democratic party, I, of course, do not include in it the thousands of loyal men who, on the breaking out of the rebellion, forsook it and espoused the cause of their country. All the way through the war, this infamous party continued in more or less active sympathy with the slave power—ever hostile to the emancipation of the slaves, and ever hating and despising the colored race. All the way through the war, it mourned over our successes and rejoiced in our defeats. All the way through the war, it disfavored en-listments in our army, and opposed the drafting of men to fill up our wasting ranks. All the way through it, it did what it could to weaken our national credit, both at home and abroad; and to reduce and cripple our means for carrying on the war. And since the war its conduct has been in keeping with its conduct during the war. Repudiation of our na-tional debt, and impossibility that it could ever be paid, when not the cry upon its lips, were still the deep desire of its heart. Despairing of the literal re-enslavement of the negro, it went for heaping upon him as much of other injustice and cruelty as was possible. It refused him the right to vote and to be educated. To this day it persists in refusing him his full measure of civil rights and his equality before the law. Worst and most satanic of all, it opposes all effectual legislation for suppressing these Southern associations that whip and hang and shoot thousands of innocent blacks, and not a few innocent white men also, who dare stand up for justice to these innocent blacks. Let me here say that nothing sur-prises and alarms me more than the softened tone in which this hell-born Ku-Kluxism is now spoken of in certain quarters where, until quite recently it was denounced with the utmost vehemence. How great the change at this point, in even the New York *Tribune!* Does it but reflect a change in its former eminent editor? How sad, if so! This and a few other newspapers, styling themselves "Liberal Republican," (alas, they are quite too liberal toward this superlative wickedness!) continued, until within a few months, to inveigh against Ku-Kluxism as the most horrid of all crimes of earth. But now, these newspapers would have us believe that Ku-Kluxism was only a little and short lived affair, which has already passed away, leaving peace, harmony and love to supply its place. I admit that there is just now a lull in the storm, but the storm is not yet ended. I admit that just now, the outbreaks of this matchless wickedness are less frequent, but there are still thousands upon thousands of men and women who are in constant dread of their recurrence. Let President Grant, who so faithfully executes the laws against Ku-Kluxism, withdraw his re-pressing hand for only a single week, and the flames of hell would again burst out there as furiously as ever, and the whip and halter and bullet be again as busy as ever. It is true that thirty-six persons convicted of Klu-Klux crimes, were sent a few days ago to the Albany penitentiary, and that hundreds and more, nearly thousands of others are now under indict-ment for such crimes; but the spirit of Ku-Kluxism will not die out so long as the Demo-cratic party exists to sympathize with that spirit. Let us not be deceived by the representa-tion that Ku-Kluxism is confined to the "low whites" of the South. Many of the influen-tial Southern Democrats are involved in it. No small proof of this is that not a few of them fled the country as soon as President Grant undertook to enforce the laws against the mur-derous scoundrels. No wonder that he is unpopular with these scoundrels, and that they

X-E675
.R4
#130

Stand by the Republican Colors!

SPEECH

OF

HON. HENRY WILSON,

OF MASSACHUSETTS,

AT GREAT FALLS, NEW HAMPSHIRE, FEBRUARY 24, 1872.

Mr. Chairman, Ladies and Gentlemen:

During the year on which we have entered the people of the United States will be summoned to elect a Chief Magistrate. There are seven million persons in the country entitled to the right of suffrage. They are now ranged into two great political parties. One calls itself the Democratic party; the other takes the name of the Republican party. Each of those political organizations has a history, a platform of principles, and a programme of policy. To one or the other of these parties the people of the United States will commit, for four years, the precious interests of the Republic. It devolves upon the citizens of New Hampshire to give the first vote of the campaign upon which we are entering. Whatever may be the result, it will be deemed and taken throughout the country as an indication of public sentiment, and the victory, to whichever party it may come, will give to that party in the nation more numbers than it has voters in the State of New Hampshire.

I come here to-night in behalf of the Republican party of the United States, three and a half million strong, to speak to the Republicans of New Hampshire; to ask them to call the battle-roll anew, and to redeem their State, and place her where she has so long been, and where she ought to be again, at the head of the Republican column. I am not here to belittle the Democratic party. I know it has power. I know it has elements of strength, I know it will fight a great battle this year for the control of the Government. I pity the weakness or despise the folly that underrates the power of the Democratic party. It has vast elements of strength; it has wealth, prejudice, passion, and pride of race. I know it has able men in its ranks, and I have no sympathy with that disposition which prompts us always to belittle whatever we oppose.

I do not come here to apologize for the Republican party. I would as soon apologize for the spots on the sun that has bathed the world to-day in light and beauty. The Republican party needs no apology and no defense. There is no body of men in America to-day who from their past history or present position have a right to arraign it before the nation, before the nations, or before God.

There was a struggle, beginning in 1832, and continuing until the spring of 1861—the period of one generation—between these antagonistic forces; but it was a struggle of thought, of voice, of the press, a struggle of votes. Liberty at last triumphed. Then the slave-masters raised the banners of rebellion, hurled their section into a wicked and brutal, barbarous and bloody civil war. These are historic facts. They will go into the history of our country; and when we who are here to-night, when the men of this generation shall all have passed away, in other days, with clearer lights than those of the present, the human family will recognize these facts, and historians will record them for the study and admiration or condemnation of after generations.

We have had a serious contest, a bloody struggle, in which some of the bravest and noblest have gone down and sleep in soldiers' graves. In this struggle, where stood these two great parties that divide the nation to-day? Where stood the Democratic party? Where stood the Republican party? Here to-night I assert it, and there is not a man on God's earth can contradict it, for the record is against him, that from the year 1832, when William Lloyd Garrison and eleven other faithful and fearless men signed their names to the declaration that black men had a right to liberty, and that they would do what they could, sanctioned by law, humanity, and religion, to emancipate the bondman, and to lift up the poor and lowly in the land, from that day to this hour, every moment of the time, and on every distinct issue, the Democratic party has been on the side of privilege, the side of caste, the side of a brutal, ignorant, degraded barbarism. Measured by the standards of the philosophers and statesmen of the ages, measured by the law of the living God, there has not been a moment when it was not clearly, plainly, distinctly, unqualifiedly wrong. It has been wrong, and it is wrong now, and I fear it will continue to be wrong.

The Republican party, made up as it has been of men who came out of other organizations because they were convinced that the

X-E675
.R4
#131

Campaign literature, 1872 – Republican

Die republikanische Partei ist der Freund des Arbeiters.

Soll der Arbeiter für Grant oder für Greeley stimmen?

An meine Arbeitsgenossen in den Vereinigten Staaten!

Ich bin ein schlichter „Arbeiter" von schlichten Worten, welcher mit Armuth in seinen früheren Jahren zu kämpfen hatte, und der, ohne jede wissenschaftliche Vorbildung, genöthigt war, ein Handwerk zu lernen. Ich erwähne dieß mein Mißgeschick nur aus dem Grunde, um meinen Arbeitsgenossen zu zeigen, daß ich mir keine Superiorität über sie anmaße, und daß ich sie nur ihres eigenen Interessens und der allgemeinen Wohlfahrt wegen hiermit anspreche. —

Die Arbeiter in den Vereinigten Staaten sind keine Unterthanen, sondern freie Bürger, welche die Majorität in diesem Lande bilden und vermöge ihres unbeschränkten Stimmrechts unter der Bundes-Constitution die höchste Macht des Landes geltend machen können. Denn das Gouvernement steht nicht über uns, sondern ist eine Schöpfung von uns, die durch den Willen der Majorität unter constitutionellen Einschränkungen controllirt wird. Demnach haben die Arbeiter, welche die Majorität des Volkes bilden, selbst die Gewalt, jedes ihnen zugefügte, und jedes bestehende Unrecht durch Wahl der Gesetzgeber und durch die Gesetzgebung selbst zu verbessern und zu beseitigen; wenn daher die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtigt werden, so fällt zum großen Theile die Schuld auf die Arbeiter selbst zurück.

Von besonderem Gewicht für die Arbeiter ist in der bevorstehenden Präsidentenwahl die Frage, welchen Candidaten, und welche Partei sollen wir unterstützen?

Ich selbst habe von der frühesten Zeit an der radikalen Freiheitspartei angehört; schon im Jahre 1852 stimmte ich das "Free soil" Ticket für Hale u. Julian, weil ich für eine freie Heimstätte-Akte und gegen die Versklavung der Arbeiter im Süden war.

Im Jahre 1856, als Fremont ein Candidat der republikanischen Partei war, schloß ich mich mit einer großen Zahl von Arbeitern dieser neuen Partei an, weil wir mit gutem Grunde davon überzeugt waren, daß die Sklaverei von vier Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen im Süden auch die Arbeit des weißen Arbeiters entadeln und den Arbeiter ohne Unterschied der Farbe in eine verachtete Stellung sowohl in politischer als socialer Beziehung bringen müsse. Die Sklaverei, dieser Schandfleck der Republik, ist nun durch die republikanische Partei für immer getilgt.

Jetzt stellen sich nun andere Fragen von Wichtigkeit uns entgegen, worüber ich einige Worte an meine Arbeitsgenossen richten will.

Politische Parteien sollen stets nur das Mittel für Zwecke, sie sollen aber nicht Selbst-Zwecke sein; sie sind eigentlich nur das Instrument für die Verwirklichung von Prinzipien und Ideen zum allgemeinen Besten der Nation. Sobald daher eine Partei aufhört, eine progressive Tendenz zu repräsentiren, so sollte sie sofort verlassen und aufgegeben werden.

Darum sollte sich jeder Arbeiter die Frage gewissenhaft vorlegen, welche politische Partei gegenwärtig die speziellen Interessen der Arbeiter und die allgemeinen Interessen der Nation vorzugsweise befördert?

Wir dürfen zunächst nie vergessen, daß die republikanische Partei den großen Akt der Humanität, nämlich die Aufhebung der Sklaverei, ausgeführt hat; dies schandwürdige Institut der Sklaverei stellte den weißen Arbeiter in dieselbe Kategorie

X-E675
.R4
#132

Die Reformer Carl Schurz, James R. Doolittle, L. Trumbull und J. F. Farnsworth

vor dem

Tribunale der öffentlichen Meinung.

I. Carl Schurz.

In dem gegenwärtigen Wahlkampfe, wo es sich darum handelt, ob der um die Stellung der Union hochverdiente General Grant oder der doppelzüngige, characterschwache und mit den früheren Feinden der Union verbündete Horace Greeley zum Präsidenten gewählt werden soll, in diesem Wahlkampfe hat die demokratische Greeley-Partei jedes unehrenhafte Mittel der Verläumdung angewandt, um Grant's Charakter anzuschwärzen. Man hat sich nicht geschämt und gescheut, sogar das Heiligthum des Privatlebens von General Grant anzutasten, während doch nur sein öffentlicher Character Gegenstand der Kritie sein durfte. Unter denen aber, die zuerst in diesem Schlamme und Kothe der Verläumdung wadeten und mit diesem Schmutze den gegenwärtigen Candidaten der republikanischen Partei, den General Grant, bewarfen, befindet sich leider unser Landsmann Carl Schurz.

Seit länger als einem halben Jahre hat er in jeder öffentlichen Rede gegen den Privat-Charakter des Präsidenten Gift der gemeinsten Verläumdung geschleudert und sogar Lügen auf Lügen gehäuft. Wir sind daher berechtigt, Carl Schurz vor das Tribunal der Wiedervergeltung zu ziehen, denn wenn man das Schlechte verfolgen will, darf man den Urheber desselben nicht schonen.

Schurz hat sich als öffentlichen Tugendhelden, als Sittenprediger und als Reformer der Politik dem Volke vorgestellt und unter dem Deckmantel der öffentlichen Moral den Bruch der republikanischen Partei herbeizuführen gesucht, um in einer neuen Partei seinem Ehrgeize und seiner Selbstsucht eine offene Bahn zu bereiten. Es ist Recht und Pflicht, Schurz in seinem öffentlichen wie Privat-Charakter näher zu beleuchten und der Wahrheit die volle Ehre zu geben.

Durch unsere gerechte Kritic wird der Nimbus des sittlichen Reformers leider sich in ein bloses Blendwerk auflösen.

In seiner öffentlichen senatoriellen Carriere hat Schurz keine Spuren einer staatsmännischen Thätigkeit aufzuweisen, denn wir dütfen mit Recht fragen: Was hat Herr Schurz in der wichtigen Einwanderungsfrage zum Schutze der Hunderttausende von armen deutschen Einwanderern gethan? Obgleich vom Präsidenten und von verschiedenen Congreß-Mitgliedern Vorschläge und Anträge zu einem Gesetze bezüglich des Schutzes der Einwanderer gestellt worden sind, so hat doch Schurz nicht ein Wort über diese wichtige Schutz-Maßregel gesagt.

Sodann die wichtige Arbeiterfrage, welche unsere volkswirthschaftlichen Interessen auf das Tiefste berührt und für welche im Hause der Repräsentanten eine Bill zur Einsetzung einer Arbeits-Commission und zur Untersuchung der Zustände der Arbeiter, insbesondere der Fabrik-Arbeiter passirte; diese wichtige Frage wurde von Herrn Schurz kurzweg als unnützer Ballast, als "no live issue" von der Hand gewiesen.

Ferner in der großen Frage der National-Finanzen, welche seit Jahren die wichtigste unserer National-Gesetzgebung ist, hat man wohl je im Congreß nur ein Wort von Carl Schurz gehört? Nimmer!

Nur in der politischen Drahtzieherei hat Schurz sich notorisch bemerkbar gemacht; er hat eine neue Partei zusammengeschweißt, bestehend aus den heterogensten Elementen; er hat sich mit der demokratischen Partei verbündet, die er kurz vorher als verrottet, reactionär und eines politischen Todes würdig bezeichnete; und obgleich die Nomination Greeley's durch den corruptesten politischen Schacher zu Stande gekommen, und obgleich Schurz selbst mit eigensten Worten den Candidaten Greeley „als ganz unfähig zu dieser hohen Stellung und unter dem Einflusse schlechter corrupter Subjekte stehend" erklärt hat, so stumpt er doch für ihn in allen Staaten. Dieß ist der Reformer! Seine Reden strotzen von persönlichen Angriffen und Beschuldigungen der Corruption gegen die Administration. Und doch hat er noch keine factisch und rechtlich bewiesen. Ziehen wir nur einige vor den Richterstuhl.

Schurz beschuldigt jetzt die Administration der Verletzung des Völkerrechts in dem Waffen-Verkaufe an Frankreich im Jahre 1870. Allein Schurz hat während des deutsch-französischen Krieges und nach demselben ein ganzes Jahr geschwiegen und kein einziges Wort in der Congreß-Sitzung von 1870 bis 1871 wegen des Waffen-Verkaufs an Frankreich und zur Einstellung desselben geäußert, obwohl dieß an der rechten Zeit und am rechten Orte war; ja Schurz hat die vielen Petitionen und Remonstrationen seiner Landsleute gegen diesen Waffen-Verkauf im Jahre 1870 ungesetzlicher

X-E675
.R4
#133

Große Rede

des

Lieut. Gouverneurs von Ohio,

Jacob Müller,

gehalten

am 15. August 1872,

in der

deutschen Theaterhalle zu Cleveland.

Candidaten und Parteien.

Zwei Parteien sind es, die uns ihre Candidaten für die nächste Präsidentschaft empfehlen. Beide sind Republikaner, und wenn es sich um weiter nichts handelte, als zwischen diesen beiden zu wählen, so würde ich der Letzte sein, der darum streiten möchte, welcher der bessere sei.

Ich halte dafür, daß keine nationale lebensfähige Partei in Amerika, wie tief sie auch stehen mag, es je wagen wird, einen Candidaten für die höchste Stelle in der Republik zu nominiren, den sie nicht für des Amtes würdig und befähigt erachtet. Eine umgekehrte Annahme wäre ein Hohn auf die Freiheitsliebe und Intelligenz des amerikanischen Volks. Es ist natürlich, daß bei der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts und der Verschiedenheit in der Bildungsstufe und in den Ansichten von 6 Millionen Bürgern wir nicht erwarten dürfen, daß immer der beste oder befähigtste Mann zur Präsidentschaft berufen wird. Schmelzen wir die moralischen und geistigen Eigenschaften des amerikanischen Volkes zusammen, und aus diesen Ingredienzen krystallisirt sich das Material, aus welchem unsere Präsidenten gemacht werden; deßhalb, und wie es schon gar nicht anders sein kann, wird der Präsident, wer auch gewählt werden mag, immerhin bis zu einem hohen Grade die seinem Volke innewohnenden Geistes- und Charakter-Eigenschaften reflektiren.

copy 2

X-E-1

SPEECH OF THE POSTMASTER GENERAL, AT JACKSON, MICH.

X-E675 .R4

[*From Detroit Weekly Post, August 3, 1872.*]

#134

BLAIR ANSWERED—THE HISTORY OF THE CHORPENNING CLAIMS—THE POSTMASTER GENERAL'S ACTION VINDICATED BY DOCUMENTS—REFORMS AND IMPROVEMENTS IN THE POST OFFICE DEPARTMENT—INTERESTING AND SATISFACTORY FINANCIAL STATEMENT.

FELLOW CITIZENS: The enemies of the President and his administration have inaugurated an organized campaign of falsehood and vilification. No man who has been connected with public affairs for the last three years, however pure his private and public life, however illustrious his services to the country, has been spared. An avalanche of abuse has been hurled upon all alike; and these new advocates for reform have insulted the people at the outset by endeavoring to impose upon them falsehood for truth, and slander for argument. The President himself, whose record of glorious achievements far outshines that of any living man in the wide world, has been assailed at every turn by the most unscrupulous and unfounded of accusations. He has been charged with every vice of which a public man could be guilty—with nepotism, with neglect of his public duties, with harboring a military despotism, and with every variety of corruption and infamy. Many whom I have seen creeping in the dust at his feet, and, like famished curs, licking his very boots in the vain hope that in the intervals of their cringing subserviency they might snap the crumbs of patronage that fall from his table, have turned aside with ill-concealed mortification when they found that he would not satisfy their inappeaseable greed, and banded themselves into a pack of bloodthirsty hounds, seeking to defile his great name and to rend and tear his spotless reputation. Only the other day they shouted before him, Hosanna! hosanna!! Now, inflamed and maddened by the sight of his incorruptible purity, they cry, Crucify him! crucify him!! Against their puny efforts at detraction his fame is secure. Truth is his champion; and whatever they may say or do they can not turn from him the great heart of the people, for therein justice reigns immortal. I shall attempt no defense of U. S. Grant. That duty is yours. For you he drew his sword and staked his life. For you he left the quiet and comfort of home and assumed the dread responsibility of military command. For you he dedicated all his strength and talents through exhaustive years of toil and danger to the overthrow of the armed enemies of the Republic, and then at your call he laid aside the glorious insignia with which a hundred victories had decorated him, and entered upon a new career of civil administration that he might heal the wounds which the nation had received in its terrible struggle for life. A simple recital of his great deeds is sufficient defense for him; and as I speak I see by the light that gleams in your eyes that you are resolved to stand by him faithfully and truly to the end.

I have left my desk in the Post Office Department and have traveled nearly 1,000 miles to meet and disprove the groundless charges of a man whom the Republican party of your State has raised from obscurity to some of the highest positions in its gift, to be repaid by treason and every conceivable act of treachery and meanness. Selecting me for his attacks, he has waited until days and nights of weary travel have separated us, and then opened his mouth and belched forth a mass of vituperation and slander, as from a common sewer of vileness and corruption. I am here to-day to meet him, as I meet all enemies, face to face, and to make answer, full and complete, in the presence and hearing of the very people before whom he has seen proper to arraign me. Let us, then, proceed to consider his charges in detail: In the New York *Tribune* of the 15th of July, instant, I find a synopsis of his speech, which is the only version in my possession; and in order that the whole of his statement may be presented I will read all that part of his remarks that refer to me by name.

It will be observed that he assailed my management of the Post Office Department in its entirety, and particularly attacked me for my action in

THE CHORPENNING CLAIMS.

First, then, as to the claims of Chorpenning. These claims, and all the facts and circumstances concerning them, have been before the Senate Committee on Post Offices and Post Roads, and have been fully reviewed and examined by that committee. Their report, made February 7, 1871, gives a full history of the matter, and upon its authoritative statements I shall rely.

There were three contracts, dated, respectively, on the 11th of April, 1851, 23d of April, 1854, and 1st of April, 1858, under the first two of which Chorpenning made claim for extra compensation, and under the last of which he made claim of dam-

1-p. 2

X-E675
R4
#135

Logical Proofs of Greeley's Bargain.

CONVERSION OF THE DEMOCRATIC PARTY—FALSE PRETENSES OF THE SO-CALLED LIBERAL REPUBLICANS.

A careful perusal of current political literature furnished by the Liberal Republican and Democratic journals must convince every candid reader that they are attempting to practice a gigantic fraud on the people. We have been inspired by the belief that there is a marked difference between the Republican and Democratic parties, a difference of principles inducing a difference in measures affecting the permanent welfare of the nation. We have been honest in the conviction that the principles and policy of the Republican party were sound and just and wise, and have given our opponents credit for equal candor in the expression of the belief that the adoption of their principles and theory of government would best promote the public welfare.

In the pending Presidential canvass we witness a patent effort on the part of the enemies of the Republican party to cover up or to obscure these distinctions, and to convince the people that there is no longer any practical difference between the two great parties, and consequently Republicans can vote for Democratic nominees, and Democrats for Republican candidates, without a sacrifice of either principle or consistency; that the Presidential race is only a contest between the friends of two REPUBLICAN CANDIDATES for the Chief Executive office.

It may be well to examine this hypothesis for the purpose of testing its truthfulness.

All will admit that there *was at one time* a marked difference between the two parties; a difference that was believed to be fundamental. If there is *now* no such existing difference when did it disappear? Not under the administration of James Buchanan, Abraham Lincoln, or Andrew Johnson. During these twelve years the party warfare was earnest, constant, and sometimes even virulent. All the leading measures of Mr. Buchanan's administration were sustained by the Democracy and denounced by the Republicans; all the leading measures of Mr. Lincoln's administration were sustained by the Republican party and denounced by the Democratic party; and after Mr. Johnson's affiliation with the Democracy and his denunciation of a Republican Congress, the Democratic party sustained the views of the President and the Republican party the views and measures adopted by Congress. And for three years and more of the administration of President Grant the political warfare was continued. In fact, this strife between the two great parties was not abated in the country up to the closing hours of the last session of Congress. It is clear that this party difference continued without abatement from the summer of 1854 to the summer of 1872, a period of eighteen years. It was supposed to grow out of an honest difference of opinion on important principles controlling legislation and administration. Was this all a sham—a mere pretense? Were the leading statesmen on either side only hypocrites of heroic proportions? But if not, if they were candid and honest in their professions, when and how was this apparent radical difference between the two parties terminated? How did this conflict of principle disappear?

DID A CONVERSION OF EITHER PARTY OCCUR AT CINCINNATI.

Did this difference disappear at Cincinnati? And if so, in what way was it manifested? Certainly not by the conversion of the Democratic party at that time and place, for they had no authorized representatives in that convention. And the Republican party was not converted to the Democratic faith at that time and place, for their masses had no authorized representatives in attendance. It was composed of a few hundred of self-appointed gentlemen who had personal grievances to redress.

But admitting all that they claimed for themselves, that they were reliable representatives of the Republican party, does not relieve the advocates of conversion from embarrassment, for the convention was called as a Republican convention, for the purpose of adopting a Republican platform, and nominating Republican candidates for President and Vice President. And they still insist that they abandoned not one iota of principle. And their candidate for the Presidency still claims that he is as much a Republican as he ever was; and his Liberal Republican supporters all insist that he is a Republican of the first water, and exhort all Republicans to vote for him instead of General Grant, on the ground that he is a better Republican than Grant. If, then, the principles which had previously divided the two parties were

X-E675
.R4
#136

Horace Greeley

JUGÉ PAR LUI-MÊME

COUP D'ŒIL SUR SA CARRIÈRE POLITIQUE, SES ATTITUDES DIVERSES A L'ÉGARD DES PARTIS ET DES HOMMES D'ETAT AMÉRICAINS

Extraits des Ecrits du Candidat de Chappaqua.

(PUBLIÉ PAR LE COMITÉ RÉPUBLICAIN CONGRESSIONNEL, WASHINGTON, D. C.)

Les brusques changements d'opinion excitent toujours la défiance, à moins qu'ils ne soient amenés par des raisons tellement sérieuses, tellement évidentes, que personne ne puisse s'y méprendre. Lorsque ces raisons font défaut, lorsque le changement est contraire à la logique, on est bien forcé d'en demander l'explication à des mobiles cachés. L'ambition, l'égoïsme, la cupidité ne sont-ils pour rien dans le revirement d'un homme qui renie brusquement les actes et les opinions d'une longue carrière pour obtenir l'appui de ceux qu'il combattait la veille? Lorsque ce revirement aussi brusque qu'illogique est de nature à servir des projets ambitieux, lorsqu'il devient en quelque sorte la base de ces projets, peut-on admettre qu'il ait été amené par une conviction honnête, par la sincérité d'un homme intègre?

La conduite de M. Greeley depuis son alliance intéressée avec le parti démocrate, ne saurait être jugée trop sévérement. Ce n'est pas à un simple revirement qu'il nous a fait assister, mais à une véritable métamorphose. On l'a vu tout-à-coup se ranger parmi ceux qu'il déclarait la veille être des hommes dangereux et sans patriotisme, bien que ces derniers n'eussent rien changé à leurs opinions politiques, à leur programme de gouvernement. Ils ne sont pas allés à M. Greeley; c'est le candidat de Cincinnati qui est allé à eux en disant: "Prenez-moi; je suis à vous corps et âme." Le pacte a été scellé par une attaque commune contre les républicains, dont la veille encore M. Greeley briguait l'amitié. Si M. Greeley était sincère dans les deux phases de cette volte-face, que penser de son intelligence? S'il n'était pas sincère, que penser de sa probité? Est-il probe l'homme qui renie ses principes, sa vie passée, ses vieilles amitiés en vue d'un avantage quelconque, c'est-à-dire pour obtenir les suffrages de ses anciens adversaires?

Non seulement M. Greeley a déserté le grand parti auquel il était affilié, mais il montre à son endroit une haine qui n'a d'égale que celle des démocrates. Un renégat est pis que dix Turcs, disait-on pendant les guerres entre les chrétiens et les disciples de Mahomet. Cela est encore vrai en politique. Le renégat a conscience de la défiance qu'il inspire à ses nouveaux compagnons comme aussi du peu d'estime de ses anciens amis. De là une haine implacable contre ces derniers.

M. GREELEY ET LES EMPLOIS PUBLICS

Ceux qui connaissent M. Greeley de réputation seulement, sans avoir suivi les phases diverses de sa carrière politique, peuvent s'étonner qu'on mette en doute sa sincérité. Mais il suffit de s'arrêter un instant sur les principaux événements auxquels M. Greeley a été mêlé pour l'apprécier à sa juste valeur. Sa réputation date d'une trentaine d'années, époque à laquelle il rédigeait un journal appelé le *Log-Cabin.* Greeley, polémiste ardent, écrivain habile, participa avec MM. Seward et Weed à la campagne présidentielle qui devait porter le général Harrison aux affaires. Il rendit des services parce qu'il était mené adroitement; on lui laissait croire qu'il guidait les autres, mais ni M. Seward ni M. Weed ne lui reconnaissaient les aptitudes qui font le véritable chef politique, l'homme capable de gouverner les autres en se gouvernant lui-même. Cette opinion était partagée par le parti whig comme elle le fut depuis par les républicains. C'est un fait notoire et d'une grande signification pour les esprits réfléchis qu'on n'a jamais osé confier à M. Greeley une candidature sérieuse. Lorsqu'il s'est mis sur les rangs pour des fonctions secondaires, il a constamment obtenu moins de votes que le *ticket* de son parti. Jamais la circulation et la popularité du *Tribune* n'ont pu donner à ses candidatures un caractère sérieux, bien que M. Greeley ait constamment laissé percer le désir immodéré d'exercer un pouvoir politique quelconque.

On retrouve la trace de ce désir dans tous

Copy 2

61503

X-E 675
.R4

*137

HORACE GREELEY UNMASKED.

Now that there is but one obstacle between Horace Greeley and the consummation of all his earthly hopes, it is but right that the American public should know something of the intrigues and manœuvres whereby he obtained, as he himself terms it, his presidential send-off.

The causes that have so frequently led to a change of his lieutenants on the *Tribune*, his hobnobbing with such characters as John Morrissey, Ben Wood, of policy-shop notoriety, Colorado Jewett, Sanders, and other questionable people; his frequent journeys to far-distant places, ostensibly to relate what he knows of farming; and his dictatorial, domineering treatment of his life-long business associates, are known only to those persons who have seen him in his true character.

Why the Tribune Supports Him.

Before the birth of the Republican party Horace Greeley was surrounded by men who thoroughly understood his vacillating, whimsical, crotchety disposition, and they kept him in the harness, notwithstanding his frequent kicking in the traces. One by one they have fallen away, and now his every whim and caprice must be indulged, and the success of the once great journal be imperiled in sustaining the apostacy of its editor from the party from which it drew its sustenance. Greeley, with that supreme selfishness and ingratitude for which he is notorious *among those who know him*, is entirely incapable of appreciating the situation in which his apostacy has placed the stockholders of the *Tribune* corporation. With that unfathomable cunning which is his predominant characteristic, he has managed to transfer his eggs to other baskets, until he has now but a twelfth interest in the paper of which he was once principal proprietor. No one knows better than himself that the success or failure of the *Tribune*, in a pecuniary sense, depends entirely on his election, and for that reason its principal owners must consent to the prostitution of its columns, under the management of a clique of unscrupulous Bohemians, whose antecedents are everything but creditable, and who are entirely irresponsible, having no interest in the paper but the desire to control its columns in the event of Mr. Greeley's election.

Since the birth of the Republican party Greeley has led a particularly busy life, the recollections of which, if truthfully narrated by him, would convince his most infatuated worshipper that, where he once saw artlessness, he now beholds duplicity: where once he discovered impartiality, he now finds injustice; where once he saw kindliness, he now beholds malevolence; and where once he found frankness, he now discovers ambiguity.

Following the footsteps of Horace Greeley in his underground pilgrimage to the White House will carry the reader into many dark and devious passages. Now that he is compelled to emerge from his editorial bulwark, and come out on the highway, he must drop his white coat and hat, and throw off the mask, so childlike and bland, behind which he so delights to masquerade about the country, deceiving the credulous, while amusing people of discernment.

His Scheming Obtrusiveness.

Mr. Greeley dissolved political partnership with Seward and Weed, because they would not permit him to impair his usefulness as an editor by holding office. For that reason he turned against Governor Seward, when the party almost

X-E675
.R4
#138

ETHOLIAD ARLYWYDDOL 1872.

Grant vs. Greeley.

BARN GREELEY AM EI BLEIDWYR AC AM GRANT--BARN J. A. DIX. AM GREELEY, &c., &c.

AT Y CYMRY.

Yr ydym yn anfon Annerch at Gymry Gweringarol y Talaethau Unedig, gan ofyn eu cydweithrediad i sicrhau etholiad y Cadfridog U. S. Grant a'r Anrhydeddus Henry Wilson. Ni fu adeg erioed yn hanes ein gwlad yn hawlio cymaint o sylw a gweithgarwch dinasyddion egwyddorol a goleuedig a'r adeg bresenol. Pan y mae egwyddorion ein Gweriniaeth mewn perygl—pan y mae y rhyddid a enillwyd mor ddrud drwy dywalltiad gwaed ein dewrion ar feusydd rhyfel yn cael ei fygwth—y mae yn ddyledswydd ar bob gwladgarwr ddyfod allan yn ei nerth i amddiffyn a dyogelu yr hyn a enillwyd, ac i sicrhau sylfeini llwyddiant gwladwriaethol yn y dyfodol. Ein hamcan yn y pamphledyn hwn, ac mewn eraill a ddylynant ydyw gosod pynciau y dydd yn eu lliwiau priodol o flaen dinasyddion Cymreig America. Yr ydym yn rhwymo ein hunain i ymgadw yn gaeth at y gwirionedd. Ni fydd i ni roddi un gosodiad i lawr heb ffaith yn sylfaen iddo. Bwriadwn oleuo y deall, fel ag y byddo barn oleuedig yn canlyn. Nid oes angen yn yr ymdrechfa hon i ni ofyn am gynorthwy dychymyg ffrwythlon nac ymenydd penboeth, oblegid fel perllan yn yr haf pan y byddo y coedydd yn plygu eu penau dan bwys y ffrwythau, y mae y maes gwleidyddol yn orlawn o ffeithiau addfed—pob ffaith yn sail i egwyddor a phob egwyddor yn sail i argyhoeddiad. Yn nghwrs ein hymdriniaeth bydd i ni ddangos yr hyn y mae y blaid Werinol wedi ei gyrhaedd yn yr amser a aeth heibio, a'r sicrwydd presenol sydd genym o'r hyn a gyrhaedda yn y dyfodol. Cyffyrddwn, nid yn ysgafn ychwaith, â'r blaid Ddemocrataidd. Dangoswn hi yn mhangfeydd marwolaeth—ar dynu yr anadl olaf, ond yn derbyn yr adgyfnerthiad sydyn a bywiog drwy ymuniad Horace Greeley a hi. Daliwn Horace Greeley yn ngoleuni ei gymeriad ei hun, profwn ef drwy y geiriau a ddyferodd dros ei ysgrifbin ei hun; cyferbyniwn Horace Greeley ymgeisydd y blaid Ddemocrataidd ag Horace Greeley yr amser gynt, ac ymdrechwn ddangos y pris y mae yr hen wron yn orfod dalu er sicrhau y gwaradwydd a fydd yn eiddo iddo am oesau i ddyfod. Yr ydym yn addaw i ni ein hunain ac i'n darllenwyr ddyddordeb mawr wrth ail-adrodd yr hyn a arferai Horace Greeley ei ddatgan am y Democratiaid, a'r hyn a arferai y Democratiaid ei ddatgan am dano ef. Ni fydd ini anghofio hefyd i daflu golwg dros gymeriad pleidwyr presenol Greeley. O'r braidd y gellir credu y bydd i ni ddangos fod elfenau isaf a mwyaf llygredig gwleidyddiaeth, gormeswyr y caethion, bradwyr rhyddid, gelynion yr Undeb, lladron Efrog Newydd, a phob Pabydd bron yn y wlad yn bleidiol i Horace Greeley; ond felly y mae. Fel y dywedasom o'r blaen, ni fydd i ni fod yn euog o ddim ond o gyhoeddi y gwirionedd, ac at y gwirionedd yr ydym yn galw sylw diragfarn pob dinesydd Cymreig yn ngwlad y Gorllewin. Boed i Gymry America ddyfod allan y tro hwn yn deilwng o honynt eu hunain. Nis gall un gwladgarwr, gyda chydwybod rydd, blethu ei ddwylaw mewn difaterwch. Deued pawb allan yn eu llawn arfogaeth gan gyhwfanu baner Gweriniaeth o dan arweiniad Grant a Wilson. Dyrchafer llef yn Nhalaeth Efrog Newydd dros Grant a Wilson; ychwaneger at ei nerth yn Mhennsylfania, Ohio, Wisconsin, Illinois, Iowa a Minnes-

X-E 675
R4

GENERAL GRANT.

Inledning. — Grants administration. — Invandringen och dess beskydd. President Grants politik &c.

Utdrag ur President Grants Budskap och andra officiella handlingar.

(Utgifven af Repnblikanska Nationala Congresskommitén i Washington, D. C.

ALLMÄN ÖFVERSIGT.

Den 5te nästkommande november väljes öfverallt i Unionen en ny President och en ny vice President af Förenta Staterna, och tillräder den nyvalde Presidenten sitt embete den 4de mars 1873, då President Grants fyra års termin slutar.

President Grant nominerades af repnblikanska nationalconventionen i Philadelphia vid första ballotteringen enstämmigt för återval, någonting som aldrig förr inträffat, och detta är om så vigtigare att iakttaga, som alla Congressdistrict i hela Unionen voro fullständigt representerade.

Det är nu snart 12 år sedan repnblikanska partiet kom till regeringen, och i det blodiga krig som rasade 4 år var President Grant det sista året som öfvergeneral hufvudpersonen.

Att i en fri stat alltid två stora partier förefinnas, är naturligt; och det parti som fått folkets förtroende och har makten i händerra, kan genom sina handlingar ådagalägga sin förmåga eller oförmåga, sin redlighet och uppriktighet eller sin oredlighet och trolöshet.

Att repnblikanska partiet uppfyllt alla billiga fordringar, bevisar dess tilltagande anseende hos majoriteten af folket i alla stater.

Den stora krigsskuld som trycker våra skattebördor, har President Grant på ett förtjenstfullt satt förminskat, och derigenom bevisat, att han vet att hushålla med folkets medel; ja denna förtjenst är så mycket större, n r man betänker att tulln på många nödvardighetsartiklar blifvit dels alldeles afskaffad, dels betydligt nedsatt.

President Grant var före krigets utbrott 1861 för större delen af folket alldeles obekant. Sedan han genomgått krigsskolan i West Point inträdde han som löjtnant i armén; i kriget emot Mexico tjensde han under general Scott som kapten. Då borgarkriget började, hjelpte han genast att i Illinois organisera ett infanteri regemente, i hvilket han inträdde som kapten; han avancerade raskt och Lincoln fann snart att han var en skicklig general. Efter flere vunna betydliga segrar i de sydvestra staterna eröfrade han sydstaternas betydligaste fastning, Vicksburg, och undertryckte deras herravälde utefter hela Mississippifloden. I följd af de stora segrarna utnämnde President Lincoln gen. Grant till öfvergeneral, och i denna egenskap vann han flere stora segrar och intog slutligen Richmond. Fredsslutet vid Appomattox är, näst oafhängighetsårsdagen, den vigtigaste årsdagen i vår Republika historia. General Grants humana fredsvilkor förvärfvade honom alla borgares aktning och tacksamhet.

Denna tacksomhetskänsla stannade ej vid blotta ord, utan på flere ställen — i New York Philadelphia o. s. v. — samlades inom kort några betydliga summor, som dels i hus, dels i kontanter öfverlemnades till honom; men den stora majoriteten af folket, som ej kunde deltaga i de bättre lottades penningebidrag, ville också visa sin patriotism och gifva hvad hvar och en kan gifva, sin röst; derföre fordrades allmänt general Grants utnämning till President. Den allmänna opinionen var, att en man, som med så stor klokhet och beräkning vunnit sådana segrar i det blodigaste krig verlden har upplefvat och lyckligt slutat detsamma, äfven skulle som Unionens högsta embetsman till allas tillfredsställelse forvalta detta embete. Republikanska nationalconventionen kunde således 1868, oaktadt mången tviflade på generalens förmåga, och det annu då bestående demokratiska partiets press sokte bevisa detsamma, ej motstå folkets vilja, och nominerade general Grant.

GRANTS ADMINISTRATION.

Grants administration har varit lika ärofull som hans krigsbragder. Handel och industri har uppblomstrat, skatterna hafva blifvit nedsatta och ändå under loppet af 3 år $800,000,000 afbetalta på statsskulden. Våra förhållanden till utländska makter har gifvit oss en aktning bjudande ställning bland verldens nationer, emedan han strängt upprätthållit vår neutralitet; derföre var också Schurz' och Sumners "liberals" angrepp i fråga om "vapenhandeln" ett misslyckat anfall och ett förebud for de liberalas nederlag den 5te nästkommande november. Alabama frågans afgörande infor

X-E675
.R4

Le Général Grant. #140

SES ACTES OFFICIELS COMME HOMME D'ETAT, SA POLITIQUE A L'ÉGARD DES EMIGRANTS ET DES TRAVAILLEURS; SON ATTITUDE ENVERS LES ANCIENS SOLDATS CONFÉDÉRÉS ET LES POPULATIONS DU SUD

Extraits des Messages Annuels du Président et d'autres Pièces Officielles.

(PUBLIÉ PAR LE COMITÉ RÉPUBLICAIN CONGRESSIONNEL, WASHINGTON, D. C.)

Le parti républicain, depuis l'ouverture de la campagne électorale, s'est toujours attaché à répondre par des faits aux vagues accusations de ses adversaires. Nous nous conformons à cette politique en opposant, dans cette brochure, les actes mêmes du Président à ceux qui le disent incapable de remplir avec fidélité et talent les fonctions présidentielles. Nous avons réuni, en les classant par sujet, les diverses déclarations faites par le Président dans ses trois messages annuels, afin que chaque citoyen puisse juger par lui-même des qualités de l'homme d'Etat qui nous gouverne. Les extraits sont groupés sans égard aux dates des messages; les déclarations de 1869 sont à côté de celles de 1871, ce qui est assurément la plus rude épreuve à laquelle on puisse soumettre les écrits d'un homme politique. Mais les diverses questions du jour ont été si consciencieusement étudiées par l'auteur des messages, qui sentait tout le poids de sa responsabilité officielle, qu'il règne dans tous ces extraits une uniformité remarquable d'opinion et de style. Nous n'hésitons pas à dire que le critique le plus habile chercherait vainement à mettre le Président en contradiction avec lui-même.

On remarquera que les questions traitées sont nombreuses; elles embrassent tout ce qui se rapporte à la politique du jour, car nous n'avons voulu rien cacher, rien éluder. Nos adversaires politiques trouveront difficilement une réponse à cet exposé concluant. Non-seulement, le Président s'est rendu cher au peuple par ses services militaires et son intégrité constante, mais ses vues politiques sont si judicieuses, si humaines, si favorables au progrès, que la confiance populaire lui reste acquise en dépit des attaques impudentes dont il est l'objet. Chacun sent que les affaires publiques ne sauraient être confiées à des mains plus sûres.

LES SERVICES MILITAIRES DU PRESIDENT

Les allusions aux hauts faits d'armes du général Grant déplaisent grandement aux rebelles non convertis et à leurs alliés. Ceux qui ont cherché à détruire la nation américaine, ceux qui ne se soumettent aujourd'hui qu'à une force supérieure, sont naturellement mécontents quand on leur parle de la prise de Vicksburg et de Richmond ou de la capitulation de Lee. Quant aux alliés des ex-confédérés dans le Nord, ils disent qu'il est injuste de mettre en avant les services militaires de Grant. Les premiers déclarent que Grant n'a jamais été un bon général, tandis que les seconds admettent à contre-cœur ses succès militaires, mais en prétendant qu'ils n'ont rien de commun avec la campagne présidentielle. Nous ne sommes pas disposés à admettre cette fin de non-recevoir. La carrière militaire de Grant fait partie de son histoire; elle met en relief les qualités personnelles qui le distinguent. L'opposition ne peut lui opposer un homme d'un renom égal; mais ce n'est pas de notre faute.

Si la rébellion avait réussi, la République modèle, l'exemple et l'espoir du monde, serait tombée dans l'anarchie et la confusion. C'est à la Providence, au général Grant et à la légion de braves citoyens qui ont combattu avec lui, que nous devons le maintien de l'existence nationale. L'opposition est donc malvenue d'accuser le général Grant de manquer de patriotisme. Est-il plus logique de parler de son "incapacité?" Mais l'histoire nous prouve que pour triompher dans une longue lutte armée en dirigeant un million d'hommes, il faut être doué d'une intelligence de l'ordre le plus élevé. Un ignorant peut remporter un avantage passager; mais la stratégie qui a préparé la prise de Vicksburg, de Richmond et de l'armée de Lee, et qui a dressé le plan de la campagne de Sherman dans le Sud, a donné la mesure du pouvoir intellectuel et des ressources morales du commandant en chef de nos armées. Ce n'est que justice de réveiller le souvenir des souffrances et des triomphes des soldats de l'Union, sans en excepter leur général.

La modestie du Président le pousse par-

X-E 675
R4
#141

Le Général Grant.

SES ACTES OFFICIELS COMME HOMME D'ETAT, SA POLITIQUE A L'ÉGARD DES EMIGRANTS ET DES TRAVAILLEURS; SON ATTITUDE ENVERS LES ANCIENS SOLDATS CONFÉDÉRÉS ET LES POPULATIONS DU SUD

Extraits des Messages Annuels du Président et d'autres Pièces Officielles.

(PUBLIÉ PAR LE COMITÉ RÉPUBLICAIN CONGRESSIONNEL, WASHINGTON, D. C.)

Le parti républicain, depuis l'ouverture de la campagne électorale, s'est toujours attaché à répondre par des faits aux vagues accusations de ses adversaires. Nous nous conformons à cette politique en opposant, dans cette brochure, les actes mêmes du Président à ceux qui le disent incapable de remplir avec fidélité et talent les fonctions présidentielles. Nous avons réuni, en les classant par sujet, les diverses déclarations faites par le Président dans ses trois messages annuels, afin que chaque citoyen puisse juger par lui-même des qualités de l'homme d'Etat qui nous gouverne. Les extraits sont groupés sans égard aux dates des messages; les déclarations de 1869 sont à côté de celles de 1871, ce qui est assurément la plus rude épreuve à laquelle on puisse soumettre les écrits d'un homme politique. Mais les diverses questions du jour ont été si consciencieusement étudiées par l'auteur des messages, qui sentait tout le poids de sa responsabilité officielle, qu'il règne dans tous ces extraits une uniformité remarquable d'opinion et de style. Nous n'hésitons pas à dire que le critique le plus habile chercherait vainement à mettre le Président en contradiction avec lui-même.

On remarquera que les questions traitées sont nombreuses; elles embrassent tout ce qui se rapporte à la politique du jour, car nous n'avons voulu rien cacher, rien éluder. Nos adversaires politiques trouveront difficilement une réponse à cet exposé concluant. Non-seulement, le Président s'est rendu cher au peuple par ses services militaires et son intégrité constante, mais ses vues politiques sont si judicieuses, si humaines, si favorables au progrès, que la confiance populaire lui reste acquise en dépit des attaques impudentes dont il est l'objet. Chacun sent que les affaires publiques ne sauraient être confiées à des mains plus sûres.

LES SERVICES MILITAIRES DU PRESIDENT

Les allusions aux hauts faits d'armes du général Grant déplaisent grandement aux rebelles non convertis et à leurs alliés. Ceux qui ont cherché à détruire la nation américaine, ceux qui ne se soumettent aujourd'hui qu'à une force supérieure, sont naturellement mécontents quand on leur parle de la prise de Vicksburg et de Richmond ou de la capitulation de Lee. Quant aux alliés des ex-confédérés dans le Nord, ils disent qu'il est injuste de mettre en avant les services militaires de Grant. Les premiers déclarent que Grant n'a jamais été un bon général, tandis que les seconds admettent à contre-cœur ses succès militaires, mais en prétendant qu'ils n'ont rien de commun avec la campagne présidentielle. Nous ne sommes pas disposés à admettre cette fin de non-recevoir. La carrière militaire de Grant fait partie de son histoire; elle met en relief les qualités personnelles qui le distinguent. L'opposition ne peut lui opposer un homme d'un renom égal; mais ce n'est pas de notre faute.

Si la rébellion avait réussi, la République modèle, l'exemple et l'espoir du monde, serait tombée dans l'anarchie et la confusion. C'est à la Providence, au général Grant et à la légion de braves citoyens qui ont combattu avec lui, que nous devons le maintien de l'existence nationale. L'opposition est donc malvenue d'accuser le général Grant de manquer de patriotisme. Est-il plus logique de parler de son "incapacité?" Mais l'histoire nous prouve que pour triompher dans une longue lutte armée en dirigeant un million d'hommes, il faut être doué d'une intelligence de l'ordre le plus élevé. Un ignorant peut remporter un avantage passager; mais la stratégie qui a préparé la prise de Vicksburg, de Richmond et de l'armée de Lee, et qui a dressé le plan de la campagne de Sherman dans le Sud, a donné la mesure du pouvoir intellectuel et des ressources morales du commandant en chef de nos armées. Ce n'est que justice de réveiller le souvenir des souffrances et des triomphes des soldats de l'Union, sans en excepter leur général.

La modestie du Président le pousse par-

.R4

#142

Präsident U. S. Grant.

Ein offizielles Zeugniß seiner staatsmännischen Befähigung.

Den Anschuldigungen gegenüber, daß der Präsident Grant nicht befähigt sei, die Pflichten eines Präsidenten gewissenhaft und treu zu erfüllen, wollen wir eine gewissenhafte unparteiische Politik verfolgen und ihn selbst durch seine amtlichen Handlungen sprechen lassen. Wir haben daher seine Acte und Botschaften je nach den wichtigen Gegenständen, die darin behandelt werden, so geordnet, daß der Leser leicht zu einem Verständniß über den staatsmännischen Charakter des Präsidenten gelangen kann. Auszüge aus verschiedenen Botschaften zeigen, obwohl sie von verschiedenen Zeiten sind, doch die Uebereinstimmung und Einhelligkeit der Meinungen und Ueberzeugungen, daß selbst der erfahrene Kritiker die Konsequenz und das Gewicht der amtlichen Verantwortlichkeit anerkennen muß. Die Gegenstände, welche in diesen verschiedenen Botschaften behandelt werden, sind zahlreich und umfassen viele streitige Fragen, welche in keiner Weise durch Verheimlichung oder durch Ausflüchte umgangen sind. Die politischen Gegner sind genöthigt, entweder die in den Botschaften übereinstimmend dargelegten Grundsätze anzuerkennen, — und in diesem Falle beschränkt sich ihre Opposition gegen Präsident Grant nur auf unbegründeten persönlichen Haß, — oder sie müssen ihre entgegengesetzten Ansichten vorbringen und begründen, und in jedem Falle werden sie es schwer finden, den „Jordan zu passiren."

Der Präsident hat sich durch seinen militärischen Ruhm und seine beständige Rechtlichkeit dem Volke lieb und werth gemacht, während seine politischen Ansichten so besonnen, human und progressiv, ja so sicher sind, daß es einen hohen Grad von Unverschämtheit erfordert, sie zu verwerfen.

So unvollkommen auch diese kurze Abhandlung ist, indem sie manche wohlbegründete und gerechte Ansichten des Präsidenten über untergeordnete Gegenstände hier ausschließt, so ist doch hierin schon ein genügender Nachweis dafür geliefert, daß Präsident Grant ein zuverlässiger Verwalter der öffentlichen Angelegenheiten ist.

Der militärische Record des Präsidenten.

Allerdings sind die militärischen Thaten des Generals Grant den Rebellen und ihren Alliirten ebenso mißfällig und zuwider, wie der Anblick des Wassers den Opfern der Wasserscheu. Denn diejenigen, welche ihr Aeußerstes wagten, um die Amerikanische Nation zu vernichten, und welche sich heute nur der Gewalt fügen, sind natürlich entrüstet, wenn man die Erstürmung Vicksburg's und Richmond's, sowie die Ueberlieferung Lee's und seiner Armee erwähnt; andererseits behaupten die Civil-Alliirten der Rebellen, daß die aufgezeichneten Thaten des Generals Grant ein unverdienter Ruhm sind. Die Ersteren bestreiten die Superiorität des Generals Grant, während die Andern zwar widersträubend den militärischen Succeß zugeben, aber bestreiten, daß dieß irgend einen Einfluß auf seine Wahl als Präsident haben dürfe. — Allein wir sind entgegengesetzter Ansicht; denn die militärischen Thaten Grant's bilden einen Theil der Geschichte und seines Charakters. Denn hätte die Rebellion einen glücklichen Erfolg gehabt, so würde die Union in Stücke zersplittert und die große Republik, das Licht und die Hoffnung der Völker, in Anarchie und Verwirrung sich aufgelöst haben. Wir sind daher für die nationale Existenz dem General Grant und der Legion braver Männer, welche ihr Leben der heiligen Sache des Vaterlandes opferten oder dazu bereit waren, zum größten Dank verpflichtet.

Grant's militärische Carriere hat Ruhm und Glanz über unsere Nation verbreitet und ist ein Schild gegen jede Anschuldigung von Mangel an Patriotismus oder an Fähigkeit. Die Geschichte aller Nationen hat bewiesen, daß ein militärischer Succeß in einem langwierigen Kampfe, mit einer Million von Männern unter Waffen und zwar geleitet von Einem Manne, nur von einem Manne mit großen Fähigkeiten und hohem Verstande erreicht werden kann.

X-E675
.R4
#143

Präsident U. S. Grant.

Ein offizielles Zeugniß seiner staatsmännischen Befähigung.

Den Anschuldigungen gegenüber, daß der Präsident Grant nicht befähigt sei, die Pflichten eines Präsidenten gewissenhaft und treu zu erfüllen, wollen wir eine gewissenhafte unparteiische Politik verfolgen und ihn selbst durch seine amtlichen Handlungen sprechen lassen. Wir haben daher seine Acte und Botschaften je nach den wichtigen Gegenständen, die darin behandelt werden, so geordnet, daß der Leser leicht zu einem Verständniß über den staatsmännischen Charakter des Präsidenten gelangen kann. Auszüge aus verschiedenen Botschaften zeigen, obwohl sie von verschiedenen Zeiten sind, doch die Uebereinstimmung und Einhelligkeit der Meinungen und Ueberzeugungen, daß selbst der erfahrene Kritiker die Konsequenz und das Gewicht der amtlichen Verantwortlichkeit anerkennen muß. Die Gegenstände, welche in diesen verschiedenen Botschaften behandelt werden, sind zahlreich und umfassen viele streitige Fragen, welche in keiner Weise durch Verheimlichung oder durch Ausflüchte umgangen sind. Die politischen Gegner sind genöthigt, entweder die in den Botschaften übereinstimmend dargelegten Grundsätze anzuerkennen, — und in diesem Falle beschränkt sich ihre Opposition gegen Präsident Grant nur auf unbegründeten persönlichen Haß, — oder sie müssen ihre entgegengesetzten Ansichten vorbringen und begründen, und in jedem Falle werden sie es schwer finden, den „Jordan zu passiren."

Der Präsident hat sich durch seinen militärischen Ruhm und seine beständige Rechtlichkeit dem Volke lieb und werth gemacht, während seine politischen Ansichten so besonnen, human und progressiv, ja so sicher sind, daß es einen hohen Grad von Unverschämtheit erfordert, sie zu verwerfen.

So unvollkommen auch diese kurze Abhandlung ist, indem sie manche wohlbegründete und gerechte Ansichten des Präsidenten über untergeordnete Gegenstände hier ausschließt, so ist doch hierin schon ein genügender Nachweis dafür geliefert, daß Präsident Grant ein zuverlässiger Verwalter der öffentlichen Angelegenheiten ist.

Der militärische Record des Präsidenten.

Allerdings sind die militärischen Thaten des Generals Grant den Rebellen und ihren Alliirten ebenso mißfällig und zuwider, wie der Anblick des Wassers den Opfern der Wasserscheu. Denn diejenigen, welche ihr Aeußerstes wagten, um die Amerikanische Nation zu vernichten, und welche sich heute nur der Gewalt fügen, sind natürlich entrüstet, wenn man die Erstürmung Vicksburg's und Richmond's, sowie die Ueberlieferung Lee's und seiner Armee erwähnt; andererseits behaupten die Civil-Alliirten der Rebellen, daß die aufgezeichneten Thaten des Generals Grant ein unverdienter Ruhm sind. Die Ersteren bestreiten die Superiorität des Generals Grant, während die Andern zwar widerstraubend den militärischen Succeß zugeben, aber bestreiten, daß dieß irgend einen Einfluß auf seine Wahl als Präsident haben dürfe. — Allein wir sind entgegengesetzter Ansicht; denn die militärischen Thaten Grant's bilden einen Theil der Geschichte und seines Charakters. Denn hätte die Rebellion einen glücklichen Erfolg gehabt, so würde die Union in Stücke zersplittert und die große Republik, das Licht und die Hoffnung der Völker, in Anarchie und Verwirrung sich aufgelöst haben. Wir sind daher für die nationale Existenz dem General Grant und der Legion braver Männer, welche ihr Leben der heiligen Sache des Vaterlandes opferten oder dazu bereit waren, zum größten Dank verpflichtet.

Grant's militärische Carriere hat Ruhm und Glanz über unsere Nation verbreitet und ist ein Schild gegen jede Anschuldigung von Mangel an Patriotismus oder an Fähigkeit. Die Geschichte aller Nationen hat bewiesen, daß ein militärischer Succeß in einem langwierigen Kampfe, mit einer Million von Männern unter Waffen und zwar geleitet von Einem Manne nur von einem Manne mit großen Fähigkeiten und hohem Verstande erreicht werden kann.

copy 2

X-E675
.R4
#144

Die republikanische Partei als Vorkämpfer für gleiche Rechte und gleiche Aufklärung. — Die Basis einer gesunden Volksentwicklung.

Einleitung.

Gleich den Griechen, welche in ihrer Blüthezeit mit der vierjährigen Wiederholung ihrer Olympischen Spiele ihre Hingabe an das Vaterland bekundeten, und jene dramatischen und dichterischen Leistungen erweckten, welche ihren klassischen Werth noch bis heute behaupten; so sind auch wir gegenwärtig in dem von vier Jahren zu vier Jahren wiederkehrenden politischen Kampfe begriffen, welcher eine allgemeine Discussion der politischen Fragen in jedem Theile des Landes hervorruft.

Ob der Wahlkampf dem Volke Nutzen bringen, ob in die kommende Verwaltung größere politische Einsicht und Geschäftskenntniß kommen, ob der einzelne Bürger seinen Verpflichtungen als Wähler patriotischer entsprechen wird? das, ich wiederhole es, hängt größtentheils von dem Geiste der Darstellung ab, in welchem die öffentlichen Angelegenheiten dem Volke vorgelegt werden.

Die Forderungen der allgemeinen Civilisation an eine Staatsverwaltung sind zahlreich, verwickelt und sind von Jahr zu Jahr schwerer zu erfüllen; das Experiment der Selbstregierung hat noch in wenigen Ländern Succeß gehabt.

Unsere Regierung ist in der That die einzige, welche durch Selbstregierung in einer größeren Ausdehnung friedfertig geleitet wird, und einzig und allein von der Einsicht, der Bildung und der Vaterlandsliebe des Gesammtvolkes abhängt. Und da der Wahlzettel in der Hand des Unwissenden und Unwürdigen eben so hoch zählt, als das Votum des Weisesten und Größten, so lastet auf dem besseren Bürger eine desto größere Verpflichtung, mit all ihm zu Gebote stehendenden Einfluß das Gewicht der schlechteren Elemente der Gesellschaft auszugleichen, und diejenigen Regierungsgrundsätze zu unterstützen, welche die Nation zu bleibender Größe führen. Denn nicht allein, daß die nationale und individuelle Wohlfahrt der Gegenwart auf dem Spiele steht, sondern es gilt gleichzeitig die der kommenden Geschlechter.

Es ist deshalb nicht blos das Recht, sondern die höchste Pflicht jedes Bürgers, eine treue Rechenschaft von der republikanischen Verwaltung zu verlangen. Zu diesem Zwecke geben wir hiermit einen kurzen Ueberblick über die Tendenz und die Thaten der republikanischen Partei in den verschiedenen Zweigen unserer Administration.

Aber, weil sämmtliche politischen Documente kurz sein müssen, um einer allgemeinen Beachtung zu begegnen, so geben wir nur die Umrisse, welche jeder Leser sich leicht vervollständigen mag.

Eine Ueberschau der früheren demokratischen Zeit.

In jedem demokratischen Staate ist die persönliche Freiheit doch sicher das höchste Ziel. Aber noch vor 10 Jahren wurden 3 bis 4 Millionen menschlicher Wesen gleich dem Viehe verkauft und von jedem Unterrichte bei Strafe ausgeschlossen; die Presse, die Gerichte und selbst die Kanzel vertheidigten in dem größeren Theile des Landes diese Tyrannei; die Freiheit der Rede und der Presse war im Süden total unterdrückt; der Arm des Gesetzes wurde sogar angewendet, um flüchtige Sclaven in das Joch der rechtlosen Unterdrückung zurückzubringen. Die gigantische Rebellion wurde nur darum organisirt, um dieß verabschente Verbrechen der Sclaverei aufrecht zu erhalten. Als Lincoln inaugurirt wurde, war die Regierung ohne Waffen, ohne Armee und ohne Flotte, ja ohne Geld und ohne Credit im Auslande. Der Verrath lauschte und zeigte sich überall, nicht nur im Süden, sondern auch im Norden und in allen Departements der Verwaltung.

Die republikanische Partei war es, die unter allen entgegenstehenden Hindernissen und Schwierigkeiten das Volk auf dem dornigen Pfade zur Rettung der Freiheit und Union führte.

Die Gesetzgebung im Interesse persönlicher Freiheit.

Am 4. Juli 1861 versammelte sich auf Anrufen Lincoln's der Congreß, in welchem außer dringenden Kriegsmaßregeln besonders Akte für die Freiheit und gegen die Sclaverei erlassen wurden; denn schon im August 1861 passirte der Congreß ein Gesetz, in welchem alle Sclaven, die zur Unterstützung der Rebellion gebraucht wurden, für frei erklärt wurden. Im folgenden März wurden die Armee- und Flotten-Offiziere ausdrücklich angewiesen, keine flüchtigen Sclaven auszuliefern, sondern sie unter unserer Flagge als freie Menschen aufzunehmen; schon im April wurde die Hauptstadt des Landes für immer von der Sclaverei befreit. Diesen Freiheitsmaßregeln folgten bald noch radikalere Akte; denn das Statut vom 19. Juni 1862 fegte die Sclaverei von allen Territorien hinweg, so daß die Ordinance Jefferson's von 1787 wieder zur Nationalpolitik erhoben wurde. Die Akte vom 28. Januar 1864 hob das Sclavenfanggesetz auf, welches ein Schandflecken der Republik war. Somit war die Sclaverei überall, wo das National-Gouvernement ausschließliche Jurisdiktion hatte, verpönt. Die Zögerung des Congresses, die Sclaverei auch in den Rebellen-Staaten auszurotten, hatte theils in der noch lebendigen Staatsrechtsdoctrin, theils in der Opposition der demokratischen Partei ihren Grund, welche letztere in mehrern Staatswahlen im Herbste 1862 siegreich gewesen war. Im Januar 1863 aber wurde die denkwürdige Emancipations-Proklamation von Lincoln erlassen, welche die Sclaverei überhaupt aufhob; im Einklange hiermit wurde das 13. Amendement der Constitution vom Volke angenommen und ratificirt; jede republikanische Staats-Legislatur adoptirte dieses Amendement, während jede demokratische Staats-Legislatur dasselbe, als den großen Freibrief menschlicher Freiheit, verwarf.

Es ist wahr, dies constitutionelle Amendement befreite gesetzlich die Sclaven von ihren Fesseln, aber es wurde bald klar, daß ihre Freiheit ohne Stimmberechtigung nur den Namen und nicht das wahre Wesen heben würde, indem sonst ihre

X-E675
.R4
#145

Land und Arbeit.

Ihr gegenseitiges Verhältniß. — Emancipation der Arbeit erfordert ein verbessertes Landsystem. —. Eisenbahn- und Canal-subsidien. — Die Periode der Vertheilung muß der Periode der Entwicklung folgen. — Die Maßregeln und Pläne der republikanischen Partei.

Veröffentlicht von dem republikanischen Unions-Committee des Congresses, Washington, D. C.

Verhältniß von Land und Arbeit.

In Bezug auf Land und Arbeit hat der Achtbare Georg W. Julian, welcher während seines langen und nützlichen Aufenthaltes in dem Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten diesen Fragen ein specielles Studium gewidmet, und stets in Bezug auf dieselben sehr freisinnige Ansichten gehabt hat, neulich in einem Journal-Artikel gesagt:

„Unter den Aufgaben der amerikanischen Politik, welche noch zu lösen sind, kann die richtige Disposition über unsere öffentlichen Ländereien mit Recht als die wichtigste angesehen werden. Sie ist innig verwoben mit der Arbeits-, Finanz- und Handelsfrage. In der einen oder andern Weise berührt sie alle Quellen unsers nationalen Wohlstands. Sie geht hinunter bis zur Grundlage demokratischer Gleichheit, und durch ihre großen socialen und ökonomischen Bezüge bestimmt sie das Schicksal kommender Geschlechter."

Die Nationalregierung, durch ihre Erklärung, daß hinfort keine Sklavenarbeit unter ihrer Flagge stattfinden solle, eröffnete eine neue Aera für die arbeitenden Millionen und gab dem Arbeiter Manneswürde, Hoffnung und günstige Gelegenheiten zur Verbesserung seiner Lage.

Bis 1860 war das Land ein Vierteljahrhundert lang von der demokratischen Partei regiert und beherrscht worden, und diese Partei wiederum erhielt ihre Politik und ihr Verhalten von der sklavenhaltenden Oligarchie des Südens vorgeschrieben. Unter solcher Controlle wurde die Arbeit erniedrigt, ihres gerechten Einflusses in öffentlichen Angelegenheiten beraubt und gezwungen für eine despotische regierende Klasse zu arbeiten.

Wo so viel Erniedrigung und Unterdrückung existirte, und wo nationale Gesetze und Politik von den Unterdrückern dictirt wurden, da war es einfach unmöglich, daß Arbeit irgendwo, unter derselben Regierung, den ihr gebührenden Rang einnehmen oder den vorwiegenden Einfluß ausüben sollte, auf welchen sie großen Anspruch hatte und noch hat.

Als die Demokratie ihre Herrschaft verlor, wartete sie nicht die Entwicklung von Reformen ab, sondern augenblicklich, sobald sie die Gewalt zu unterdrücken verloren hatte, organisirte und überstürzte sie eine Revolution gegen freie zu Gunsten der Sklavenarbeit.

Im Verlauf dieses Kampfes stellte es sich heraus, daß diese Revolution lange vorher vorbereitet war, daß sie eifrig von der ganzen südlichen Demokratie unterstützt wurde und die innigen Sympathieen der demokratischen Führer in jedem Theil des Landes besaß. Auf der andern Seite stellte es sich heraus, daß diese beabsichtigte Revolution in der republikanischen Partei keinen einzigen Fürsprecher und Anhänger besaß, sondern auf den entschlossenen und erfolgreichen Widerstand der ganzen Partei stieß. Diese Thatsachen sind zu bekannt, als daß man Beweise

X-E675
.R4
#746

Die Congreß-Untersuchungen.

Wie Verleumdungen gründlich widerlegt werden.

Die Untersuchung im Schatzamt der Ver. Staaten.
Die Anschuldigungen gegen General-Postmeister Creswell.
Die Untersuchung im New York Zoll-Amte.

Eine gründliche Untersuchung des Schatzamtes. — Wo und wie das öffentliche Geld aufbewahrt wird. — Eine kurze Skizze über Onkel Sam's Geldkasten und seine Verwahrer. — Ehrlichkeit der gegenwärtigen Administration und ihrer Beamten. Eine Historie ohne Parallele.

Es wird mit Recht behauptet, daß Geld der Nerv des Krieges und des Friedens ist. Jede Unternehmung, sei sie öffentlicher oder privater Natur, ist auf den Besitz des Gelres basirt. Ein leerer Schatz würde sehr bald öffentlichen Bankerott und Ruin zur Folge haben, während ein gefüllter Schatz unter weiser und sparsamer Verwaltung den National-Credit unendlich heben; die allgemeine Wohlfahrt befördern, sowie Handel uud Industrie anregen müssen. Dieser wohlthätige Einfluß ist nicht auf irgend welche Klasse oder Lokalität beschränkt, sondern ist allgemein und erstreckt sich auf die entfernteste und einsamste Hütte.

Es ist deshalb ein besonderes Studium der mit den Finanzen betrauten Beamten, einen vollen Schatz und einen unbeschränkten Credit aufrecht zu erhalten, ohne daß das Volk mit einer übermäßigen Besteuerung belastet wird.

Um dieses zu erreichen, sind nicht nur geeignete Depositen-Anstalten, sondern auch ehrliche Verwalter der öffentlichen Gelder und eine strenge Controlle des ganzen Schatzamtes nothwendig. In dieser Beziehung hat keine frühere Administration, weder eine republikanische noch eine demokratische, diesem wichtigen Gegenstande eine solche sorgfältige Aufmerksamkeit gewidmet, wie die gegenwärtige Administration und sicher ist es, daß seit den Tagen von Hamilton wir keine vertrauenswürdigeren und rechtschaffeneren Verwalter der öffentlichen Gelder gehabt haben, als gegenwärtig. Die Bücher und Rechnungen sind in der größten Ordnung und geben Auskunft über jeden Dollar, der eingenommen und ausgegeben ist.

So berichtet unter vollem Nachweis der Vereinigten Staaten Assistent-Schatzmeister in New York, dessen Einnahmen und Ausgaben seit 1869 sich im Durchschnitt auf 1200 bis 1500 Millionen Dollars per Jahr belaufen, daß jeder Dollar genau berechnet ist. Aehnliche Berichte laufen von allen andern Assistent-Schatzamts-Beamten ein, mit Ausnahme des Schatzmeisters selbst, dessen Rechnung ein Deficit von $49,308.17 zeigt, auf das wir später zurückkommen werden.

Unter früheren demokratischen Administrationen war es nichts Neues, von Zeit zu Zeit durch Nachrichten über Veruntreuung öffentlicher Gelder und schwere Verluste überrascht zu werden, so zum Beispiel wurde über eine Million Dollars durch das

New Orleans, La., Schatzamt

verloren; fernere Verluste von über zweihundert Tausend Dollars durch das Fallissement der Venango National Bank in Franklin, Pa., fünfzig tausend Dollars durch die 1. National-Bank in Selma, über zwanzig tausend Dollars durch das Depositorium in Louisville, ereigneten sich unter früherer Administration, nicht zu gedenken der vielen anderen Balanzen von Regierungs-Geldern, welche durch verrätherische demokratische Beamten an die Rebellen am Anfange des Krieges überliefert worden waren. Nicht eine einzige ähnliche Veruntreuung hat unter der gegenwärtigen Administration stattgefunden.

Es ist zwar wahr, daß der Finanzminister ungefähr ein Jahr zurück die Untersuchung eines entfernten Vereinigten Staaten Depositoriums angeordnet, und daß sich ein Deficit von ungefähr achtundzwanzig tausend Dollars herausgestellt hat, allein diese Summe wurde sofort zurückerstattet, die betreffenden Beamten aber wurden ihres Dien-

X-E675
.R4
#147

Der Contrast.

Republikanische und demokratische Finanzverwaltung und Politik verglichen. — Zwei Jahre und ein Monat republikanische Administration der National-Angelegenheiten. — Verminderung der National-Schuld.

Der Betrag der Schuld, inclusive der erwachsenen Interessen, minus Baargeld in der Schatzkammer am 1. März 1869, nahe dem Beginne der Administration des Präsidenten Grant, war ungefähr fünfundzwanzighundert Millionen Dollars ($2,525,463,260 01). Am 1. April 1871 waren es dreiundzwanzighundert und neun Millionen Dollars ($2,309,697,596 27). Die Verminderung solcher Schuld während der zwei Jahre und einem Monat, vom 1. März 1869 bis zum 1. April 1871, war zweihundert und fünfzehn Millionen Dollars ($215,765,663.74), eine Verminderung gleich acht Millionen sechshundert und dreißigtausend Dollars ($8,630,626 55) per Monat, oder einhundert drei und eine halbe Millionen Dollars per Jahr ($103,567,518 60). Siehe folgende Tabelle für Verminderung der Schuld und Ersparniß von Zinsen.

National-Schuld.

(Nach den offiziellen monatlichen Berichten.)

	1. März 1869.	1. April 1871.
Ausstehende Schuld:		
Capital	$2,606,994,694 14	$2,392,700,277 89
Unbeanspruchte erwachsene Interessen	34,063,355 63	41,376,365 16
Total-Schuld, Capital und Zinsen	$2,641,058,049 77	$2,434,076,643 05
Betrag des Geldes im Schatzamt:		
Baar-Geld, der Regierung gehörend	$69,965,700 72	$80,436,340 04
„ wofür Depositenscheine ausstehen	28,775,560 00	25,261,460 00
Papier-Geld	16,853,529 04	18,681,246 74
Total in der Schatzkammer	$115,594,789 76	$124,379,046 78
Betrag der National-Schuld, inclusive der unbeanspruchten erwachsenen Zinsen nach Abzug des Geldes in der Schatzkammer	$2.515,463,260 01	$2,309,697,596 27

Betrag der Verminderung der National-Schuld während der zwei Jahre und einem Monate, vom 1. März 1869 bis zum 1. April 1871.

Verminderung des Capitals	$214,294,406 25
Verminderung des Capitals und der aufgelaufenen Zinsen	206,981,406 72
Verminderung des Capitals und der aufgelaufenen Zinsen, nach Abzug des Geldes in der Schatzkammer	215,765,663 74

Ersparniß von Zinsen.

Der monatliche Debet für Zinsen von der National-Schuld am 1. März 1869 war zehn und eine halbe Millionen Dollars (10,532,462.50). Am 1. April 1871 waren es neun und eine halbe Millionen Dollars ($9,527,212.67). Die Verminderung im monatlichen Debet für Zinsen ist eine Million Dollars ($1,005,249.83) und folglich die Verminderung per Jahr zwölf Millionen Dollars ($12,062,997.96) wie durch die folgende Tabelle gezeigt wird:

Monatlicher Debet für Zinsen durch die National-Schuld:

1. März 1869	$10,532,462 50
1. April 1871	9,527,212 67
Verminderung im monatlichen Zinsen Debet	1,005,249 83
„ „ jährlichen „ „	12,062,997 96

Welches eine Verminderung der jährlichen Zinsen von über $12,000,000 zeigt.

Diese Verminderung der National-Schuld und die daraus folgende Ersparniß von jährlichen Zinsen wurde durch vorsichtige, sparsame Verwaltung unter Abgaben erzielt, welche wie folgt reducirt waren:

		Uebertrag ...	$8,534,118 89
Keyser & Co.—			
Für Blei-Arbeiten und Gas-Röhren in den County-Gerichtszimmern und Büreaux...	$749,224 81		
Für Reparaturen an Blei-Arbeiten in den County-Gerichtszimmern und Büreaux	51,461 75		
		$800,686 56	
Für Blei-Arbeiten und Reparaturen in den Zeughäusern und Exerzier-Sälen		431,131 20	
			$1,231,817 76
J. W. Smith.—			
Für Schatten-Dächer an den County-Gerichtshöfen und Büreaux ...		$23,553 51	
			23,553,51
		Gesammt-Total....	$9,789,482 16

In Bezug auf diese enormen Betrügereien sagt Sekretär Delano in seiner Sandusky, Ohio, Rede, wie folgt:

„Dieses Beispiel sollte hinreichend sein. Es illustrirt die Bestechlichkeit, Schandwirthschaft und politische Verworfenheit der Tammany-Demokratie, und macht deren moralische Atmosphäre ekelhaft, widerwärtig und infam. Hier ward eine größere Summe bezahlt für Reparaturen, Teppichen und Möbeln für die County-Büreaux, als die gegenwärtige National-Administration in demselben Jahre für die Beförderung der Post durch die ganzen Vereinigten Staaten bezahlt hat; beinahe dreimal so viel als die ganzen diplomatischen Ausgaben für die letzten zwei Jahre; gerade so viel als die jährlichen Kosten der Erhebung der Zölle; mehr als alle die verschiedenen Ausgaben des Ministeriums des Innern für irgend ein Jahr der gegenwärtigen National-Administration, und mehr als die ganzen jährlichen Ausgaben des Indianer-Büreaux. Hier wird eine größere Summe in elf Monaten für Mörtel-Arbeiten bezahlt, als die ganzen Ausgaben der Vereinigten Staaten für den auswärtigen diplomatischen Verkehr und Consular-Dienst der gegenwärtigen National-Administration; und mehr für Blei-Arbeiten (Plumbing) und Gas-Röhren in einem Jahre, als alle die Ausgaben der öffentlichen Gebäude und Gärten in der Stadt Washington. Es wurde daselbst mehr Geld an drei Männer für solche Ausgaben in einem Jahre bezahlt, als für die Erhebung der ganzen Binnen-Steuer des Landes in irgend einem Jahre der gegenwärtigen National-Administration bezahlt wurde; mehr als doppelt die Unkosten der Verein [illegible]er Staaten Gerichtshöfe für zwei Jahre, und mehr als alle Unkosten des einundvierzigsten Co[illegible]

Eine solche Vern[illegible] Washington verpflanzt, verliehe dem demokratischen Verlangen, daß die National-Schuld nicht jetzt abbezahlt werden sollte, eine ominöse Meinung und begleitete es mit großer Gefahr. Der öffentliche Credit würde schwinden, und Zweifel in die öffentlichen Sicherheiten würde offen ausgesprochen werden. Die Regierung könnte eine solche Mißverwaltung nicht lange überleben."

Die New-York „Tribune" vom 2. September 1871 zeigt, daß die New-Yorker Buchdrucke- rreigesellschaft für County Drucksachen allein zwischen März 1869 und Dezbr. 1870 die Summe von $1,660,521 76 erhielt, und daß der Vorsitzende der öffentlichen Werke „einer der Haupt- Theilhaber jener Gesellschaft ist!" Es wird ebenfalls gezeigt, daß Teppiche, wofür $350,000 von Euerem Gelde verausgabt wurde, für $1200 gekauft werden konnten. Glaubt Ihr, daß die Männer, deren Namen auf diesen Rechnungen stehen, den größten Theil dieses Geldes behielten? Natürlich nicht. Diese schweigen.

Damit nicht gesagt werden kann, wir quotirten blos republikanische Autoritäten, wollen wir auch einen kurzen Auszug aus der Rede eines lebenslänglichen Demokraten, Robert B. Roosevelt, geben:

Unzweifelhafte Schuld der Stadtbeamten.

„Daß sie schuldig sind, bezweifelt kein Mensch, der die Enthüllungen gelesen, für einen Augenblick, und Niemand glaubt, daß irgend eine solche Summe für das Gerichtshaus verwendet wurde. Nichtsdestoweniger wurde mir mitgetheilt, daß dieses Gebäude, anstatt $3,000,000 oder höchstens $5,000,000 zu kosten, wie behauptet wurde, die letztere, wie angenommen ward, als die höchstmögliche Summe, in Wirklichkeit über $12,000,000 gekostet hat. Um dies zu beweisen, wurden mir die Zahlen gezeigt, welche, wie behauptet wird, von den Büchern des Controlleurs genommen wurden, aber ich hoffe, daß ich getäuscht wurde, und daß sie übertrieben waren. Aber über die Thatsachen, wie sie in der öffentlichen Presse bestimmt angeführt worden, kann kein Zweifel herrschen. Es wird stillschweigend zugestanden, daß Millionen auf Millionen der öffentlichen Gelder an einige obscure Persönlichkeiten bezahlt wurden, für welche dieselben weder das Equivalent der Arbeit leisteten, noch leisten konnten, während eine kleine Buchdruckereigesellschaft mit einem Kapital von $25,000 die Summe von $1,500,000 in einem Jahre von dem County allein erhielt."

#148 X-E670 .R4

Der Contrakt.

Republikanische und demokratische Finanzverwaltung und Politik verglichen. — Zwei Jahre und ein Monat republikanische Administration der National-Angelegenheiten. — Verminderung der National-Schuld.

Der Betrag der Schuld, inclusive der erwachsenen Interessen, minus Baargeld in der Schatzkammer am 1. März 1869, nahe dem Beginne der Administration des Präsidenten Grant, war ungefähr fünfundzwanzighundert Millionen Dollars ($2,525,463,260 01). Am 1. April 1871 waren es dreiundzwanzighundert und neun Millionen Dollars ($2,309,697,596 27). Die Verminderung solcher Schuld während der zwei Jahre und einem Monat, vom 1. März 1869 bis zum 1. April 1871, war zweihundert und fünfzehn Millionen Dollars ($215,765,663.74), eine Verminderung gleich acht Millionen sechshundert und dreißigtausend Dollars ($8,630,626 55) per Monat, oder einhundert drei und eine halbe Millionen Dollars per Jahr ($103,567,518 60). Siehe folgende Tabelle für Verminderung der Schuld und Ersparniß von Zinsen.

National-Schuld.

(Nach den offiziellen monatlichen Berichten.)

	1. März 1869.	1. April 1871.
Ausstehende Schuld:		
Capital	$2,606,994,694 14	$2,392,700,277 89
Unbeanspruchte erwachsene Interessen........	34,063,355 63	41,376,365 16
Total-Schuld, Capital und Zinsen........	$2,641,058,049 77	$2,434,076,643 05
Betrag des Geldes im Schatzamt:		
Baar-Geld, der Regierung gehörend	$69,965,700 72	$80,436,340 04
„ wofür Depositenscheine ausstehen...	28,775,560 00	25,261,460 00
Papier-Geld	16,853,529 04	18,681,246 74
Total in der Schatzkammer........	$115,594,789 76	$124,379,046 78
Betrag der National-Schuld, inclusive der unbeanspruchten erwachsenen Zinsen nach Abzug des Geldes in der Schatzkammer........	$2,515,463,260 01	$2,309,697,596 27

Betrag der Verminderung der National-Schuld während der zwei Jahre und einem Monate, vom 1. März 1869 bis zum 1. April 1871.

Verminderung des Capitals	$214,294,406 25
Verminderung des Capitals und der aufgelaufenen Zinsen	206,981,406 72
Verminderung des Capitals und der aufgelaufenen Zinsen, nach Abzug des Geldes in der Schatzkammer........	215,765,663 74

Ersparniß von Zinsen.

Der monatliche Debet für Zinsen von der National-Schuld am 1. März 1869 war zehn und eine halbe Millionen Dollars (10,532,462.50). Am 1. April 1871 waren es neun und eine halbe Millionen Dollars ($9,527,212.67). Die Verminderung im monatlichen Debet für Zinsen ist eine Million Dollars ($1,005,249.83) und folglich die Verminderung per Jahr zwölf Millionen Dollars ($12,062,997.96) wie durch die folgende Tabelle gezeigt wird:

Monatlicher Debet für Zinsen durch die National-Schuld:

1. März 1869........	$10,532,462 50
1. April 1871........	9,527,212 67
Verminderung im monatlichen Zinsen Debet........	1,005,249 83
„ „ jährlichen „	12,062,997 96

Welches eine Verminderung der jährlichen Zinsen von über $12,000,000 zeigt.

Diese Verminderung der National-Schuld und die daraus folgende Ersparniß von jährlichen Zinsen wurde durch vorsichtige, sparsame Verwaltung unter Abgaben erzielt, welche wie folgt reducirt waren:

31533

X-E675
.R4
#149

THE

FINANCIAL RECORD

OF

PRESIDENT GRANT'S ADMINISTRATION.

It has been the aim of the administration to enforce honesty and efficiency in all public offices. Every public servant who has violated the trust placed in him has been proceeded against with all the rigor of the law.—U. S. Grant.

There is no surer evidence of wise administration and national prosperity than a sound financial condition. The close of the late war found the nation burdened under a debt that would have staggered any other people. There were some—and they are now arrayed in support of Horace Greeley—who, under more or less deceptive guises, advocated repudiation.

The republican party was not slow to put itself squarely upon the record. It declared, and has ever insisted, that the payment of every national obligation to the last farthing, according to the letter and the spirit of the contract, is as much the duty of the nation, before God and man, as integrity and fair dealing are the duty of the individual. Nor is such a course believed to be dictated less by our highest interests than by our duty. But, in what manner and with what rapidity payment should be made, while they were questions of detail, were yet questions of difficulty.

The great battle having been fought by the present generation, the republican party holds that the payment of the debt should not be pressed so as to impose further burdens upon the people, but to such an extent only as may be warranted by the surplus of the revenues, which it believes should be raised in such a manner as best to promote financial prosperity and well being. Acting upon these well-settled convictions, the present administration devoted its first efforts to secure an honest collection of the revenue and a judicious

REDUCTION OF THE NATIONAL DEBT.

Since the inauguration of the present administration, the national debt has been reduced three hundred and thirty-seven million, four hundred and four thousand, six hundred and three dollars. The vast proportions of this amount may be better realized by a comparison. Take any average State in the Union—Maine. The census of 1870 shows the population of the State to be 626,463, and if this amount were equally divided among its inhabitants, it would be sufficient to pay to each man, woman, and child more than five hundred and thirty-eight dollars; or, the number of acres of cultivated land in Maine in 1860, being 2,677,136, it would be sufficient to purchase every acre at a price of $126 per acre,

X-E 675
.R4
#150

THE REPUBLICAN PARTY'S FIDELITY TO THE INTERESTS OF LABOR.

HISTORY OF THE EIGHT-HOUR LAW.

Grant and Wilson Its Faithful Supporters.

The skilled labor of the United States has been, for a long time past, engaged at all the great industrial centers in a more or less active and organized effort to reduce the hours of labor. This effort is not ended by any means, but for the large degree of success already achieved American labor is indebted to the example set by the Government.

It was a Republican administration, as the record shows, which wrought out this example. It was a Republican Congress that enacted this benificent measure. The history is as follows:

THE EIGHT-HOUR LEGISLATION.

In the beginniog of the first session of the Fortieth Congress, (March 13, 1867,) a bill was introduced constituting eigbt hours a day's work in all Government workshops. This bill was referred to the Judiciary Committee and, as is usual in such cases, placed in charge of a sub-committee. Hon. George S. Boutwell, the present Secretary of the Treasury, and a most earnest friend of the working man, had the bill in charge, reported favorably to the Committee, but was unable to get the floor to report to the House.

Near the close of the session Hon. N. P. Banks moved to suspend the rules for the pnrpose of placing the bill upon it passage. He stated that the Judiciary Committee had agreed to report the bill, which induced the Honse to suspend the rules, and the bill was passed.

When it arrived in the Senate Senator WILSON moved its passage and was ably snpported by Senator Conness, but tbe opposition was too strong, and the bill was referred by a vote of 18 to 17 to the Finance Committee where it was allowed to die.

At the long or second session of the Fortieth Congress Mr. Banks again moved the passage of the act, stating that the bill had already been favorably considered by the Judiciary Committee and had passed the Honse at the last session. The bill again passed and was sent to the Senate where it was ordered to be laid upon the table. Several nnsuccessful attempts were made by its friends to take it up, but on June 24 the bill was acted upon, and on the 25th of June, 1868, it was signed by President Johnson. An amendment was moved to reduce the pay *pro rata* when an earnest debate sprung up in which, among others, Senators Fessenden and Sherman advocated the reduction and Senators Wilson and Conness led the opposition. The bill was finally passed without amendment by a considerable majority.

Mr. Wilson in a vigorous speech used the following laoguage:

"In this matter of manual labor I look only to the rights and interests of labor. In this country and in this age, as in other countries and in other ages, capital needs no champion; it will take care of itself, and will secure, if not the lion's share, at least its full share of profits in all departments of iodustry. On general principles I am not anxious to stimulate labor in our country. The departments of productive industry are open to all and offer incentives to toil. We are made for something higber and better in this country than to pile up annually one billion dollars. What we want to grow in this Christian land of achieved free institutions is a strong healthy race of men and women with cultivated heads and hearts and consciences.

"Whatever tends to dignify mannal labor or to ligbten its burdens, to increase its rewards or to enlarge its knowledge, should receive our sympathies and command our support.

"Animated by these sentiments I shall vote against the amendment and for the bill as it came from the Representatives of the people."—*Speech of Henry Wilson, June* 24, 1868, *Congressional Globe*, 3424.

The law, however, was destined to meet with the most serious opposition from naval officers, superintendents, and others, who taxed their ingenuity to the utmost to accomplish its defeat.

There is another law npon the statute book regulating the prices to be paid to mechanics and laborers in the navy-yards of the United States, which provides tbat from time to time a commission sball meet to ascertain the usual prices paid and allow that amonnt.

This commission construed this law in connection with the eight-hour law to the mechanic's disadvantage, by deducting twenty

Johns Hopkin's Univ. Lib.
Gift.
JUN 20 1908

3 1503
X-E675
.R4
#151

RECONCILIATION.

The inspired writers have taught us how beautiful it is for brethren to dwell together in unity. Three years ago and more President Grant concluded a great State paper with the declaration "Let us have peace," thus giving an intimation of the spirit which would control his Administration. A few weeks since Horace Greeley, in accepting the nomination for the Presidency, as if also inspired by the gospel of peace, expressed the same sentiment, in less elegant phrase, when he said let us "Shake hands over the bloody chasm." His Liberal supporters tell us it is time, seven years from the close of the war for the Union, to end all strife growing out of that bloody conflict, and to adopt measures of conciliation and concord. All of this is so much in harmony with the lessons taught by the Saviour from the Mount, such as "Blessed are the merciful, for they shall find mercy;" "Blessed are the peacemakers, for they shall see GOD," as to hardly fail in charming the Christian world with American statesmanship.

THE REPUBLICAN PARTY IN FAVOR OF RECONCILIATION.

Following the recommendations of President Grant, a Republican Congress has legislated in the interests of peace and unity. Immediately after the close of President Johnson's administration, which through treachery had became Democratic, the Republicans in Congress enacted laws establishing civil and political equality among all citizens of the Republic: substituting civil for military governments in all the recently rebellious States; admitting every State to its proper Constitutional representation in the two Houses of the National Legislature; restoring all citizens, without regard to their national offenses, to the right to vote at all elections; restoring all, except a few scores of the more flagrant leaders of the rebellion, to the right to hold office; and removing all other disabilities of every description, notwithstanding their persistent efforts to destroy the Union by force of arms; and suppressing Kuklux and other lawless bands too powerful for control by the local authorities.

After this consummation; after oppression has been overcome; after violence of the stronger race over the feebler race has been measureably suppressed by the enforcement of national laws; after civil government has been restored in the insurrectionary States; after all disabilities have been removed, (with the above trivial exceptions;) after all have been restored to their property, their homes, and peaceful pursuits; after life and property have become well protected; after all the industries have again become prosperous; after the markets have again become almost burdened with the surplus products of the insurrectionary districts: Horace Greeley bolts from the Republican organization, becomes the standard-bearer of the Democratic party, and asks to be elected to the office of President of the United States on the ground that he is willing to "shake hands across the bloody chasm," and desires conciliation.

WHO NEED TO BE CONCILIATED.

In the examination of this subject let us inquire who are the belligerent parties to be conciliated—what the discordant elements to be harmonized.

In answering this inquiry we may state with confidence, they are not the Republicans of the North on the one side and the Republicans of the South on the other who need the interposition of Mr. Greeley's friendly hand to bring them into concord. Between these two classes of our fellow-citizens there is perfect harmony now. No mediation is needed on their account.

They are not the Northern States on the one side against the Southern States on the other. For, through the wise action of the Republican party, their laws are now homogeneous. There is now no Mason's and

X-E 675
VR4
#152

THE ADMINISTRATION VINDICATED.

SPEECH

OF

SENATOR WILSON,

AT THE

COOPER INSTITUTE,

NEW YORK.

Mr. President and Fellow-Citizens of New York:

In obedience to your commands I am here to speak for the unity and triumph of the Republican party of the United States. I am a Republican from conviction and by association. I care far more for the Republican party than for the interests, aspirations, and ambitions of any thousand men in America. [Applause.] I labored from the year 1836 to the year 1856—twenty years—to create a great, patriotic, liberty-loving organization that should make the Republic of the United States a free land. [Applause.] Sixteen years ago the Republican party was brought into existence. I religiously believe that it came into being through the prayers, the labors, and noblest aspirations of the best portion of our countrymen. [Applause.] I believe, too, that it was brought into existence to meet the needs of the endangered country, and to work out in America the plans of Almighty God. [Applause.] And so believing, from the time it was created until this hour, I have never consciously uttered a word or performed an act to drive any man out of its ranks. Whoever has left us in the past has left us against my wishes, and whoever shall leave us now, or in the future, will leave us against my protestations. I implore, in words of earnest entreaty, every Republican who would turn his back on our grand organization, with its brilliant deeds and glorious achievements, to pause, to come back, to stand with us, to fight with us the battle of this year, and to share with us in the triumphs of the future. [Cheers.]

The Republican party has in its ranks three and a half millions of men. It has in its organization the masses of the noblest, purest, and best portions of our countrymen. [Cheers.] But Republicans are not all wise, or all good. They have the imperfections of our common nature. But I would not disrupt the Republican party because its members are not all perfect. I would hope on, toil on, make them better if I could, make them worthy of its great history, true exponents of its great principles. [Applause.] I would as soon go home and disband the little church in the town in which I live, of which my departed wife was a member and I an unworthy one, because some Christian minister proved false to his God, or some poor, weak, fallible member did not live up to the profession he had made.

Men of New York! I speak to you to-night from the deepest convictions of my soul. I pray you who have stood with the Republican party; you who voted for and stood by the grandest character of our century, Abraham Lincoln; [great cheers;] you who waded through four years of blood to maintain the unity of your country and the authority of your Government; you who emancipated a race; you who repudiated Andrew Johnson and his treason, and who spurned his patronage; [applause,] I implore you who voted for the great soldier in 1868, [applause,] and who have put your country on the side of liberty, justice, humanity, and Christian civilization, to stand together now, win another great victory, and rejoice again in the triumph of the good old cause. [Applause.]

Gentlemen, there was a meeting here the other night of those who propose to disrupt the Republican organization, which has achieved so much in the past, and in which are centered so many hopes for the future. These gentlemen propose to take a new departure. Forgetful of the precious memories of the past, and the associations of the present, they seek to form new combinations and new friendships. I have no unkind or reproachful words to utter of old comrades. I did not come here to impeach

Reden

der

Senatoren Morton, Sherman, Boutwell

sowie des

Repräsentanten Thornburgh

am

18., 19., 22. und 31. Juli 1876,

über die

Allgemeine Lage des Landes, die öffentlichen Ausgaben und Verbesserungen, die politischen Parteien, die demokratische Platform u. s. w.

Senator Morton: Ich halte es für nothwendig, eine Antwort auf das, was der Senator von Nord-Carolina gesagt hat, zu geben. Der genannte Senator wurde im Laufe seiner Rede von mir befragt: „Was Gutes von irgend einem Charakter hat die demokratische Partei in den letzten fünfundzwanzig Jahren gethan? Was Gutes ist von ihr nur angedeutet und angerathen worden?“ Ich wünsche, daß irgend ein demokratischer Senator, wer es auch sei, dies bezeichnen und sagen möge, ich will mit Freuden ihm die Rednerbühne einräumen.

Senator Saulsbury: Ich will es dem Senator sagen, daß nämlich das gegenwärtige Repräsentantenhaus die Corruption, welche sich unter dieser Administration eingeschlichen, untersucht und zu Tage gefördert hat; daß die verschiedenen Committeen des Hauses, nicht nur Ausschreitungen, eine lose Verwaltung, sondern auch einen hohen Grad von Corruption, welche das ganze Land in Erstaunen gesetzt, ausgefunden hat. Dies ist eine noble That, welche die demokratische Partei gethan hat.

Senator Morton: Wir wissen sehr wohl, daß die demokratische Partei die Rolle des Detectivs und Polizeispions gespielt hat. Wie viel sie aber dabei ausgefunden, dies wird sich zeigen, wenn wir erst die Beweise sehen und prüfen. Allein diese Antwort umgeht die eigentliche Frage. Der Senator hat gewisse Untersuchungen während dieser Session erwähnt, welche die Verachtung des Landes verdient und erhalten haben.

Ich wiederhole die Frage: „Welche gute That ist von der demokratischen Partei seit den letzten fünfundzwanzig Jahren vollbracht oder angerathen worden? Ich sehe meinen Freund, den demokratischen Senator von Connecticut, welcher ein gutes Gedächtniß hat; wenn sich in diesem fünfundzwanzigjährigen Zeitraume irgend eine solche That vorfinden sollte, er würde nicht zögern, sie zu nennen.

Senator Eaton: Und ich werde sie nennen, bevor wir die Discussion geschlossen haben.

Senator Morton: Wenn ich zurück in die nächste Vergangenheit blicke, so finde ich unter den demokratischen Thaten das Sklavenfanggesetz von 1850; ich finde die Wiederaufhebung des heilig gehaltenen Missouri-Compromisses von 1854, einen öffentlichen Vertrauensbruch, welcher die Ursache zum Anfange des Kriegs war; ich erinnere mich ferner der

X-E 680
R4
#154

Political Literature

AND

LITERARY POLITICS

OF

1876 AND 1877.

LIBRARY OF CONGRESS
21606
APR 2 1877
SMITHSONIAN DEPOSIT.

RED BANK, N. J.

PRINTED AT THE NEW JERSEY STANDARD OFFICE.

1877.

X-E685
.R4

No. 52.

LIBRARY OF CONGRESS
CITY OF WASHINGTON

12 pp.

#155

Rede

des

Schatzamtssekretärs John Sherman,

gehalten in

Pike's Opera Haus, Cincinnati, Ohio,

am

Montag, den 30. August 1880.

Mitbürger!

Die demokratische Partei wünscht einen Wechsel in dem Executiv-Zweige der Ver. Staaten Regierung herbeizuführen und appellirt an das Amerikanische Volk, einen solchen Wechsel in diesem Herbst zu vollziehen. Die republikanische Partei erkennt das Recht jener Partei, diese Appellation zu machen, an und wird deshalb Alles, was sie zu sagen hat, geduldig und freundlich anhören. Kein Wort der Beleidigung, kein Act der Gewaltthätigkeit wird von irgend einem Republikaner in irgend einem Theile der Ver. Staaten geäußert und begangen werden, um die Demokraten an der Ausübung ihres Rechts, in ihrer eigenen Art und Weise ihre politischen Ueberzeugungen und Meinungen auf's Freieste zu besprechen. zu verhindern. Wir Republikaner bedauern blos, daß wir von diesem Vorrecht nicht ebenfalls Gebrauch machen können.

Der letzte große Wechsel in dem Executiv-Zweige der General-Regierung erfolgte in 1860 durch die Erwählung von Abraham Lincoln als Präsident der Ver. Staaten. Zu jener Zeit konnte die offene Befürwortung seiner Erwählung in dreizehn Staaten der Union, wo die Hauptstärke der demokratischen Partei lag, nicht mit Sicherheit für Leben und Glieder geschehen. Allein trotzdem führte das Volk der Ver. Staaten, von der Nothwendigkeit des Wechsels überzeugt, denselben herbei; und Wer in diesem weiten Lande fühlt jetzt nicht, daß es ein glücklicher Wechsel war? Und doch widersetzte sich die demokratische Partei jener Zeit diesem Wechsel. Sie bekämpfte denselben nicht allein während des Wahlkampfes, sondern der controllirende Theil jener Partei rebellirte dagegen mit Waffengewalt und versuchte die Regierung zu zerreißen und die Union zu zerstören.

Die demokratische Partei verlangte einen Wechsel in 1864, in welchem Jahre sie, mitten in einem Kriege, dessen Größe sogar jetzt noch nach so langer Zeit uns mit Staunen erfüllt, in einer National-Convention zusammentrat und beschloß, daß der Krieg ein Fehlschlag sei, und Frieden um jeden Preis verlangte. Das war zur Zeit, als Grant in der Wildniß und Sherman auf dem Marsche nach Atlanta war; da unser Papiergeld nur 40 Cents am Dollar galt und es schien, als ob die Vorsehung uns fast gänzlich verlassen hätte. Wenn damals ihr Verlangen nach einem Wechsel befriedigt worden wäre, so würden wir jetzt kein vereinigtes Land haben, worauf wir stolz sein, kein Land, das wir lieben könnten. Das Amerikanische Volk, obwohl es seine verlorenen Lieben beweint und an den Lasten des Krieges schwer zu tragen hatte, sagte, es soll kein Wechsel stattfinden, und es fand keiner statt, Abraham Lincoln wurde wiedergewählt.

Die demokratische Partei verlangte einen Wechsel in 1868. Sie war ermuthigt durch den Abfall Andrew Johnson's und durch viele Spaltungen in der republikanischen Partei. Die Rebellen hatten ihre Bürgerrechte wieder zurückerhalten und in verschiedenen südlichen Staaten bereits ein Schreckens-System in's Leben gerufen. Tweed herrschte in New-York mittelst seiner gigantischen Wahlbetrügereien, er plünderte die Stadt, befriedigte die Beutegier seiner Creaturen mit den Erträgnissen reicher Kontracte, gab zehntausende von gefälschten Naturalisations-Scheinen aus, „stopfte" die Stimmkästen und fälschte auf diese Weise das Votum des Empire-Staates. Und trotz alle dem entschied das Amerikanische Volk, daß kein Wechsel stattfinden sollte; daß die republikanische Partei, die das Land gerettet, auch fernerhin mit seiner Verwaltung betraut werden sollte—und Grant, der große Kriegsmeister, wurde als Präsident erwählt.

So verlangte die demokratische Partei auch in 1876 wieder einen Wechsel. Sie hatte schon vorher, gemäß dem Mississippi Plane, den "solid South" durch eine Schreckens- und Gewaltherrschaft organisirt. Sie lebte des süßen Wahnes, sie habe sich eine feste Stütze von 138 Elektoren aus den ehemaligen Rebellenstaaten gesichert und hatte mit großer Umsicht ihre Pläne so arrangirt, um sich eine genügende Anzahl weiterer Elektoralstimmen zu verschaffen, so daß ihr der Sieg nicht entgehen konnte. Tilden, der als Gouverneur von New-York bei den Geschäftsleuten dieses Staates beliebt geworden war, weil er Tweed hatte stürzen helfen und weil er corrupten

X-E685
.R4

#156

SPEECH

OF THE

HON. EDWARDS PIERREPONT,

DELIVERED BEFORE

THE REPUBLICAN MEETING,

AT THE

HALL OF COOPER INSTITUTE,

OCTOBER 6TH, 1880.

NEW YORK:
CORNWELL PRESS, BOOK AND JOB PRINTERS, AND LITHOGRAPHERS,
243, 245 & 247 Pearl and 18 & 20 Cliff Streets.

1880.

Campaign literature, 1880 — Republican

 X-E665 .R4 8pp. #157

Die Worte eines Staatsmannes.

Auszüge aus einigen der Reden des Achtbaren James A. Garfield.

Finanzen.

„Scheidung von Bank und Staat." — Keine Regierungs-Bank.

„Die Erfahrungen sämmtlicher Nationen belehren uns, und es ist die beinahe einstimmige Ansicht aller hervorragenden Staatsmänner und finanzieller Experten, daß keine Nation mit Sicherheit sich in das Unternehmen einlassen kann, ihr Volk mit von der Regierung ausgehendem Papiergeld zu versehen. Und wenn wir dieses Prinzip in unserem eigenen Lande anzuwenden gedenken, so erlaube ich mir, Sie zu fragen, meine Herren, ob Sie es für rathsam halten, irgend eine Partei, welche zufällig am Ruder sein mag, der großen Versuchung auszusetzen an Stelle der nöthigen Abgaben zu einer Ueber-Emission von Papiergeld zu greifen? In Zeiten politischer Aufregung, am Vorabend einer allgemeinen Wahl, würde, falls die Revenüen des Landes unzureichend wären und der Congreß sich vor der Nothwendigkeit neuer Steuerumlagen fände, die Versuchung das Defizit durch eine ungedeckte Emission von Papiergeld zu decken, zu groß sein. Das Geschäft im ganzen Lande, der Werth aller Contrakte, die Preise aller Waaren, die Arbeitslöhne, alle würden sie von einer Abstimmung im Congresse abhängen.

„Aber, angenommen selbst, daß der Congreß und die Administrative solchen politischen Versuchungen überlegen wären, so behaupte ich zweitens, daß keine menschliche Legislative weise genug ist, um zu bestimmen, wie viel Papiergeld die Bedürfnisse dieses Landes wirklich benöthigen. Stellen Sie die Probe heute in diesem Hause an. Lassen Sie jedes Mitglied desselben die Summe aufzeichnen, welche seines Erachtens der Geschäftsverkehr unseres Landes erfordert, und wer möchte bestreiten, daß diese Beträge um Millionen differiren werden?

„Und noch ein dritter Einwand, stärker noch als der letzte, ist: daß ein solches Papiergeld gar nicht die Macht besitzt, sich dem wirklichen Bedürfniß anzupassen. Nehmen wir einmal an, die Gesammt-Emission betrage fünfhundert Millionen, oder siebenhundert Millionen, oder irgend eine andere Summe; der Betrag möchte für das Frühjahr und den Sommer mehr als genügen, und dennoch dürfte er sich als ganz unzureichend erweisen, wenn im Herbst die große Menge landwirthschaftlicher Produkte auf den Markt kommt. Fixiren Sie den Notenumlauf auf welche Summe Sie wollen, er wird zu einer Zeit genügend sein, zu einer andern viel zu groß und zu einer dritten unzureichend. Kein Papiergeld kann den Bedürfnissen des Landes immer entsprechen, wenn es nicht direkt von dem Geschäftsbedürfniß abhängig gemacht wird, anstatt von der Laune, dem Unverstand, der politischen Selbstsucht der Partei, welche gerade am Ruder ist.

„Was regulirt denn gegenwärtig die Darleihen, den Disconto und den Credit unserer National-Banken? Der Umsatz des Landes. Der Betrag nimmt zu oder ab, oder er bleibt stationär, je nachdem der Markt fluctuirt oder stetig ist. Das ist eine natürliche Form von Disconto, auf die Geschäftsbedürfnisse des Landes basirt, und von ihren Veränderungen abhängig. Und kommt der glückliche Tag, daß der ganze Umlauf unseres Papiergeldes nach Belieben des Besitzers in Gold einlösbar ist, daß unsere Noten von Nationen gleich Hartgeld geachtet werden, dann wird wird auch das ganze Bankgeschäft, der ganzen Notenumlauf, der ganze Betrag von Crediten, sei es in der Form von Checks, Wechseln oder Noten durch dieselben allgemeinen Gesetze, durch das Geschäft des Landes regulirt werden. Das Geschäft des Landes gleicht dem Spiegel des Oceans, von welchem aus alle Höhen und Tiefen gemessen werden. Mögen auch Strömungen und Wogen die Oberfläche eine Zeitlang beunruhigen, mögen Stürme sie kräuseln und furchen, dennoch wird, trotz Windstille und Sturm, die große Nivellirung alle Wogen ebnen und ihre Maaßflächen nach allen Ufern erstrecken. So auch mit dem Geschäft des Landes, welches in dem durchschnittlichen Verlangen des Volkes nach Werthausgleichung die Ebbe und Fluth, das Steigen und Fallen der Handelsströmungen bezeichnet und so die Grundlienie abgibt, von welcher unsere sämmtlichen Finanzverfügungen gemessen werden müssen. Sie ist die einzige zuverläßige Norm zur Bestimmung des Betrages unseres Papiergeldes." — (Rede im Repräsentanten-Hause, „Papiergeld und Banken," 7. Januar 1870.)

X-E680
.R4
#158

A CHANGE

TO

DEMOCRATIC RULE.

What It Means.

HINTS AND FACTS FOR INDEPENDENT VOTERS.

"ANY THING FOR A CHANGE!" is an expression which would have been very little used in a Presidential contest, and by a people so intelligent as our own, had not three years of "hard times" driven so many to the verge of distraction, and greatly disturbed many more.

That a change of National Administration now would be far worse and more senseless than a change "from the frying-pan into the fire," is easily shown, but has not before been so compactly, vigorously, and ably put as is done in the following contribution to the more valuable literature of the campaign, written by Major J. M. BUNDY, editor of the New York *Evening Mail.* The author has adapted a series of articles written by him, for his own paper, to the exigencies of publication in pamphlet form, retaining, as marks of subdivision, the original headings of the editorials.

A BUSINESS VIEW OF THE SITUATION.

"Any thing for a change," is a thoughtless and foolish expression, not so much heard of late as it was. It was unworthy of any intelligent and conscientious citizen, although we have heard it, some months since, from the lips of men who, in their ordinary social and business relations, are both careful and conscientious. It expresses the impatience of men who do not give much time to politics, with the errors of administration that will always exist so long as human government is conducted by fallible and imperfect human beings; with odious officials, who are always to be found in every government; and with evils that are not due to any political crimes or blunders, but to causes that are operating nearly all the world over.

X-E 687
#159

No. 41.

SPEECH

OF

GEN. JAS. A. GARFIELD

DELIVERED TO

THE "BOYS IN BLUE."

New York, August 6, 1880.

COMRADES OF THE "BOYS IN BLUE" AND FELLOW-CITIZENS OF NEW YORK: I cannot look upon this great assemblage and these old veterans that have marched past ns, and listen to the words of welcome from our comrade who has just spoken, without remembering how great a thing it is to live in this Union and be a part of it. [Applause.] This is New York; and yonder, toward the Battery, more than a hundred years ago, a young student of Colnmbia College was arguing the ideas of the American Revolution and American union against the nn-American loyalty to monarchy, of his college president and professors. By and by, he went into the patriot army, was placed on the staff of Washington, [cheers,] to fight the battles of his country, [cheers,] and while in camp, before he was twenty-one years old, upon a drum-head he wrote a letter which contained every germ of the Constitution of the United States. [Applanse.] That student, soldier, statesman, and great leader of thonght, Alexander Hamilton, of New York, made this Repnblic glorious by his thinking, and left his lasting impress upon this the foremost State of the Union. [Applause.] And here on this island, the scene of his early triumphs, we gather to-night, soldiers of the new war, representing the same ideas of union, having added strength and glory to the monument reared by the heroes of the Revolntion.

Gentlemen, ideas ontlive men; ideas ontlive all earthly things. Yon who fought in the war for the Union fought for immortal ideas, and by their might you crowned the war with victory. [Great applause.] But victory was worth nothing except for the truths that were nnder it, in it, and above it. We meet to-night as comrades to stand guard around the sacred truths for which we fought. [Lond and prolonged cheers.] And while we have life to meet and grasp the hand of a comrade, we will stand by the great trnths of the war. ["Good," "good," and lond cheers.] Many convictions have sunk so deep into our hearts that we can never forget them. Think of the elevating spirit of the war itself. We gathered the boys from all onr farms and shops and stores and schools and homes, from all over the Republic. They went forth unknown to fame, bnt returned enrolled on the roster of immortal heroes. [Great applause.] They

X-E687
#160

SERVICE

IN MEMORY OF THE LATE

President of the United States,

September Twenty-sixth,

1881

Hymn.

NEARER, my God, to thee,
Nearer to thee,
E'en though it be a cross
That raiseth me;
Still all my song shall be,
Nearer, my God, to thee,
Nearer to thee.

Though like the wanderer,
The sun gone down,
Darkness be over me,
My rest a stone;
Yet in my dreams I'd be
Nearer, my God, to thee,
Nearer to thee.

There let my way appear
Steps unto heaven;
All that thou sendest me
In mercy given;
Angels to beckon me
Nearer, my God to thee,
Nearer to thee.

Then with my waking thoughts
Bright with thy praise,
Out of my stony griefs
Altars I'll raise;
So by my woes to be
Nearer, my God, to thee,
Nearer to thee.

X-E 687
#161

Garfield, James Abram
pres. U.S., 1831-1881.

TRANSFERRED FROM
DOCUMENT DIVISION
SEP 20 1912

LIBRARY OF CONGRESS
CITY OF WASHINGTON

X-E 687

#162

Garfield, James Abram, pres. U.S., 1831-1881.

No. 18. 8pp.

Die Worte eines Staatsmannes.

Auszüge aus einigen der Reden des Achtbaren James A. Garfield.

Finanzen.

„Scheidung von Bank und Staat." — Keine Regierungs-Bank.

„Die Erfahrungen sämmtlicher Nationen belehren uns, und es ist die beinahe einstimmige Ansicht aller hervorragenden Staatsmänner und finanzieller Experten, daß keine Nation mit Sicherheit sich in das Unternehmen einlassen kann, ihr Volk mit von der Regierung ausgehendem Papiergeld zu versehen. Und wenn wir dieses Prinzip in unserem eigenen Lande anzuwenden gedenken, so erlaube ich mir, Sie zu fragen, meine Herren, ob Sie es für rathsam halten, irgend eine Partei, welche zufällig am Ruder sein mag, der großen Versuchung auszusetzen an Stelle der nöthigen Abgaben zu einer Ueber-Emission von Papiergeld zu greifen? In Zeiten politischer Aufregung, am Vorabend einer allgemeinen Wahl, würde, falls die Revenüen des Landes unzureichend wären und der Congreß sich vor der Nothwendigkeit neuer Steuerumlagen fände, die Versuchung das Defizit durch eine ungedeckte Emission von Papiergeld zu decken, zu groß sein. Das Geschäft im ganzen Lande, der Werth aller Contrakte, die Preise aller Waaren, die Arbeitslöhne, alle würden sie von einer Abstimmung im Congresse abhängen.

„Aber, angenommen selbit, daß der Congreß und die Administrative solchen politischen Versuchungen überlegen wären, so behaupte ich zweitens, dnß keine menschliche Legislative weise genug ist, um zu bestimmen, wie viel Papiergeld die Bedürfnisse dieses Landes wirklich benöthigen. Stellen Sie die Probe heute in diesem Hause an. Lassen Sie jedes Mitglied desselben die Summe aufzeichnen, welche seines Erachtens der Geschäftsverkehr unseres Landes erfordert, und wer möchte bestreiten, daß diese Beträge um Millionen differiren werden?

„Und noch ein dritter Einwand, stärker noch als der letzte, ist: daß ein solches Papiergeld gar nicht die Macht besitzt sich dem wirklichen Bedürfniß anzupassen. Nehmen wir einmal an, die Gesammt-Emission betrage fünfhundert Millionen, oder siebenhundert Millionen, oder irgend eine andere Summe; der Betrag möchte für das Frühjahr und den Sommer mehr als genügen, und dennoch dürfte er sich als ganz unzureichend erweisen, wenn im Herbst die große Menge landwirthschaftlicher Produkte auf den Markt kommt.. Fixiren Sie den Notenumlauf auf welche Summe Sie wollen, er wird zu einer Zeit genügend sein, zu einer andern viel zu groß und zu einer dritten unzureichend. Kein Papiergeld kann den Bedürfnissen des Landes immer entsprechen, wenn es nicht direkt von dem Geschäftsbedürfniß abhängig gemacht wird, anstatt von der Laune, dem Unverstand, der politischen Selbstsucht der Partei, welche gerade am Ruder ist.

„Was regulirt denn gegenwärtig die Darleihen, den Disconto und den Credit unserer National-Banken? Der Umsatz des Landes. Der Betrag nimmt zu oder ab, oder er bleibt stationär, je nachdem der Markt fluctuirt oder stetig ist. Das ist eine natürliche Form von Disconto, auf die Geschäftsbedürfnisse des Landes basirt, und von ihren Veränderungen abhängig. Und kommt der glückliche Tag, daß der ganze Umlauf unseres Papiergeldes nach Belieben des Besitzers in Gold einlösbar ist, daß unsere Noten von Nationen gleich Hartgeld geachtet werden, dann wird wird auch das ganze Bankgeschäft der ganzen Notenumlauf, der ganze Betrag von Crediten, sei es in der Form von Checks, Wechseln oder Noten durch dieselben allgemeinen Gesetze, durch das Geschäft des Landes regulirt werden. Das Geschäft des Landes gleicht dem Spiegel des Oceans, von welchem aus alle Höhen und Tiefen gemessen werden. Mögen auch Strömungen und Wogen die Oberfläche eine Zeitlang beunruhigen, mögen Stürme sie kräuseln und furchen, dennoch wird, trotz Windstille und Sturm, die große Nivellirung alle Wogen ebnen und ihre Maaßflächen nach allen Ufern erstrecken. So auch mit dem Geschäft des Landes, welches in dem durchschnittlichen Verlangen des Volkes nach Werthausgleichung die Ebbe und Fluth, das Steigen und Fallen der Handelsströmungen bezeichnet und so die Grundlienie abgibt, von welcher unsere sämmtlichen Finanzverfügungen gemessen werden müssen. Sie ist die einzige zuverläßige Norm zur Bestimmung des Betrages unseres Papierzeldes." — (Rede im Repräsentanten-Hause, „Papiergeld und Banken," 7. Januar 1870,)

-Copy 2-

X-E695
.D4
#163

ADDRESS

—OF—

REV. H. W. BEECHER,

AT THE

MEETING OF INDEPENDENTS,

Brooklyn, Oct. 22, 1884.

"I confess, at the risk of the imputation of some immodesty, that my appearance here to-night to antagonize the organized action of the Republican party, is itself a fact of the most significant character. Before many of you were born I was rocking the cradle of the Republican party. [Applause.] I fought its early battles when it was in an apparently hopeless minority. I advocated its cause —speaking day and night, at the risk of my health and of my life itself—which I counted as nothing compared with the interests of my country [applause] when Fremont was our first notable candidate. When Mr. Lincoln [cheers] became our candidate I gave all I had of time, strength, influence, and persuasion, and when his election was ascertained and efforts were made to intimidate the North and to prevent his being chaired, I went up and down through this country stiffening the backs of willow-backed patriots. [Applause and laughter.] I faced mobs, I preached day and night in my own church to hold the North up to its own rights and interests. When the war broke out I sent to it the only boy I had big enough to hold a musket [applause], and it greatly grieved my oldest child, a daughter, that she was not a boy. [Laughter and applause.] And as the war

Please show your neighbor Mr. Blaine's portrait, drawn by himself, within.

X-E695
.D4 #164

No. 10. [$1 per 100.]

ISSUED BY THE NATIONAL COMMITTEE OF REPUBLICANS AND INDEPENDENTS,

No. 35 NASSAU STREET, NEW YORK.

GEO. WALTON GREEN, *Secretary*. GEO. WM. CURTIS, *President*.

AN APPEAL TO EARNEST CITIZENS.

NEW YORK, Oct. 16, 1884.

To Republican and Independent Citizens:

The National Committee of Republicans and Independents appointed at the New York Conference of July 22, 1884, appeal to all friends of clean politics and honest government for their active and full support from now until election day. Either James G. Blaine or Grover Cleveland must be the next President of the United States. It is within the power of the independent vote to say which.

The response to our efforts has been beyond our hopes. In Massachusetts, Connecticut, Rhode Island, New York, New Jersey, Pennsylvania, Ohio, Indiana, Illinois, Michigan, Iowa and Wisconsin, vigorous organizations of Republicans co-operate with us. Directly or through their committees, we have distributed a million of our own documents, and we desire to send out a million more before election day. Everywhere that we can reach honest voters who will read the actual facts as to the two candidates, our ranks grow and our work grows. New names reach us every day from almost every State. Great meetings have already been held in many places; Mr. Schurz has volunteered his services until the eve of election, and other speakers are co-operating with him; our opportunities outrun our capabilities of using them. The increasing correspondence of our central office taxes us to the utmost. We are fighting a vigorous, aggressive campaign in the interest of good government and true republicanism, to the utmost of the power put into our hands by the people.

The campaign looks well. Hard work by earnest men will make New York, Connecticut and New Jersey sure; Massachusetts, Indiana, Illinois, Michigan, Iowa and Wisconsin are already doubtful States. Even Ohio, never before considered doubtful in a presidential year, has required the personal solicitation of votes by Mr. Blaine, and the unstinted use of methods which have made him the most dangerous politician of our time, to save, for unobjectionable candidates, in a State election, on an increased vote, a part of the majority of 1880. The results in Ohio and in West Virginia confirm our belief that Governor Cleveland will win.

The record Mr. Blaine has made in his own letters and acts cannot be forgotten or excused or blotted out. He seeks to evade the real issue of political morality by insisting that the tariff is the presidential issue. Yet, Protectionists and Free Traders are alike in our ranks, willing to leave this question to the Congressional elections and to a President who will execute the will of the people by Congress expressed. He asks support in behalf of civil service reform. Yet, as Speaker, he did his best, by a hostile committee, to kill that reform, while his opponent, as Governor, has been its steadfast friend. He appeals also to distrust of the Democratic party, and despite his stab in the back at Folger in 1882, to loyalty to the Republican party. But veteran Republicans in our ranks hold that party is a means

 #165

Issued by the National Committee of Republicans and Independents,
No. 35 Nassau Street, New York.
Geo. Walton Green, *Secretary.* Geo. Wm. Curtis, *President.*

X-E695 .D4

ADDRESS OF HENRY WARD BEECHER

AT THE BROOKLYN RINK, OCTOBER 22, 1884.

I confess, at the risk of the imputation of some immodesty, that my appearance here to-night to antagonize the organized action of the Republican party, is itself a fact of the most significant character. Before many of you were born I was rocking the cradle of the Republican party. [Applause.] I fought its early battles when it was in an apparently hopeless minority. I advocated its cause—speaking day and night, at the risk of my health and of my life itself—which I counted as nothing compared with the interests of my country [applause] when Fremont was our first notable candidate. When Mr. Lincoln [cheers] became our candidate I gave all I had of time, strength, influence, and persuasion, and when his election was ascertained and efforts were made to intimidate the North and to prevent his being chaired, I went up and down through this country stiffening the backs of willow-backed patriots. [Applause and laughter.] I faced mobs, I preached day and night in my own church to hold the North up to its own rights and interests. When the war broke out I sent to it the only boy I had big enough to hold a musket [applause], and it greatly grieved my oldest child, a daughter, that she was not a boy. [Laughter and applause.] And as the war went on my contribution could not be much, but such as it was I gave it—I gave it as a mother gives her breast to her child. [Renewed applause.]

And when, seeking some rest from exhausting cares and labors, I went abroad, I did not suffer the grass to grow under my feet, but in the face of royalty and aristocracy and of great wealth in England I upheld the justice and the rectitude of the cause for which we were all striving. [Great applause.] And at every canvass from that day to this I have not held back health, strength or influence. Why, then, is it that I am now opposed to the organized movement of the Republican party? That is a significant question. For, gentlemen, I have never fed on official pap. [Laughter and applause.] I have never asked a favor for myself, nor could one be given me. I would not take a seat in the Senate of the United States, even if I could get it, and I fear that I am too good a man to get it. [Great laughter.] Pardon me some little vanity when I say that I regard the platform of Plymouth Church as unspeakably higher than the presidency of these United States—for me, not for others. [Renewed laughter and applause.]

I am now opposing the party whose cradle I rocked, because I do not mean to be a pall-bearer to carry the coffin of that party to the grave. [Applause.] Gentlemen, the Republican party is on its way to destruction, unless you turn the switch and run it on a side track. [Laughter.] And by all my love of my country—and it is next to my love of my God—by all my pride in the past—I feel bound to do whatever God will inspire me to do to stop the ruinous progress of the Republican party and to save it. [Applause.]

It behooves you, therefore, not to make mere amusement of the work of this evening. I speak to you as to a jury. The case before you is not that of some trembling culprit, or some wronged citizen seeking redress. It is your whole country that is before you to-night, whose cause I am to plead—to plead as if life or death hung on the issues. [Applause.] I am in dead earnest. It is very natural that men working through a political party should by and by come to look upon all events in the community in their relation to party welfare and party success. But I, who have had nothing to do with parties, except as moral instruments, naturally look upon their movements and purposes from the moral standpoint. What are they attempting to do for this great people? What does their success mean? How does it stand alongside the intelligence, the morality, the true religion of this people, alongside that patriotism which rests its feet on morality, but whose head stands in the

X-E695
.D4
#166

No. 7.

Issued by the National Committee of Republicans and Independents,
No. 35 Nassau Street, New York.
Geo. Walton Green, *Secretary*. Geo. Wm. Curtis, *President*.

BLAINE vs. CLEVELAND:

A LETTER FROM EDWARD EGGLESTON.

Lake George, 1st September, 1884.

Dear Sir—Since an expression of opinion is asked from me I do not feel that I ought to keep silence in a contest of such importance as the present Presidential canvass, thongh it would be hard to add anything fresh to the literature of the campaign at so late a date, and though a qniet man might well shrink from making himself a target for lightning by speaking at all in a campaign so hot as this one.

Since 1854 there has not been so great a disturbance of the political elements. Democrats dyed-in-the-grain can be found who show a friendly interest in the success of the Republican nominees, while some of the original founders and guides of Repnblicanism are promoting Cleveland's election with all the ardor and courage of their youth. An unnsnally large number of both parties are in donbt and I find some who propose to throw away votes on St. John or Butler, or to withhold them entirely.

Perhaps, if we analyze these currents and counter-currents of men going to and fro we may get some clue to the true and inward nature of the prevailing cyclone. The first thing that impresses the observer from a quiet and out-of-the-field point of view like miue, is that the voters who are driven from their places in the Republican ranks by Mr. Blaine's candidacy are, for the most part, men of a very high order. I do not find one of the pot-hunters of the party among them. They are leading business men, young men of high aims and aspirations, prominent lawyers, clergymen, college professors, journalists of first-rate ability, distinguished writers, and careful students of history and the science of government. Some of these deserters from the Republican party are the very ornament and crown of the intellectual life of the nation. So strongly are they repelled by Blaine and Logan that they find themselves compelled to break the party fealty of a life time to vote against them. Any thonghtful voter might feel a prejudice in favor of a cause embraced by men of such discrimination and disinterestedness; I certainly should not like to be classed with those demagogues who pelt some of the first men of our time with such epithets as "dude" and "pharisee"

X-E695
.D4
#167

ADDRESS OF

Rev. James Freeman Clarke,

AT

TREMONT TEMPLE,

OCTOBER 1, 1884.

X-E695
.D4
#168

Speech at a Meeting of the Independents of Quincy, Mass., 13 September, 1884.

BY WILLIAM EVERETT.

Fellow Citizens,— I understand that the question we have to consider to-night is not wholly simple. It is: first, ought any voter, especially a Republican, ever to abandon his party candidates and vote so as to contribute to their defeat; secondly, has the time come for Republicans to do this now; thirdly, whether, supposing a Republican feels justified in voting against Blaine and Logan, he may vote for Cleveland and Hendricks? Perhaps I am not the best man to argue this before you, for I never was a stalwart Republican. I never did swear by the grand old party: I have scratched and bolted its tickets again and again, and I am on principle an Independent. Independent is a general name for all who do not feel bound by allegiance to any party, or, if they are, feel the bonds may be for good reason shaken off. There may be Democratic as well as Republican independents. I believe there is an independent Democratic organization this year of men who say they have been lifelong members of the Democratic party, but who are dissatisfied with its candidates, and have determined to leave it and follow the lead of an eminent politician who certainly knows all about leaving parties. But we are here to-night chiefly as independents who have ranked as Republicans, who have voted the Republican ticket, with few exceptions, for years, and have rejoiced in the party success, but who assert the right and reason to leave that party now as our answer to the first question I stated, whatever answer we give to the other, where we are to go.

Fellow-citizens, I cannot understand how any Republican of mature age, at least any Quincy Republican, can deny the right or the profit of leaving an existing party and voting as the hour dictates. I can understand how a comparatively young man, a baby of twenty-five or a school-boy of thirty, who was not a voter till the war was long over, can think it impossible to vote any but the regular ticket. But how any Quincy voter as old as I am can think so I cannot see. It is not now far from a quarter of a century since you sent to Congress as the Republican candidate Hon. Charles Francis Adams. There are men living now — perhaps some of them are here to-night — who, when they voted for him in 1858, had been voters already for twenty-five years. Had they always voted the Republican ticket? Had they always voted the Free Soil ticket? They could tell you quite another story. They had been some Whigs, some Free Soilers, some

Why should labor be overtaxed and made to suffer—to increase the rate of interest? Why should capital be protected at all? As to the capital employed independently of the labor, it needs none of the fostering care of the government. The advantage of better educated, better paid, and therefore better labor, the nearness to the home markets, to say nothing of the cost of transportation and other necessary expenses, give to capital all the protection it needs—and in justice to the consumer, it is all it should have. With free raw materials to lessen the cost of his products the manufacturer will be enabled to increase his sales at home, and enter also foreign markets, from which, owing to the great cost of his goods, he has been hitherto shut out.

But say you, while your theory seems to be the only true and proper one, how do you propose to apply it in practice?

Let me again illustrate; and for example I prefer to take some of the most important industries of this State.

It is well known that the materials which compose our glass and pottery ware are inexpensive.

Sand and clay we have in abundance. On the other hand, the basis of our silk goods is very expensive. Raw silk we do not produce, neither is any duty imposed.

Suppose therefore a given quantity of glass or pottery ware, costing one hundred dollars to produce, represents in cost of materials, say five per cent., and in cost of labor ninety-five per cent. of the whole cost.

A given quantity of silk goods, costing one hundred dollars to produce, represents in cost of raw materials say 60 per cent. of the whole cost. (In the industries named I am informed my proportions are approximately correct.)

Desiring to protect the wages of labor engaged in all these industries and give labor steady employment would you accomplish it by imposing the same rates of duty on all these products? (The rate of duty at present is nearly the same.) Manifestly and clearly not. But you would accomplish your purpose fully by so adjusting the rates of duty in each case respectively, so that labor in each of these industries may be protected against foreign labor engaged in like enterprises and competing for the trade. No greater measure of duty than would be sufficient to protect the wage worker in silk, of necessity would close up the glass house and the pottery, or at least entail suffering upon those there employed; while the same measure of duty that would protect the wages of labor in the glass works or pottery would give the silk manufacturer a monopoly of the market for silks. This, then, is the evil of the present tariff, and it is an evil we seek to destroy.

We are told the lowest possible cost for which a ton of nails can be produced in this country is $40. To coin a phrase, let us ask what are the ingredients of cost? First, iron, coal and limestone (in the earth), in all valued at $2. Labor then steps in to utilize these elements, and the value of the labor, therefore, will be $38. The Democratic platform pledges to this labor full protection, but it don't propose, by levying high duties, to secure immense dividends to the capital employed in the mine or factory. To do this would be to tax unjustly every poor man in the country who buys a pound of nails.

Under the present tariff the duty foreign ore or coal, if brought here, must pay, is fifty cents and seventy-five cents respectively, and yet the poor miner here gets no more than this per ton for the whole labor of taking it from the ground.

Therefore, compared with the foreign competitor, it virtually costs the mine owner nothing to place his goods upon the market because of the increased value this protection gives. Yet you are commanded to work for starvation wages and vote for the Republican party, and you do both.

Then, again, take cotton goods.

We supply the world with raw cotton as well as manufacture it largely ourselves. In cost of material therefore our manufacturers have the advantage of cost of transportation over all others. The raw product is the principal factor of cost—machinery having supplanted manual labor, the cost of making common shirtings is very little. Yet a heavy duty is imposed, and the cotton combination so regulate production as to reap the full benefit of this protection. If owing to an overstocked market, reductions from the fixed rates becomes necessary, the goods are shipped abroad for a market, and it is a common thing to see American cotton goods competing with English goods in the London market, selling to consumers there much less than consumers here are obliged to pay for like goods. Every person in this country who wears a cotton garment pays this great tax for the benefit of the capital employed in the cotton factory.

It will thus be seen that the Democratic party has ever been the upholder of American labor, and God forbid that it ever should be otherwise. The future tariff that is near at hand, no matter what party administers the Government, will not be prohibitive. With a treasury surplus annually of one hundred millions, it is manifest to every thinking mind that taxation must be reduced. If the Democratic party succeeds, the reduction will be made in the interest of labor. If the Republican party succeeds, it will be made upon the side and in the interest of monopoly.

#169 λ-E695 DA

[Document No. 28.]

SENATOR McPHERSON

ON THE

INDUSTRIAL ISSUE.

FROM A SPEECH AT TRENTON, SEPT. 30th, 1884.

The Democratic Doctrine of a Tariff for Labor.

Republican Legislation

IN THE INTEREST OF

LARGE CAPITALISTS AND MONOPOLIES

CAUSES LOW WAGES.

THE ISSUE THE REPUBLICANS SEEK.

They tell us the tariff is the only issue.

We charge extravagance; they answer, you are a free trader. We charge fraud; they say you favor a tariff for revenue only. We charge corruption and jobbery, and prove all the charges by the mouths of their own witnesses. They cry British competition. Then, indeed, has political morality fallen so low it has got to be measured by dollars and cents. If this idea keeps pace with our national growth what will a seat in Congress be worth to an enterprising Republican statesman.

THE TARIFF.

As our Republican friends insist upon it that the tariff is the only issue we will meet them face to face. Upon this question the Democratic platform speaks with no uncertain sound and presents at once the only true solution of the tariff question.

Aside from the issue of purity in national administration, and I can imagine no evil so great as that of the election of a corrupt man to the Chief Magistracy of the nation, there is probably no question so important as that of the revenue.

The Republican doctrine, "Protection for Protection's Sake," with all that it implies is well understood. It means excessive taxation; it means a large surplus in the treasury, by which extensive jobs and schemes of plunder may be fostered; it means to create monopoly, the worst enemy of labor. Call it, rather, aggression, since that one producer may gain, fifty consumers are fleeced.

To the moder[illegible]ely well off it means loss of luxuries, and to the poorer it means loss of necessaries. It takes the property of this man for the purpose of giving gratis benefits to that man.

ment No. 25.]

SPEECH

OF

Hon. JOSEPH PULITZER,

AT THE

GREAT

GERMAN-AMERICAN Mass Meeting

IN THE

ACADEMY OF MUSIC,

NEW YORK,

September 29th, 1884.

X-E695
.D4
#7

REPUBLICAN DECAY.

Hon. P. P. Bishop's Address before the Young Men's Independent Democratic Club, Rochester, N. Y., Sept. 9, 1884.

A Forcible, a Logical, and an Unanswerable Argument.

GENTLEMEN: I shall address you from the standpoint of an ex-Republican. I am not in a position, therefore, to denounce the entire record of the Republican party or to glorify all the traditions of the Democratic party. In fact, such wholesale denunciations and glorifications do not seem to me to be very rational on the part of any man, whatever his affiliations may have been. Political parties are composed of human beings; and human beings, whether acting individually or in masses, sometimes make mistakes and are sometimes controlled by unworthy motives. Hence, if we care to guard the integrity of our understandings and crave a capacity to see things as they are, we shall not take upon ourselves the task of justifying everything that has been done by any party. On the other hand, human beings, as a rule, prefer the right to the wrong, and favor the promotion of the public welfare. Moreover, most Americans have arrived at such a grade of intelligence that they are aware of a personal interest in good government. It is to be assumed, therefore, that many things in the proceedings of every party are worthy of commendation. Again, we are to remember that, in this ever-changing world, a political party necessarily lacks the attribute of immutability. Its composition is undergoing incessant mutation. Every passing hour witnesses the departure of old members of it from the stage of action and the arrival of new members. The specific ends, on which thought and passion are concentrated for a time, are disposed of by accomplishment or abandonment, and cease to be objects of endeavor; and the reflex of those ends, often so mighty for good or ill on the spirit and moral tone of the party, ceases to be experienced. One by one, the great leaders who have fashioned the policy and determined the aims of the party, and given it inspiration, pass away or are set aside, and their places are occupied, it may be, by leaders with very different characteristics. It is plain that there is not necessarily any inconsistency in saying it was well for the country that a certain party become dominant, and would now be well for the country if the same party should cease to be dominant. Indeed, many of our most thoughtful citizens are saying that the long continued supremacy of any one party is fraught with great peril to our Republic. "It must needs be that offences come." Wherever human beings are handed together for a long period in the exercise of governmental power, abuses are as sure to spring up as night is to follow day, and human selfishness is sure to work unremittingly and potently for their perpetuation. The tendency of such abuses is to strike their roots deeper and deeper, to send out their filaments along all the lines of power, to form organic unions with each other and thus to become mutually conserving and growth-promoting. Let these processes go on long enough, and no cure is possible except a political revolution bringing into power an organization which is necessarily free, at the outset, from the abuses that can take root only in the sunshine of governmental authority. There is a special danger growing out of the proneness of men and of bodies of men to extremes. Parties, as well as individuals, often have tendencies which are wholesome and beneficient when kept within proper bounds, but are most pernicious when those bounds are exceeded. And, as a rule, the longer a party remains in power, the greater is the danger of its acquiring a momentum which will carry it entirely too far.

I ask your attention to another general truth. I lay down the proposition that, as a dominant party sinks in the moral scale and loses in fitness to govern the country, there is a tendency in the opposition to become better and better qualified for such government. The attitude of parties toward each other is one of mutual antagonism; and the effect of our contests on ourselves is governed by the nature of that which is antagonized. If we are impelled by party spirit to contend against that which is right, our moral tone is necessarily lowered. If we perversely persuade ourselves that measures which are really statesmanlike and patriotic, are deserving of condemnation, our understandings are debauched. On the other

X-E695
.D4
#172

REPUBLICAN DECAY.

Hon. P. P. Bishop's Address before the Young Men's Independent Democratic Club, Rochester, N. Y., Sept. 9, 1884.

A Forcible, a Logical, and an Unanswerable Argument.

GENTLEMEN: I shall address you from the standpoint of an ex-Repuhlican. I am not in a position, therefore, to denounce the entire record of the Republican party or to glorify all the traditions of the Democratic party. In fact, such wholesale denunciations and glorifications do not seem to me to be very rational on the part of any man, whatever his affiliations may have been. Political parties are composed of human heings; and human beings, whether acting individnally or in masses, sometimes make mistakes and are sometimes controlled hy unworthy motives. Hence, if we care to guard the integrity of onr nnderstandings and crave a capacity to see things as they are, we shall not take upon onrselves the task of justifying everything that has heen done hy any party. On the other hand, human heings, as a rule, prefer the right to the wrong, and favor the promotion of the public welfare. Moreover, most Americans have arrived at such a grade of intelligence that they are aware of a personal interest in good government. It is to be assumed, therefore, that many things in the proceedings of every party are worthy of commendation. Again, we are to rememher that, in this ever-changing world, a political party necessarily lacks the attribute of immutahility. Its composition is nndergoing incessant mntation. Every passing hour witnesses the departure of old members of it from the stage of action and the arrival of new memhers. The specific ends, on which thought and passion are concentrated for a time, are disposed of hy accomplishment or ahandonment, and cease to he ohjects of endeavor; and the reflex of those ends, often so mighty for good or ill on the spirit and moral tone of the party, ceases to he experienced. One hy one, the great leaders who have fashioned the policy and determined the aims of the party, and given it inspiration, pass away or are set aside, and their places are occupied, it may be, hy leaders with very different characteristics. It is plain that there is not necessarily any inconsistency in saying it was well for the country that a certain party become dominant, and would now he well for the country if the same party should cease to be dominant. Indeed, many of our most thonghtful citizens are saying that the long continned supremacy of any one party is franght with great peril to onr Repnblic. "It mnst needs be that offences come." Wherever hnman heings are banded together for a long period in the exercise of governmental power, abuses are as sure to spring np as night is to follow day, and human selfishness is sure to work unremittingly and potently for their perpetuation. The tendency of such abuses is to strike their roots deeper and deeper, to send out their filaments along all the lines of power, to form organic unions with each other and thus to hecome mutually conserving and growth-promoting. Let these processes go on long enongh, and no cure is possihle except a political revolution bringing into power an organization which is necessarily free, at the outset, from the abuses that can take root only in the sunshine of governmental authority. There is a special danger growing ont of the proneness of men and of bodies of men to extremes. Parties, as well as individuals, often have tendencies which are wholesome and beneficient when kept within proper bounds, hnt are most pernicious when those honnds are exceeded. And, as a rule, the longer a party remains in power, the greater is the danger of its acquiring a momentum which will carry it entirely too far.

I ask your attention to another general truth. I lay dow[illegible] proposition that, as a dominant party sinks [illegible] moral scale and loses in fitness to govern the country, there is a tendency in the opposition to become better and better qualified for such government. The attitude of parties toward each other is one of mutual antagonism; and the effect of our contests on ourselves is governed by the nature of that which is antagonized. If we are impelled by party spirit to contend against that which is right, our moral tone is necessarily lowered. If we perversely persuade ourselves that measures which are really statesmanlike and patriotic, are deserving of condemnation, our nnderstandings are debauched. On the other

copy

X-E695
.D4 #173

No. 9.

ISSUED BY THE NATIONAL COMMITTEE OF REPUBLICANS AND INDEPENDENTS.

No. 35 NASSAU STREET, NEW YORK.

GEO. WALTER GREEN, *Secretary*. GEO. WM. CURTIS, *President*.

WHY NOT BLAINE, BUT CLEVELAND.

ADDRESS OF REV. JAMES FREEMAN CLARKE, AT MUSIC HALL, BOSTON.

FRIENDS—We meet here as Republicans, and as Independent Republicans. Once, to be a Republican meant to be independent; it meant to follow principle rather than party, and to refuse our votes to any man whom we deemed unfit for an office, no matter how popular he might be or what influences he might combine in his support. But now, unfortunately, men may be Republicans and not then independent, and therefore we must add this qualifying term in order to define our position. We mean, then, to say that we belong to that class of Republicans who, in 1876, in 1880 and in this very year, 1884, opposed the nomination of Mr. Blaine, throwing the vote and influence of Massachusetts against him in three national conventions. Returning from the convention which met in Cincinnati in 1876, I heard some delegates from Pennsylvania who had voted for Mr. Blaine complaining that the moral influence of Massachusetts had that time prevented his nomination. "For," said they, "when the convention saw the Massachusetts delegation passing by an eminent citizen of a neighboring State in New England and voting for Mr. Bristow of Kentucky, they said: 'There must be something morally wrong about Mr. Blaine.'" And I recollect that, in our State convention at Worcester, in 1880, Mr. Boutwell, who now is an ardent advocate of Mr. Blaine's election, was so sure of the repugnance felt to him by Massachusetts, that his strongest argument to induce us to favor the renomination of Gen. Grant was this—that if Grant did not receive the nomination it would certainly be captured by Blaine. And Blaine himself felt so deeply this opposition that he uttered some bitter words in the Senate against the character and history of Massachusetts—so bitter that our Senator, Mr. Hoar, felt called on to reply with considerable severity.

We also stand where the Republicans of Massachusetts stood in the convention at Worcester, when Gen. Butler—then seeking a Republican nomination—moved that a delegate had no right to sit in that convention who had said that if Butler were nominated he would not vote for him. Massachusetts Republicans then decided that they and their delegates were just as free after the convention as they were before, and always had a right to bolt a bad nomination. Indeed, these arguments were so stringent that they seem even to have convinced and convicted Butler himself to our view, for now, having been a delegate to the Democratic convention at Chicago, he has bolted its nomination, and is running on his own ticket. Finally, we stand where the Republicans of Massachusetts stood in 1875, when they passed the following resolution, reported by H. L. Dawes, our Massachusetts Senator. It is in the platform of the Republican State convention of 1875, of which H. L. Dawes was chairman of the Committee on Resolutions:—

> It is therefore declared by the Republicans of Massachusetts that they will support no man for official position whose character is not an absolute guarantee of fidelity to every public trust; and they invoke the condemnation of the ballot-box upon any candidate for office who fails of this test, whatever be his party, name or association.

Where the Republicans of Massachusetts stood in 1876, in 1880, and in the present year, we stand to-day. We cannot see why a man who was opposed by Massachusetts as unfit to be a candidate for the presidency then should be regarded as fit to be elected to the presidency now.

What, then, are our objections to Mr. Blaine? They fall into two classes—his course in Congress, which showed that he did not understand the duties of a legislator, and his course since, in Garfield's cabinet, which proved him unfit for the duties of an executive office. I have been accused of having a personal hostility, or pique, against Mr. Blaine. Far

X-E 695
.D4 #174

No. 4.

ISSUED BY THE NATIONAL COMMITTEE OF REPUBLICANS AND INDEPENDENTS.
No. 35 NASSAU STREET, NEW YORK.
GEO. WALTON GREEN, *Secretary.* GEO. WM. CURTIS, *President.*

THE "BROOKLYN YOUNG REPUBLICAN CLUB" REPORT.

HEADQUARTERS BROOKLYN YOUNG REPUBLICAN CLUB,
201 MONTAGUE STREET.

NOTE.—The following statement pertains only to the L. R. & F. S. R. R. matters, and contains, *first*, the undisputed facts found in Mr. Blaine's own statements and in the official records, and, *second*, so much of Mr. Blaine's speech of June 5th, 1876, as concerns the contents of his letters then produced. Disputed facts and circumstantial evidence on this and all other matters and charges have been carefully excluded.

STATEMENT CONCERNING THE LITTLE ROCK AND FORT SMITH R. R. TRANSACTIONS,

ARRANGED CHRONOLOGICALLY.

AUTHORITIES.

Mr. Blaine's speeches and letters, The "Congressional Globe" and "Record," "Evidence taken before the Judiciary Committee of the House of Representatives," 44th Con., 1st Session, Mis. Doc. 176, Part 1.

(NOTE.—*This evidence also appears in full in N. Y. daily papers of June 1st to 7th,* 1876.)

EVIDENCE.

A charter had been granted for a R. R. from Little Rock to Fort Smith in 1853, which had lapsed.

July 28th, 1866, the charter was renewed with some additions.

(*See appendix to "Congressional Globe," 39th Cong., 1st Sess., page 422, "Laws of the U. S., Chap. CCC," for full text of this act.*)

In 1869, this charter was in danger of lapsing, as the first twenty miles, called for to be built within three years from date of act, were not completed.

April 8th, 1869.—

A bill (which became law—*for full text see Appendix A*) was before the House of Representatives; Speaker Blaine in the Chair.

The "Congressional Globe" (*41st Cong., 1st Sess., page* 702) shows that Mr. Julian offered an amendment to the bill granting certain privileges to the Memphis, El Paso and Pacific R. R., whereupon Mr. Logan said:

"I rise to a question of order, that this amendment is not germane to the pending bill. The bill is to revive a certain land grant and to extend the time, while the amendment is another charter for a Pacific Railroad, authorizing the building of bridges, granting the right of way, and everything else of the sort. I have been in favor of the pending Arkansas bill, but I do not wish it to be made to carry this Pacific Railroad bill. I do not think the amendment is in order."

E 695.D X-E695 .D4 #175

TO WORKINGMEN: FACTS.

In 1880, the Republicans told you that "Republican success means plenty of work, with good wages."

This is 1884. We have had four years more of Republican rule and taxation. They are playing the same card again.

What are the Facts? Wages have Fallen.

A Republican speaker at a workingmen's meeting in Ohio, said: "Vote for the Republican ticket and increase your wages!" A workingman cried out: "You've already increased them from $1.20 down to 90 cents." "That's so," cried the crowd—and the orator sat down.

Of 450 iron furnaces 280 are out of blast; of 11,000,000 cotton spindles, 5,000,000 are idle; woolen mills are stopped or on half time; other industries are dead.

Is this "plenty of work?" No work, no wages.

Iron-workers are again being cut down 10 to 20 per cent.; cotton-spinners get under 80 cents a day; many Pennsylvania mine-laborers 50 cents. In Massachusetts, average wages from '73 to '83, fell 5 per cent., though they increased in England 10 per cent. in the same time.* The only United States' law affecting wages throughout the country passed since 1880 is the Republican Tariff Commission law.

"The proof of the pudding is in the eating."

Are you going to be fools enough to trust to the promises of the Republicans again? They told you that if you beat Hancock, wages would go up. *Have they?* If you beat Cleveland now, the same thing will go on, until labor gets next to nothing and capital everything.

* Report of Mass. Bureau of Labor Statistics.

[OVER]

X-E695
.D4

TO WORKINGMEN: FACTS.

#176

In 1880, the Republicans told you that "Republican success means plenty ... work, with good wages."

This is 18... We have had four years more of Republican rule and tax... They are playing the same card again.

...hat are the Facts? Wages have Fallen.

...ublican speaker at a workingmen's meeting in Ohio, ... Vote for the Republican ticket and increase your ... A workingman cried out: "You've already in... them from $1.20 down to 90 cents." "That's so," ...e crowd—and the orator sat down.

...50 iron furnaces 280 are out of blast; of 11,000,000 spindles, 5,000,000 are idle; woolen mills are stopped or ...f time; other industries are dead.

... this "plenty of work?" No work, no wages.

...ron-workers are again being cut down 10 to 20 per cent.; cotton-spinners get under 80 cents a day; many Pennsylvania mine-laborers 50 cents. In Massachusetts, average wages from '72 to '83, fell 5 per cent., though they increased in England 10 per cent. in the same time.* The only United States' law affecting wages throughout the country passed since 1880 is the Republican Tariff Commission law.

"The proof of the pudding is in the eating."

Are you going to be fools enough to trust to the promises of the Republicans again? They told you that if you beat Hancock, wages would go up. *Have they?* If you beat Cleveland now, the same thing will go on, until labor gets next to nothing and capital everything.

---

* Report of Mass. Bureau of Labor Statistics.

[OVER]

FRAUDS IN TREASURY BOOK-KEEPING.

Discrepancies in Finance Reports amounting to $247,000,000.

Erasures and Alterations in Treasury Ledgers to the number of 2,500.

The above statements are all from Official Reports and the Records of Courts. They do not include many gross frauds known to all, such as the Boss Shepherd Frauds, the Dick Harrington Safe Burglary, the Robeson Naval Frauds, the Sanborn Contracts, the Pension Bureau Frauds, the Black Friday rascality, the buying of Indiana in 1880, the glorification of Dorsey as "soap" manipulator, the Forgery by which Folger was nominated, the Howgate Frauds, the Keifer business, the Burnside Robbery, the Swaim Swindles, and the Frauds in the Medical Bureau of the Navy Department. The Republican Party has continued, down to 1884, the same career of Reckless Extravagance and Robbery that has characterized it since its accession to power.

Open the Books!
Turn the Rascals Out!

The only way to purify the Government and show to the people the truth about their public servants is to Elect

CLEVELAND AND HENDRICKS,

and place the National Administration in honest and economical hands.

:695 DA

#177

CONSPICUOUS ACHIEVEMENTS OF THE REPUBLICAN PARTY.

THE WHISKEY RING FRAUDS.

$150,000,000 per year stolen by the Whiskey Thieves under the $2.00 Tax, and the swindles have continued ever since by connivance of Republican Internal Revenue Officers.

(OVER.)

Copy 2

9-E1815 D4
#178

DO NOT BURN THIS !

Democratic Mass Meeting

Under the auspices of the

CLEVELAND and HENDRICKS CLUB

of Stonington, Conn., will be held at the

BOROUGH HALL,

FRIDAY EVENING, OCTOBER 17

AT 8 O'CLOCK.

Hon. W. H. H. RUSSELL

of New York,

MR. F. DANA REED

of New London and others will address the meeting.

The visiting Cleveland and Hendricks Clubs and all those interested in the success of our candidates will meet at the Democratic Headquarters, in Odd Fellows' Hall, at 7 o'clock.

☞The ladies are especially invited to attend.

Music by the Stonington Band.

New London Telegram Print., Green Street near State.

MR. BLAINE AND THE HOCKING VALLEY MINES.

(Editorial comments of the N. Y. Evening Post.)

Some weeks ago we adverted to the fact that, although Mr. Blaine had denied utterly that he ever had any interest in the Hocking Valley mines or in any ot r mines or lands in the State of Ohio, yet a statement had been published in the New Y *Tribune* at the time when the Hocking Valley interests were united, showing that Mr. ine was one of the parties interested in the consolidated company. We remarked that i as not in any sense discreditable to Mr. Blaine to be one of the owners of the Hockl alley concern unless, being an owner, he had denied such ownership when the troubl with the miners seemed likely to cost him some votes in the State of Ohio.

We publish in another place indisputable proof that Mr. Blaine sub d and paid $25,000 for one share in the Hope Furnace Tract, situated in Vinton and A ns Counties, Ohio, on the 15th December, 1880; that he received through Steve Elkins as late as May 25, 1882, $50,000 of the bonds of the Standard Coal and Iron Company, and in short that his letter to H. S. Bundy denying such ownership was another glaring falsehood to be added to the already formidable list which stands against him. We reproduce the evidence in parallel columns.

THE FALSEHOOD.

BAR HARBOR, ME., July 22, 1884.

HON. H. S. BUNDY:

In answer to your recent favor, I beg to say that I am not and never have been the owner of any coal lands or iron lands or lands of any character whatever in the Hocking Valley, or in any part of Ohio, nor have I at any time owned a share of stock in any coal, iron, or land company in the State of Ohio.

* * * * * * * *

J. G. BLAINE.

THE PROOF.

SENATE CHAMBER, WASHINGTON, Dec. 30, [13th] 1880.

Dear Sir: Find enclosed my draft for $25,000 in payment of my subscription to the Hope Furnace enterprise. Touching the interest, I have to ask that whatever it may amount to you will permit its payment to be postponed until some matters between Mr. Lee and myself are definitely adjusted.

Very resp'y,

J. G. BLAINE.

Mr. Denison.

BOSTON, Dec. 15, 1880.

Received of James G. Blaine $25,187.50, being payment in full for one share in the association formed for the purchase of lands known as the Hope Furnace Tract, situated in Vinton and Athens Counties, Ohio. This receipt to be exchanged for a certificate when prepared.

J. N. DENISON, Agent.

NEW YORK, May 25, 1882.

Received of J. Henry Brooks $50,000 of the first mortgage bonds of the Standard Coal and Iron Company on account of James G. Blaine, numbered from 351 to 400 inclusive.

S. B. ELKINS.

Mr. Blaine's letter to Mr. Bundy, which is reprinted in full elsewhere, goes on to say that about five years ago he loaned $12,500 to the Standard Oil Company, taking the bonds of the company as collateral, and that anybody could have the obligation and the security by paying the debt. It was regarded by the public as a strange thing that the Standard Oil Company should be borrowing money by an issue of bonds, but no explanation of this mystery was furnished. The explanation which now occurs to us is that Mr. Blaine wrote Standard Oil Co., when he meant the Standard Coal and Iron Co., but here we are confronted by the fact that he says the loan was made five years ago, whereas the bonds of the Standard Coal and Iron Co. were delivered to him only two years ago.

This, however, is only a side issue. The fact that he was one of the owners of the Hope Furnace enterprise in the State of Ohio, and that he denied his ownership in terms so broad as to exclude every kind of interest, past or present, in coal, iron, or lands in that State, is perfectly clear. It seems from this and from what has gone before as though Mr. Blaine could not tell the truth about anything. His falsehoods are as reckless as they are unprincipled. He was aware that his interest in the Hope Furnace Tract was known to others. He took the risk that they would keep the secret till after election. We suppose he will now say that his letter to Bundy was "consistent with the most scrupulous integrity and honor."

[Document No. 22.]

HOCKING VALLEY.

#179

Anoth r Blaine Falsehood Exposed.

Mr. B ine Subscribes and Pays $25,000 and then Denies it.

The Letters, Telegrams, Receipts and Certificates.

TO THE EDITOR OF THE EVENING POST:

SIR: My attention has recently been called to a statement said to have been made by the Hon. James G. Blaine, which substantially gave the public to understand that he never at any time had any interest in the Hocking Valley coal and iron region of Ohio.

The following was obtained by me from the Springfield *Republican* of September 20, 1884:

"MR. BLAINE AND COAL MINES.

"The *Republican* is indebted to the Utica *Herald* for reprinting and calling to our attention the following letter from the Republican candidate for President in regard to his coal interests, and which we reproduce with pleasure. It will be observed that Mr. Blaine's denial covers the ownership of coal-mining stocks in Ohio as well as of mines.

"'BAR HARBOR, ME., July 22, 1884.

"'*Hon. H. S. Bundy:*

"In answer to your recent favor I beg to say that I am not and never have been the owner of any coal lands or iron lands, or lands of any character whatever in the Hocking Valley, or in any part of Ohio. Nor have I at any time owned a share of stock in any coal, iron, or land company in the State of Ohio. Five years ago I loaned $12,500 to a member of the Standard Oil Company, and took the bonds of the company as collateral. I shall be happy to transfer the bonds to any gentleman who is ambitious to pay the debt. I am interested in coal lands in Pennsylvania and West Virginia, but there has never been the slightest trouble with laboring men in any enterprise with which I have been connected. This I believe covers all the points of your inquiry.

Very sincerely,

"'JAMES G. BLAINE.'"

You will observe from a thorough examination of this letter that if it was intended to mean anything at all, it was especially forcible in its effort to convey to the public the impression that the writer was never in any sense, form, or manner, directly or indirectly, at any time interested in the Hocking Valley coal and iron region of the State of Ohio.

I would state in this connection that in the Autumn of 1880 articles of association were formed under the title of the "Proprietors of the Hope Furnace Tract," and dated November 20, 1880, to which the subscribers became parties thereto, and Mr. J. N. Denison was financial agent of the Association, and I was the trustee in respect to the title of the lands purchased. The object of said Association was to purchase of Mr. Wm. D. Lee, of Newark, Ohio, an undivided two-thirds interest in a tract of land consisting of 10,810 acres, rich in timber, coal, and iron ore. This land was situated in Vinton and Athens Counties, Ohio, and the purchase was made as of the first of November, 1880.

These articles of association also provided that this property should be represented by thirty-three blocks, each of the value of $25,000, eleven of which blocks represented Mr. Lee's undivided third. During the latter part of November, Mr. Lee informed me that he was acquainted with Mr. Blaine, and that he would like to have him interested, and through Mr. Lee's solicitation the Hon. James G. Blaine signed said articles of association, subscribing for one block in the Association.

On the 7th of December, 1880, Mr. J. N. Denison, of this city, wrote Mr. Blaine as follows:

"BOSTON, Dec. 7, 1880.

"*Hon. J. G. Blaine.*

"DEAR SIR: I learn from Mr. Lee that you stand ready to pay your subscription of one share in the Hope Furnace land property.

"If so, I should be glad to receive it, with interest from November 1st, in conformity to the terms of the subscription. Yours truly,

"(Signed) J. N. DENISON,

"36 Sears Building."

beg you to understand that I thoroughly appreciate the courtesy with which you have . me in this railroad matter, but your conduct toward me in business matters has always marked by unbounded liberality in past years, and of course I have naturally come to the sion to expect the same of you now. You urge me to make as much as I fairly can out of rangement into which we have entered. It is natural that I should do my utmost to this end."

It is idle to claim, in the face of these documents, that Mr. Blaine bought his ds at market prices, like everybody else. He got them as a commission, or a gra-y; he got them as a favor from Fisher; and Fisher sold through him to different ties at different rates.

We can see no escape from the conclusion that his statements in that speech of pril 26, 1876 were false. Can you?

Before making that speech, he tried to seal Fisher's mouth forever, by writing a itewashing letter to himself for him to sign for publication, as follows:

e Hon. James G. Blaine, Washington, D. C. "BOSTON, April —, 1876.

DEAR SIR: I observe that certain newspapers are making or rather insinuating the absurd arge that you own or had owned $150,000 of Little Rock and Fort Smith Railroad bonds, and at you had in some way obtained them as a gratuity.

The enterprise of building the Little Rock and Fort Smith Railroad was undertaken in 1869 by a company of Boston gentlemen, of whom I was myself one. The bonds of the road were put upon the market in this city on what was deemed very advantageous terms to the purchaser. They were sold largely through myself. You became the purchaser of about $30,000 of the bonds on precisely the same terms that every other buyer received, paying for them in install- running over a considerable period, just as others did. The transaction was perfectly d there was no more secrecy in regard to it than if you had been buying flour or sugar. sure you never owned a bond of the road that you did not pay for at the market rate. Indeed I am sure that no one received bonds on any other terms.

When the road got into financial difficulties and loss fell upon you, you still retained your bonds, and you held them clear through to the reorganization of the company in 1874, exchanging them for stock and bonds of the new company.

You acquired also some demands against the new company by reason of your having joined with others in raising some money when the company was in pressing need. For the recovery of that money proceedings are now pending in the United States Circuit Court in Arkansas, to which you are openly a party of record. Concealment of the investment and everything connected with it would have been very easy had concealment been desirable; but your action in the whole matter was as open and as fair as the day. When the original enterprise failed, I knew with what severity the pecuniary loss fell upon you, and with what integrity and nerve you met it. Years having since elapsed, it seems rather hard at this late day to be compelled to meet a slander in a matter where your conduct was in the highest degree honorable and straightforward.

You may use this letter in any way that will be of service to you. Very sincerely yours,

W. F., JR.

The above was written and sent by Mr. Blaine to Fisher enclosed in the following remarkable letter:

"[Confidential.]

WASH'TN, D. C., 16th April, 1876.

MY DEAR MR. FISHER: You can do me a very great favor, and I know it will give you pleasure to do so—just as I would do for you under similar circumstances. Certain persons and papers are trying to throw mud at me to injure my candidacy before the Cincinnati Convention, and you may observe they are trying it in connection with the Little Rock and Forth Smith matter.

I want you to send me a letter such as the enclosed draft. You will receive this to-morrow (Monday) evening, and it will be a favor I shall never forget if you will at once write me the letter and mail the same evening.

The letter is strictly true, is honorable to you and to me, and will stop the mouths of slanderers at once.

Regard this letter as strictly confidential. Do not show it to any one. The draft is in the hands of my clerk, who is as trustworthy as any man can be. If you can't get the letter written in season for the 9 o'clock mail to New York, please be sure to mail it during the night so that it will start first mail Tuesday morning, *but if possible, I pray you to get it in the 9 o'clock mail Monday evening.* Kinds regards to Mrs. Fisher. Sincerely, J. G. B.

[Burn this letter.]

[Endorsed on the back.]

Not knowing your exact address I send this to the Parker House in order that it may [not] be subjected to any danger in the hands of a carrier. J. G. B."

Mr. Fisher declined to sign this string of lies, and unluckily for Mr. Blaine kept the latter's letter instead of burning it.

The limits of this tract compel us to stop here. Other proofs of misrepresentation in other cases might be mentioned; but it seems needless. *False in one thing, false in all*, is an old maxim. If a member of the House of Representatives, and long its Speaker, can once bring himself deliberately to say upon the floor what he knew was false, in order to shield himself from deserved reproach, he is no longer to be trusted by his fellow-men. His character is lost; or, rather, it is found out. He has betrayed the confidence of his friends; he has lowered the good name of American government; he has dishonored the second of its great offices; shall he be advanced to its first?

State Headquarters Independent Republicans,
No. 781 CHAPEL ST., NEW HAVEN, CONN.

FACTS FOR THE PEOPLE.—No. 2.

MR. BLAINE'S MORAL CHARACTER.

MANY of the Republicans, who have determined not to vote for Mr. Blaine, distrust his judgment, and can see little or nothing that has been achieved for the public service in his long career. Many did not like his indorsement of the scheme of perpetually raising by taxation every year, a hundred millions more than is needed by the treasury, and then distributing this surplus among the States. They did not like his reckless mismanagement as Secretary of State, in pushing the Shipherd claim, without inquiring into its merits, and in almost involving us in war with a South American republic. They look upon him as a showy, self-sufficient and self-seeking man.

But few of them would have been led by any or all of these objections to refuse to vote for him, when once nominated by the Republican convention. A man ought to have strong cause for breaking with his party, in the matter of so great an office as the Presidency. We have broken with it, becase we believed we had strong cause;—because we believed it to be our duty, as honest men and good citizens. We propose to be true to this freeman's oath, which we took when made Connecticut electors:

"And whenever you shall be called to give your vote or suffrage touching any matter that concerns this State or the United States, you will give it as you shall judge will conduce to the best good of the same, without respect of persons, or favor of any man; so help you God."

We believe that the moral character of Mr. Blaine is bad, and no respect of persons or favor to our party will make us vote to put such a man in the chair of Washington.

We do not refer to the charges against his chastity as a young man. If he was, as he says, secretly married at that time, the charge is disproved; and if he was not, he did all in his power afterwards to repair the fault.

We refer to the moral stains on his official record; to his attempts to make gain of public office, and then conceal it from discovery; to his double-facedness, his prevarications,—in plain English—to his lies.

It was rumored, early in 1876, that he, while Speaker of the House, had got some bonds of the Little Rock and Fort Smith railroad, without paying anything for them. It was an Arkansas railroad, and the value of its bonds depended largely on a land-grant which Congress had made to Arkansas to use in aiding in railroad construction, and Arkansas had turned over to this particular road. Two men, Fisher and Caldwell, controlled the project. On April 24, 1876, Mr. Blaine met this charge in a speech delivered in the House of Representatives. Among other things he said:

"In common with hundreds of other people in New England and other parts of the country, I bought some of these bonds—not a very large amount—*paying for them at precisely the same rate that others paid.* I never heard and do not believe that the Little Rock Company, which I know is controlled by highly honorable men, *ever parted with a bond to any person except at the regular price fixed for their sale.* The enterprise, though apparently very promising, proved unsuccessful, as so many similar projects did about the same time. I lost a considerable sum of money (over $20,000) by my investment, and I presume New England made a net loss of $2,000,000 in completing that road for Arkansas, as she has lost over one hundred millions by similar ventures west and south within the last twelve years. In addition to my investment in the bonds, I united with others in raising some money for the company when it met its first financial troubles. Proceedings are now pending in the United States Circuit Court in Arkansas to which I am a party of record, for the reimbursement of the money so advanced. All the bonds which I ever purchased I continued to hold; and when the company was reorganized in 1874, I exchanged them for stocks and bonds in the new concern, which I still own. My whole connection with the road has been open as the day. If there had been anything to conceal about it, I should never have touched it. Wherever concealment is desirable, avoidance is advisable, and I do not know any better test to apply to the honor and fairness of a business transaction."

He summed up the matter by this declaration:

"Third, that instead of receiving bonds of the Little Rock and Fort Smith Road as a gratuity, I *never had one except at the regular market price.*"

Notwithstanding these denials, a Congressional investigation followed, and at the hearing it was fully established that he had acted as a sort of broker in selling the bonds and stock of this railroad, under contracts with its owners by which he was to get, and did get, a large amount of bonds and cash for his pains.

X-E695
.D4

#181

HISTORY OF THE

EIGHT HOUR LAW.

A DEMOCRATIC MEASURE

PASSED BY DEMOCRATS,

Championed by Hendricks

AND NULLIFIED BY

REPUBLICAN ADMINISTRATIONS.

"We believe that labor is best rewarded where it is freest and most enlightened. It should therefore be fostered and cherished. We favor the repeal of all laws restricting the free action of labor, and advocate the enactment of laws by which labor organizations may be incorporated, and of all such legislation as will tend to enlighten the people as to the true relations of capital and labor." —(*Democratic Platform, 1884*).

No. 7.

"You became the purchaser of about $80,000 of the bonds on precisely the same terms that every other buyer received, paying for them in instalments running over a considerable period, just as others did."—*Letter which Blaine asked Fisher to copy and sign, April 16, 1876.*

"There is still due to me on articles of agreement between us $70,000 in land bonds and $31,000 in first mortgage bonds, making $101,000 in all."—*Blaine to Fisher, April 13, 1872.*

No. 8.

"The winter afterward, or next spring, Mr. Fisher and Mr. Cheney, both together, offered me $10,000 stock in the concern [Spencer Rifle Co.], and I took it.

"A member—And paid for it?

"Mr. Blaine—Yes, of course; and paid for it, and owned, and had the dividends on it. I made no concealment of it. . . . . . I was an ordinary stockholder, just as a man is in a bank. A gentleman asks me if I paid for this stock. I tell him yes, I did, emphatically."—*Mr. Blaine's speech in Congress, June 5, 1876.*

"As one of the elements which I wish to take into account is the note of $10,000 given you in 1863 for Spencer stock, I desire that you will furnish me with the items of interest on that note."—*Blaine to Fisher, August 13, 1872.*

"You credit me, April 26, 1869, with $12,500 dividend from Spencer Company; but there were two subsequent dividends, one of $3,750, the other of $5,800, of which no mention is made in your statement."—*Same to same, August 9, 1872.*

No. 9.

THE HOCKING VALLEY MINING LIE.

BAR HARBOR, Me.,
July 22, 1884.

HON. H. S. BUNDY:

In answer to your recent favor, I beg to say that I am not and never have been the owner of any coal lands or iron lands, or lands of any character whatever in the Hocking Valley, or in any part of Ohio, nor have I at any time owned a share of stock in any coal, iron, or land company in the State of Ohio.

. . . . J. G. BLAINE.

SENATE CHAMBER,
WASHINGTON, Dec. 30,
[13th] 1880.

DEAR SIR: Find enclosed my draft for $25,000 in payment of my subscription to the Hope Furnace enterprise. Touching the interest, I have to ask that whatever it may amount to you will permit its payment to be postponed until some matters between Mr. Lee and myself are definitely adjusted.

Very resp'y,
J. G. BLAINE.

Mr. Denison.

BOSTON, Dec. 15, 1880.

Received of James G. Blaine $25,187.50, being payment in full for one share in the association formed for the purchase of lands known as the Hope Furnace Tract, situated in Vinton and Athens Counties, Ohio. This receipt to be exchanged for a certificate when prepared.

J. N. DENISON, Agent.

NEW YORK, May 25, '82.

Received of J. Henry Brooks $50,000 of the first mortgage bonds of the Standard Coal and Iron Company on account of James G. Blaine, numbered from 351 to 400 inclusive.

S. B. ELKINS.

Mr. Blaine in an Interview with a reporter of The Kennebec Journal, September 15, 1884.

"There is not a word in the letters which is not entirely consistent with the most scrupulous integrity and honor. I hope that every Republican paper in the United States will publish them in full."

[Document No. 27.]

D4

#182

THE BLAINE FALSEHOODS TABULATED.

The Fisher-Mulligan Railroad Letters AND The Hocking Valley Mining Papers.

No. 1.

THE FALSEHOODS.

"In common with hundreds of other people in New England and other parts of the country, I bought some of these bonds—not a very large amount—*paying for them at precisely the same rate that others paid.* I never heard and do not believe that the Little Rock Company, which I know is controlled by highly honorable men, *ever parted with a bond to any person except at the regular price fixed for their sale.*"—*Mr. Blaine's speech in Congress, April 24, 1876.*

"The absurd rumor has lately appeared in certain newspapers that I was the owner of from $150,000 to $250,000 of the Little Rock and Fort Smith Railroad Bonds, which I received without consideration, and that it was from these bonds that Thomas A. Scott received his $75,000. The statement is gratuitously and utterly false."—*Mr. Blaine's speech in Congress, April 24, 1876.*

THE PROOFS.

"BOSTON, Sept. 5, 1869.

"Whereas I have this day entered into agreements with A. & P. Coburn and sundry other parties resident in Maine to deliver to them certain specified amounts of the common stock, preferred stock, and first mortgage bonds of the Little Rock and Fort Smith Railroad Company, upon said parties paying to me the aggregate sum of $130,000, which several agreements are witnessed by J. G. Blaine and delivered to said parties by said Blaine.

"Now this agreement witnesses, that upon the due fulfillment of the several contracts referred to, by the payment of the $130,000, and for other valuable considerations, the receipt of which is acknowledged, I hereby agree to deliver to J. G. Blaine, or order, as the same come into my hands as assignee of the contract for building the Little Rock and Fort

#183 X-E695 R4

REPUBLICAN NATIONAL COMMITTEE

CAMPAIGN 1884. X-695 .R4

DOCUMENT No. ONE.

Republican Platform

Unanimously adopted at Chicago, Thursday, June 5th, 1884.

Portraits and Sketches of the Lives of

JAS. G. BLAINE & JOHN A. LOGAN.

Addresses at the Notification of the Nominees, June 21st and 24th, 1884, and responses of

BLAINE & LOGAN,

AND THEIR LETTERS OF ACCEPTANCE.

THE PLATFORM.

The Republicans of the United States, in Convention assembled, renew their allegiance to the principles upon which they have triumphed in six successive presidential elections, and congratulate the American people on the attainment of so many results in legislation and administration by which the Republican Party has, after saving the Union, done

AVIL & CO., Printers, 3941-43-45 Market Street, Philadelphia, Pa.

1884 Issues of Campaign. 1884

#184
X-E695
.R4

JAMES G. BLAINE,
OF MAINE.

JOHN A. LOGAN,
OF ILLINOIS.

Lives of the Republican Candidates. Proceedings of the Convention.
Speeches. The Platform, &c.

PRICE, - - - 10 CENTS.

S. M. LARZELERE, PRINTER AND PUBLISHER, 237-39 DOCK ST., PHILA.

X-E695
.R4
185

PRICE, 10 CENTS.

HOW SHALL I VOTE?

CANDIDATES AND PARTIES
FACE TO FACE

A STARTLING CONTRAST OF LIVES AND RECORDS

BY A CITIZEN

"*Look here, upon this picture, and then on this.*"—HAMLET

NEW YORK:
FUNK & WAGNALLS,
10 AND 12 DEY STREET.
1884.
COPYRIGHT, 1884, FUNK & WAGNALLS.

X-E695
.R4
#186

Our Candidates and Cause.

REMARKS

OF

HON. GEORGE F. HOAR

AT TREMONT TEMPLE,

ON TUESDAY EVENING, JULY 15, 1884.

BOSTON:
REPUBLICAN STATE COMMITTEE.
1884.

X-E695
.R4
#187

LETTER

OF

GEN. JOHN A. LOGAN

ACCEPTING THE

NOMINATION FOR VICE-PRESIDENT.

BOSTON:
REPUBLICAN STATE COMMITTEE.
1884.

X-E 695
.R4
#188

LETTER

OF

HON. JAMES G. BLAINE

ACCEPTING

THE NOMINATION FOR PRESIDENT.

BOSTON:
REPUBLICAN STATE COMMITTEE.
1884.

X-E695
.R4
#189

ADDRESS BY

HON. ROB'T M. MORSE, JR.

AT THE

REPUBLICAN STATE CONVENTION,

WEDNESDAY, SEPT. 3, 1884.

p
of
chu
selfis
but for
in uph
sound g
met and
liberty ar

BOSTON:
REPUBLICAN STATE COMMITTEE,
1884.

h
n
with
estab

X-E697
#190

No. 9.

ISSUED BY THE NATIONAL COMMITTEE OF REPUBLICANS AND INDEPENDENTS.

No. 35 NASSAU STREET, NEW YORK.

GEO. WALTER GREEN, *Secretary*. GEO. WM. CURTIS, *President*.

WHY NOT BLAINE, BUT CLEVELAND.

ADDRESS OF REV. JAMES FREEMAN CLARKE, AT MUSIC HALL, BOSTON.

FRIENDS—We meet here as Repnblicans, and as Independent Republicans. Once, to be a Repnblican meant to be independent; it meant to follow principle rather than party, and to refuse our votes to any man whom we deemed unfit for an office, no matter how popnlar he might be or what inflnences he might combine in his support. But now, unfortunately, men may be Repnblicans and not then independent, and therefore we must add this qualifying term in order to define our position. We mean, then, to say that we belong to that class of Repnblicans who, in 1876, in 1880 and in this very year, 1884, opposed the nomination of Mr. Blaine, throwing the vote and influence of Massachnsetts against him in three national conventions. Returning from the convention which met in Cincinnati in 1876, I heard some delegates from Pennsylvania who had voted for Mr. Blaine complaining that the moral inflnence of Massachnsetts had that time prevented his nomination. "For," said they, "when the convention saw the Massachusetts delegation passing by an eminent citizen of a neighboring State in New England and voting for Mr. Bristow of Kentucky, they said: 'There must be something morally wrong about Mr. Blaine.'" And I recollect that, in our State convention at Worcester, in 1880, Mr. Bontwell, who now is an ardent advocate of Mr. Blaine's election, was so sure of the repugnance felt to him by Massachnsetts, that his strongest argument to indnce us to favor the renomination of Gen. Grant was this—that if Grant did not receive the nomination it would certainly be captured by Blaine. And Blaine himself felt so deeply this opposition that he uttered some bitter words in the Senate against the character and history of Massachusetts—so bitter that our Senator, Mr. Hoar, felt called on to reply with considerable severity.

We also stand where the Republicans of Massachnsetts stood in the convention at Worcester, when Gen. Butler—then seeking a Republican nomination—moved that a delegate had no right to sit in that convention who had said that if Butler were nominated he would not vote for him. Massachusetts Repnblicans then decided that they and their delegates were just as free after the convention as they were before, and always had a right to bolt a bad nomination. Indeed, these arguments were so stringent that they seem even to have convinced and convicted Butler himself to onr view, for now, having been a delegate to the Democratic convention at Chicago, he has bolted its nomination, and is running on his own ticket. Finally, we stand where the Republicans of Massachusetts stood in 1875, when they passed the following resolution, reported by H. L. Dawes, our Massachusetts Senator. It is in the platform of the Repnblican State convention of 1875, of which H. L. Dawes was chairman of the Committee on Resolntions:—

> It is therefore declared by the Repnblicans of Massachusetts that they will support no man for official position whose character is not an absolnte guarantee of fidelity to every public trust; and they invoke the condemnation of the ballot-box npon any candidate for office who fails of this test, whatever be his party, name or association.

Where the Repnblicans of Massachusetts stood in 1876, in 1880, and in the present year, we stand to-day. We cannot see why a man who was opposed by Massachusetts as unfit to be a candidate for the presidency then should be regarded as fit to be elected to the presidency now.

What, then, are onr objections to Mr. Blaine? They fall into two classes—his course in Congress, which showed that he did not understand the dnties of a legislator, and his course since, in Garfield's cabinet, which proved him unfit for the duties of an executive office. I have been accused of having a personal hostility, or pique, against Mr. Blaine. Far

copy 2

X-E697

#191

CLEVELAND'S RECORD.

SPEECH

OF

GEORGE WALTON GREEN,

Secretary of the National Committee of Independents.

"...ıblic Office, a Public Trust."

X-E 697
#192

GROVER CLEVELAND.

THE OPEN RECORD OF ..N HONEST MAN.

"...nd Pure Government Lies at the Foun-
... of the Progress and Prosperity
of Every Community."